G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Klaus Ehrler
Westberlin, KSZE und Entspannung

Werner Goldschmidt und Lothar Peter
Zur Entwicklung in Frankreich seit der Bildung der „Union populaire" und den Parlamentswahlen 1973

Karin Priester
Anmerkungen zum Thema Italienischer Faschismus

Jörg Goldberg
Herstatt als Symptom

Peter Hess
Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker

Ryszard Wojna
Eindrücke eines Polen in der BRD im Sommer 1974

Berthold Meyer und Henning Schierholz
Wehrkunde oder Erziehung zum Frieden?

8'74

August 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1974

CHRONIK DES MONATS JULI 1974 765

KOMMENTARE UND BERICHTE

Westberlin, KSZE und Entspannung . . . . . *Klaus Ehrler* 768

Anklagepunkte gegen Nixon . . . . . *Martin Hall* 770

Ein neues Stadium der Unterdrückung in Chile . . . . . *Gerhard Stuby* 772

HAUPTAUFSÄTZE

Zur Entwicklung in Frankreich seit der Bildung der „Union populaire" und den Parlamentswahlen 1973 . . *Werner Goldschmidt und Lothar Peter* 778

Anmerkungen zum Thema Italienischer Faschismus . . . *Karin Priester* 797

Herstatt als Symptom. Zum ökonomisch-politischen Kontext des Kölner Bankzusammenbruchs . . . . . *Jörg Goldberg* 820

Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker . . . . . *Peter Hess* 826

Eindrücke eines Polen in der BRD im Sommer 1974 . . . *Ryszard Wojna* 842

Wehrkunde oder Erziehung zum Frieden? *Berthold Meyer und Henning Schierholz* 848

BÜCHER

Erhard Rosenkranz / Rüdiger Jütte, Abschreckung contra Sicherheit? . . . . . *Wolfgang W. Werner* 861

Udo Butschkau / Klaus-Jürgen Tillmann, Politische Sozialisation in der Gesamtschule . . . . . *Richard Kelber* 863

Kurzrezensionen: Bücher von Hartmut Elsenhans u. a. 866

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 867

MEDIENKRITIK

Marx zur Ansicht . . . . . *Wulf D. Hund* 869

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Resolution 353 des Weltsicherheitsrats vom 20. Juli 1974 zur Zypernkrise (Wortlaut) 870

Gemeinsames amerikanisch-sowjetisches Kommuniqué zum Abschluß des Moskauer Gipfeltreffens vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 (Wortlaut) . . . 871

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 8/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juli 1974

1. 7. — Bundestagspräsident. Mit der vorgeschriebenen Eidesleistung vor Bundestag und Bundesrat beginnt der am 15. 5. gewählte neue Bundespräsident Walter Scheel seine erste Amtsperiode. Scheel löst Gustav Heinemann ab.

2. 7. — Abrüstung. Nach längerer Unterbrechung nehmen die 25 Mitgliedstaaten der Abrüstungskonferenz (Conference of the Committee on Disarmament/CCD) im Palais des Nations in Genf die Beratungen wieder auf. Themen sind vor allem ein Verbot unterirdischer Kernwaffenversuche und ein Verbot chemischer Waffen. Den beiden Co-Präsidenten, den Botschaftern Martin (USA) und Roschtschin (UdSSR), gehen offizielle Gesuche der Bundesrepublik (am 1. 7.) und der DDR (am 3. 7.) um Aufnahme in das Gremium zu. Beide Anträge müssen von der Generalversammlung entschieden werden. — Am 3. 7. gibt die britische Regierung bekannt, sie werde ohne formellen Beitritt die Bestimmungen des am gleichen Tage in Moskau unterzeichneten amerikanisch-sowjetischen Vertrages über unterirdische Nuklearversuche beachten. Der Vertrag verpflichtet die Vertragspartner u. a. „beginnend vom 31. März 1976 an, alle unterirdischen Nuklearversuche mit einer Sprengkraft von mehr als 150 Kilotonnen an jedem unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle stehenden Ort zu verbieten, zu verhindern und nicht durchzuführen". Die Zahl der übrigen unterirdischen Tests soll „auf ein Minimum" begrenzt werden.

3. 7. — UdSSR/USA. Der amerikanische Präsident Richard Nixon beendet einen Besuch in der Sowjetunion (27. 6. — 3. 7.). Wichtigster Gesprächspartner Nixons in Moskau ist der sowjetische Parteisekretär Leonid Breschnew. Neben einem gemein-

samen amerikanisch-sowjetischen Kommuniqué (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen") werden die folgenden Dokumente unterzeichnet: 1. Vertrag und Protokoll über unterirdische Nuklearversuche; 2. Protokoll zum amerikanisch-sowjetischen Vertrag über die Begrenzung der AMB-Systeme vom 26. Mai 1972 (Text in „Blätter", 6/1972, S. 655 ff.); 3. Gemeinsame Erklärung über den Schutz der Umwelt vor Veränderungen für militärische Zwecke; 4. Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie; 5. Abkommen über Zusammenarbeit im Bauwesen; 6. Abkommen über Zusammenarbeit bei der Erforschung von Herzkrankheiten und der Entwicklung eines künstlichen Herzens; 7. Abkommen über die Erleichterungen der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit.

— Zypern. Präsident Makarios fordert in einem Brief an den griechischen Präsidenten General Phaidon Gizikis (veröffentlicht am 6. 7.) den Abzug der 600 auf Zypern stationierten griechischen Offiziere, die die griechisch-zypriotische Nationalgarde kommandieren. Der Präsident schreibt, er halte es für seine Pflicht, mit jeder Regierung seiner Heimat zusammenzuarbeiten, obschon er nicht sagen könne, daß er besondere Sympathie für Militärregime empfinde und erst recht nicht für dasjenige in Griechenland, in dem Lande, in dem die Demokratie geboren worden sei. — Am 15. 7. putscht die Nationalgarde gegen Makarios, dem es jedoch gelingt, Nikosia zu verlassen. Der Zeitungsherausgeber Nicos Sampson läßt sich als neues Staatsoberhaupt ausrufen. Außerdem wird eine „Regierung der nationalen Rettung" eingesetzt. — Am 16. 7. wird Makarios von einem britischen Luftwaffenstützpunkt auf Zypern in einer Maschine der Royal Air Force über Malta nach London geflogen, wo er sogleich nach seiner Ankunft mit Premierminister Wilson zusammentrifft. Am gleichen Tag kommt auch der türkische Ministerpräsident Ecevit in Begleitung seines Verteidigungsministers Isik nach London. In New York nimmt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Beratungen über die Lage auf. — Am 18. 7. reist Erzbischof Makarios nach New York, um vor dem Sicherheitsrat eine Stellungnahme abzugeben. — Am 20. 7. landen türkische Luft- und Seestreitkräfte auf Zypern. In Griechenland wird die Mobilmachung angeordnet. In New York fordert der Sicherheitsrat einstimmig ein sofortiges Ende „ausländischer militärischer Intervention" und verlangt „den unverzüglichen Abzug allen ausländischen Personals von der Republik Zypern, das sich dort nicht gemäß den internationalen Vereinbarungen aufhält". Griechenland, die Türkei und Großbritannien werden aufgefordert, „unverzüglich Verhandlungen über eine Wiederherstellung des Friedens in der Region sowie der konstitutionellen Regierung Zyperns einzuleiten". UN-Generalsekretär Waldheim lehnt es ab, einen von Sampson entsandten Delegierten zu akkreditieren. — Am 22. 7. tritt ein Waffenstillstand auf Zypern in Kraft. — Am 23. 7. übergibt Nicos Sampson die Präsidentschaft an Glafkos Klerides, bisher Parlamentspräsident. Klerides erklärt nach seiner Vereidigung, er fühle sich nur als „Interimspräsident". In Kürze sollten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. — Vom 25. bis 30. 7. verhandeln die Außenminister Callaghan (Großbritannien), Mavros (Griechenland) und Günes (Türkei) in Genf über eine Lösung des Zypernproblems. Ergebnis der Konferenz ist eine erste Vereinbarung, die zwar die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 20. 7. anerkennt, den Termin für den Abzug der ausländischen Truppen jedoch offen läßt.

4. 7. — Bundesregierung. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler (SPD), erklärt in einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt seinen Rücktritt. Eppler begründet seinen Schritt vor allem mit den erheblichen Streichungen im Etat seines Ministeriums. — Am 8. 7. kehrt der frühere Minister im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, als Nachfolger Epplers in das Kabinett zurück.

9. 7. — Portugal. Der Rücktritt von Ministerpräsident Adelino da Palma Carlos und vier weiterer Minister löst eine Regierungskrise aus. In Lissabon heißt es, der Staatsrat habe dem Regierungschef größere Vollmachten verweigert. — Am 13. 7. wird Oberst Vasco Goncalves zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Goncalves, der der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA) angehört, bildet am 17. 7. eine neue Regierung; 7 der 17 Mitglieder des Kabinetts sind Militärs. Der Vorsitzende der Sozialisten, Mario Soares (Außenminister), und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal (Minister ohne Portefeuille),

bleiben in ihren Funktionen. — Am 27. 7. erklärt Präsident Spinola in einer Rede, den Überseegebieten Guinea-Bissau, Moçambique und Angola stehe das Recht auf „Selbstbestimmung mit allen Konsequenzen, einschließlich jener der Unabhängigkeit", zu.

10. 7. — BRD/CSSR. Mit der notwendigen absoluten Mehrheit weist der Bundestag den Einspruch des Bundesrates gegen die Ratifizierung des Vertrages über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 11. Dezember 1973 zurück. Die von CDU und CSU regierten Länder hatten am 1. 7. einen entsprechenden Beschluß im Bundesrat durchgesetzt. — Am 15. 7. ratifiziert das Parlament in Prag einstimmig den Vertrag und die dazugehörenden Begleitdokumente. — Am 19. 7. tauschen der tschechoslowakische Außenminister Bohuslav Chnoupek und Bundesaußenminister Genscher die Ratifikationsurkunden aus. Der Vertrag tritt damit in Kraft.

12. 7. — BRD/DDR. Als letzte parlamentarische Instanz verabschiedet der Bundesrat einstimmig das Gesetz über die Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin. — Am 13. 7. wiederholt das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" die ablehnende Haltung der DDR. Das Blatt schreibt von einem „Anschlag gegen die Entspannung" und einer „flagranten Verletzung" des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 (Text in „Blätter", 10/1971, S. 1091 ff.). Obwohl Westberlin kein Teil der Bundesrepublik sei und nicht von ihr regiert werden dürfe, richte Bonn hier „eine dem Innenminister der BRD direkt unterstehende Behörde außerhalb des Hoheitsgebietes der BRD" ein und verändere damit das Abkommen einseitig. Die „verhängnisvolle Entscheidung" von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat werde „Folgen nach sich ziehen". — Am 20. 7. heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums der UdSSR: „Die sowjetische Seite geht davon aus, daß sich, falls in Westberlin das Bundesamt für Umweltschutz eingerichtet wird, die Notwendigkeit ergibt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen ...". Die Regierung der DDR kündigt an, sie werde nach Inkrafttreten des Gesetzes Angehörigen des Amtes den Transit durch die DDR verweigern. — Am 22. 7. unterzeichnet Bundespräsident Scheel das Gesetz, das damit durch Verkündung im „Bundesgesetzblatt" in Kraft treten kann. — Am 24. 7. unterstützen die USA, Großbritannien und Frankreich in einer gemeinsamen Erklärung den Standpunkt der Bundesregierung. — Am 29. 7. wird am Kontrollpunkt Marienborn ein leitender Regierungsdirektor zurückgewiesen. Die Transitverweigerung wird von den DDR-Behörden mit der Zugehörigkeit des Beamten zum Umweltbundesamt begründet.

22. 7. — Äthiopien. Unter dem Druck des Militärs entläßt Kaiser Haile Selassie den Ministerpräsidenten Endalkachew Makonnen. Der Regierungschef wird unter Anklage gestellt und später in Haft genommen. Neuer Ministerpräsident wird Lij Michael Imru.

23. 7. — Griechenland. Der Präsident der Junta, General Gizikis, gibt den Beschluß der Militärregierung bekannt, die Regierungsgewalt wieder auf zivile Politiker zu übertragen. Beobachter melden aus Athen, die Militärs seien mit diesem Beschluß schweren Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Reihen zuvorgekommen. —Am 24. 7. wird der aus dem Pariser Exil (seit 1963) zurückgerufene Politiker Konstantin Karamanlis wenige Stunden nach seiner Ankunft als neuer Ministerpräsident vereidigt. Vizepremier und Außenminister wird Georgios Mavros. Das Verteidigungsministerium übernimmt Angelos Averoff. Die Regierung erläßt eine Generalamnestie für alle politischen Häftlinge und die Wiedereinbürgerung der nach dem Militärputsch vom April 1976 emigrierten Personen.

24.—30. 7. — USA. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses (38 Mitglieder; 21 Demokraten und 17 Republikaner) behandelt das Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) gegen Präsident Nixon und gibt eine zustimmende Empfehlung an das Plenum. Bei der Abstimmung zu den einzelnen Artikeln der Anklage kommt es zu unterschiedlichen Mehrheiten Art. 1 (Behinderung der Justiz in den Watergate-Ermittlungen) 27:11; Art. 2 (Amtsmißbrauch) 28:10; Art. 3 (Mißachtung des Kongresses) 21:17. Zwei weitere Artikel, die die Steuerhinterziehungen sowie die geheim gehaltenen Bombenangriffe auf Kambodscha betreffen, finden keine Mehrheit.

eines weiteren Republikaners, verabschiedet. Darin geht es um den Nixon vorgeworfenen Mißbrauch der Bundesfinanzbehörde zur Beschaffung von Belastungsmaterial gegen politische Gegner; um illegale Abhörung von Bürgern ohne Gerichtsbeschluß und um den Vorwurf, im Weißen Haus einen illegalen Geheimdienst eingerichtet zu haben, finanziert aus Wahlkampfgeldern von 1972. Ferner wird Nixon der Mitwisserschaft über den Einbruch bei Daniel Ellsbergs Psychiater und der Einmischung in die Arbeit des Watergate-Sonderermittlers Archibald Cox, den er entließ, beschuldigt.

Ein dritter Artikel, der dem Präsidenten Mißachtung des Kongresses vorwirft, weil er die vom Rechtsausschuß unter Strafandrohung geforderte Herausgabe von Tonbändern verweigerte, fand eine geringere Mehrheit als die ersten beiden Artikel. Für den Versuch, einen Artikel über die illegalen Bombenangriffe in Kambodscha anzufügen, gab es keine Mehrheit.

Nach Nixons Teilgeständnis sind sich im Grunde alle Beobachter in Washington in der Erwartung einig, daß die Zustimmung des Hauses zu den Empfehlungen des Rechtsausschusses unvermeidlich ist. Dies würde bedeuten, daß ein Verfahren im Senat stattfinden muß. Dort ist die Frage offen, ob sich die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit für eine Verurteilung des Präsidenten finden wird.

Nach dem wahrscheinlichen Zeitplan könnte das Absetzungsverfahren im Senat — nach etwa zweiwöchiger Debatte im Repräsentantenhaus und nach einer kurzen Unterbrechung — Ende September beginnen und sich leicht bis zu den Herbstwahlen hinziehen, sofern der Präsident nicht nun doch noch vorher zum Rücktritt gezwungen wird.

Martin Hall, Los Angeles

Ein neues Stadium der Unterdrückung in Chile

Der aufmerksame Beobachter kann in Chile seit der Beseitigung der rechtmäßigen Regierung durch den Militärputsch Stadien der Unterdrückung verfolgen, die aus der Geschichte des deutschen Faschismus bekannt sind.

Das erste Stadium beginnt mit dem 11. September 1973 und reicht bis Ende Oktober. In dieser Zeit werden nicht nur ca. 46 000 Personen verhaftet, die Verhaftungen unter 24 Stunden nicht einberechnet, sondern zu Zehntausenden Chilenen und Ausländer ermordet [1]). Systematische Erschießungen und Massaker, wenn in Fabriken und Industriebezirken Widerstand geleistet wird, sind an der Tagesordnung. Mehr als 9000 Personen flüchten in die Botschaften ausländischer Staaten.

Im zweiten Stadium der Unterdrückung, von Anfang November bis Ende Dezember 1973, erfolgen die Folterungen und Tötungen im Vergleich zum ersten Stadium vereinzelter, dennoch absolut gesehen immer noch sehr zahlreich. Eine Reihe summarischer Prozesse wird durchgeführt. Man schätzt für diese Zeit ca. 18 000 Gefangene.

Ein drittes wichtiges Stadium der Unterdrückung beginnt Anfang 1974. Einerseits ist die Junta gezwungen, auf das Echo der internationalen Meinung zu reagieren. Sie erläßt ein Dekret (Nr. 228), nach dem nur auf Anordnung der Junta oder ihrer Beauftragten Festnahmen erfolgen dürfen. Andererseits werden jetzt Institutionen geschaffen, die eine systematische und organisierte Unterdrückung erlauben. Es wird das „Departamento de Intelligencia Nacional" (DINA) gebildet, dessen Aufgabe

1) Die Angaben beruhen auf dem Bericht einer Delegation der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (AIJD), die vom 14. bis zum 21. April 1974 in Chile weilte.

es nach den Ausführungen des christlichen Untersuchungsausschusses [2]) ist:

1) Die Richtlinien für die Verhöre oder erneuten Vernehmungen der Verhafteten festzulegen; 2) den Grad der Gefährlichkeit der Verhafteten zu bestimmen; 3) eine ständige Koordinierung zwischen den Geheimdiensten der Streitkräfte, der Polizei und der Kriminalpolizei mit dem Ziel des Austausches von Informationen herzustellen.

Bekanntlich hatte der Nationalsozialismus in Deutschland sich für diese Zwecke eine ähnliche Institution, das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), geschaffen. Es koordinierte die Tätigkeit der militärischen Geheimdienste, des Sicherheitsdienstes der SS und der Gestapo.

Der genannte christliche Untersuchungsausschuß kommt zu dem Ergebnis, daß das DINA effektivere Methoden der Folterung im Verhör erprobt, um sie auf das Gesamtsystem der Repression in Chile zu übertragen. Seit Anfang 1974 hat das DINA die Funktion eines Leitorgans für alle übrigen militärfaschistischen Institutionen übernommen. Es zieht Experten heran, die über Erfahrungen in der Anwendung von Foltermethoden verfügen. So wurde zum Hauptberater des Leiters des DINA Walter Rauff berufen, über den „Der Spiegel" am 11. Juni 1974 unter der Sparte „Register — Berufliches" meldet:

„Walter Rauff, 68, ehemaliger SS-Standartenführer und ‚einer der größten Verbrecher dieses Jahrhunderts' (Nazi-Jäger Simon Wiesenthal), wurde von der chilenischen Militärjunta als Chefberater der Behörde für antikommunistische Untersuchungen berufen. In seinem neuen Amt, mutmaßte der Londoner ‚Guardian', werde Rauff ‚seinen Reichtum an Erfahrungen bei Verhören, Folterungen und Ausrottungen während des zweiten Weltkrieges' nutzen können: Der frühere SS-Offizier, der 1948 aus einem italienischen Internierungslager entkommen konnte und seit 1961 in Chile lebt, soll für die mobilen Gaskammern verantwortlich sein, in denen in der Ukraine, in Polen und in Jugoslawien zwischen Dezember 1941 und Juli 1942 rund 100 000 Menschen durch ausströmende Auspuffgase umgebracht worden sind. Die Staatsanwaltschaft in Hannover hatte die Auslieferung Rauffs beantragt, die jedoch von den chilenischen Justizbehörden 1963 abgelehnt wurde."

Seit der Einrichtung des DINA wird offensichtlich die Folter systematisch organisiert. Die Verhaftungen werden nicht mehr von Militärs, sondern meist von Polizisten in Zivil vorgenommen, deren Pkw ohne Kennzeichen sind [3]).

Ein viertes Stadium der Unterdrückung scheint sich mit der Veröffentlichung des „bando" am 11. März 1974 anzukündigen, mit dem der berüchtigte Belagerungszustand um weitere sechs Monate verlängert wurde. In schreiendem Widerspruch zur chilenischen Verfassung, nach der nur das Parlament einen solchen zuvor für sechs Monate vom Präsidenten ausgerufenen Belagerungszustand verlängern kann, setzt die Militärjunta die illegale Usurpation der politischen Macht fort.

Die Unterdrückung hat einen neuralgischen Punkt erreicht. Jetzt entscheidet es sich, ob der Terror organisierter und effektiver fortgesetzt werden oder ob durch den inneren und internationalen Druck der demokratischen Kräfte eine sukzessive Rückkehr zur Legalität der Verfassung erreicht werden kann.

---

2) Comité de Cooperación para la paz en Chile. Der Präsident ist der Stellvertreter des Bischofs von Santiago, Fernando Ariztiza. Der Bischof der Lutheranischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, arbeitet leitend in dem Ausschuß mit.

3) Diese Vorgänge werden nicht nur von der Subkommission für juristische Fragen der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile in ihrem Dokumentarbericht, sondern auch in dem Bericht der Internationalen Juristenkommission vom 27. 4. 1974 aufgeführt, die eine Delegation nach Chile entsandt hatte. Aus der BRD gehörte ihr Dr. Kurt Madlener, wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für internationales und vergleichendes Strafrecht in Freiburg i. Br., an.

Man schätzt gegenwärtig zwischen 7000 und 15 000 Gefangene [4]). In Santiago werden an 27 Orten Gefangene festgehalten. 7 Konzentrationslager sind bekannt. Neben den gewöhnlichen Gefängnissen und KZ gibt es noch Militärlager und spezielle Gebäude, in denen Gefangene festgehalten werden. Das Rote Kreuz ist nur berechtigt, die KZ (seit dem 11. 4. ist die KZ-Insel Dawson ausgenommen) und die gewöhnlichen Gefängnisse zu besichtigen. Nach den vorliegenden Berichten überschreiten die Folterungen alle bisherigen Erfahrungen, einschließlich der bei der Gestapo, der Pide oder den französischen Spezialeinheiten in Algerien gemachten. Von Hunderten von Personen ist der Aufenthaltsort unbekannt. Die meisten Habeas-Corpus-Verlangen, etwa 800, davon 131 der Kirchen, blieben bislang unbeantwortet [5]).

Wenn inzwischen auch längst nicht mehr nur Anhänger der Unidad Popular verfolgt werden, sondern auch diejenigen, die der UP, als sie die Regierung innehatte, skeptisch gegenüberstanden oder sie bekämpften, die sich aber mit dem gegenwärtigen Terror nicht identifizieren können, so richtet sich doch der Hauptstoß der systematischen Verfolgung gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, vornehmlich die Gewerkschaften [6]).

Die Breite und die brutale Intensität des Terrors hat allerdings dazu geführt, daß die soziale Basis der Junta immer kleiner wird und die offene Unterstützung durch reaktionäre Kreise im In- und Ausland zurückgeht. Voll bejaht wird das Vorgehen der Junta nur von solchen Organisationen wie der extrem rechts stehenden Nationalpartei. Die Christdemokratie hingegen übt im Privaten eine gewisse Distanz gegenüber den Terrormaßnahmen, vornehmlich den Folterungen. Aus Furcht vor dem Verbot ist sie jedoch nie so weit gegangen, dies öffentlich zu tun. Sie steht offensichtlich in Reservestellung für den Fall, daß die Junta sich wegen des wachsenden internationalen Druckes nicht mehr halten sollte und das inländische und ausländische Großkapital eine mäßigere und „demokratisiertere" Diktatur für seine Interessen als unschädlich betrachtet.

Die Kirchen, neben der Junta augenblicklich die einzige „politische" Autorität, sind durch den massiven Terror in der anfänglichen Duldung des Regimes schwankend geworden. Sie haben sich inzwischen auch öffentlich von den Maßnahmen der Junta distanziert. Die Osterpredigt des Kardinals von Santiago und die kürzlich abgehaltene Bischofskonferenz nehmen hinsichtlich dieses Wechsels einen besonderen Stellenwert ein. Teile der Kirchen sollen sogar auf einen Sturz der Junta hinarbeiten [7]).

Die internationale öffentliche Meinung hat auf die massiven Menschenrechtsverletzungen äußerst empfindlich reagiert, und zwar mit einer Schnelligkeit, wie sie angesichts der Bildung von Solidaritätsbewegungen bei anderen Vorgängen (Vietnam, Kongo, Griechenland etc.) erstaunlich ist. International anerkannte Organisationen, die zum Teil, wie die AIJD oder die ILO, Beraterstatus bei der UNO besitzen, haben nach dem Putsch nicht nur ihre Stimme erhoben, um die Rechtsverletzungen, die Folterungen und die Massaker zu verurteilen, sondern vielfache Anstrengungen unternommen, um den Schutz der Gefangenen, die Achtung des Asylrechts, Flüchtlingshilfe und Rechtsbeistand für die Angeklagten zu erreichen. So weilten Delegationen von Amnesty International, der AIJD und anderer Organisationen, wie der Internationalen Bewegung Katholischer Juristen, der Internationalen Föderation zum Schutz

[4]) Die erste Zahl gibt die Internationale Juristenkommission, die zweite die AIJD an.
[5]) Nach dem Bericht der AIJD.
[6]) Inzwischen liegt ein Bericht der International Labour Organisation (ILO) über die gewerkschaftlichen Freiheiten in Chile vor.
[7]) Dies berichtete der argentinische Senator H. S. Irigoyen, Mitglied der Radikalen Partei und Leiter einer argentinischen Parlamentsdelegation nach Chile vor der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile.

der Menschenrechte oder der Internationalen Juristenorganisation, in Chile, um sich an Ort und Stelle zu informieren und sich in diese Bemühungen einzuschalten. Ein nicht zu unterschätzendes Ereignis innerhalb der internationalen Solidaritätsbewegung für die chilenischen Demokraten ist die Bildung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Junta gegen die Menschlichkeit. Sie wurde auf Anregung des Finnischen Verbindungskomitees für die Internationale Chile-Solidarität geschaffen, dessen Vorsitzender der finnische Minister Ulf Sundquist war. Der Kommission gehören bekannte Juristen, Wissenschaftler und Vertreter aus der ganzen Welt an [8]).

Der sich in diesen Aktivitäten äußernde Druck der demokratischen Weltmeinung und die hierdurch drohende Isolierung der Machthaber in Chile hat dazu geführt, daß sie nach dem offenen Mord des zum Rechtsbrecher in Carl Schmittscher Manier deklarierten „Feinds" zu Beginn der Aktion — gern mit der „Spontaneität" der Bewegung entschuldigt — jetzt die Flucht in die Scheinlegalität strafgerichtlicher Verfahren suchen. Gerade in diesem Stadium der Unterdrückung erlangt die Arbeit der Juristen und die sorgfältig durchgeführte Beweisführung, die die Scheinlegalität offenlegt und die sich die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta zum Ziel gesetzt hat, erhöhte Bedeutung. Denn nur der konkrete Nachweis von Menschenrechtsverletzungen vermag im Augenblick die Basis der Gegenkräfte zu vergrößern. Einerseits kann er die noch Zaudernden, jedoch humanitären Idealen Verpflichteten überzeugen, andererseits zwingt er diejenigen Kräfte bei Strafe des Gesichtsverlustes, sich aktiv oder passiv der Solidaritätsbewegung anzuschließen, die gern ständig humanitäre Ideale und demokratische Freiheiten beschwören, wenn es sie nichts kostet, z. B. gegenüber den sozialistischen Ländern, oder wenn sie hinter der abstrakten Forderung die fehlende konkrete Verwirklichung vor der eigenen Haustüre verschleiern können (z. B. das Berufsverbot gegen engagierte Demokraten in der BRD oder das Tauziehen um Korb 3 bei der KSZE in Genf).

Auf der 2. Sitzung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Kopenhagen am 26./27. Juni 1974 stand daher die bisherige Durchführung der Prozesse in Chile im Vordergrund. Die zahlreichen Zeugen und Sachverständigen bestätigten, daß sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der bisherigen Durchführung der Prozesse gegen die primitivsten Menschenrechte verstoßen wird, die bei zivilisierten Völkern selbstverständlich sind [9]).

Es können hier nur einige Beispiele angeführt werden: Die Geständnisse der Angeklagten sind meist im Vorverfahren, sei es bei den inzwischen durch das DINA koordinierten Nachrichtendiensten, sei es in anderen Voruntersuchungen, durch Folterungen erzwungen. Sie werden, ohne daß der Angeklagte zu ihnen Stellung nehmen, geschweige denn sie widerrufen kann, als bewiesene Tatsachen in den Hauptprozeß eingeführt. Die Richter sind ausschließlich Militärs und meist juristisch nicht vorgebildet. Von der Anklageschrift erhält sowohl der Angeklagte, wie sein Verteidiger erst bei der Verlesung im Hauptverfahren Kenntnis. Zwar kann der Angeklagte meist einen zivilen oder militärischen Verteidiger wählen. Dieser kann jedoch lediglich zehn Minuten mit seinem Klienten sprechen. Rechtsanwälte, die auf die unter Folterungen zustandegekommenen Geständnisse hinweisen, setzen ihr Leben aufs Spiel. Zeugen werden fast

8) Aus der BRD sind die Professoren Ridder und Wulff und der Verfasser vertreten.

9) Professor Ridder hielt als Sachverständiger ein vielbeachtetes Referat über das Thema: Die Durchführung der Prozesse gegen die Anhänger der Unidad Popular verletzt auch die völkerrechtlichen Verpflichtungen Chiles.

ausnahmslos nicht gehört, so daß der Prozeß lediglich aus der Verlesung der Anklage und der Verurteilung des Angeklagten entsprechend der Anklage besteht.

Öffentlichkeit besteht bei den Prozessen praktisch nicht. Es sind lediglich vereinzelte Militärs anwesend. Da der Prozeßort vielfach an die Peripherie der Städte verlegt wird und der Beginn eines Prozesses allgemein nicht bekannt ist, kann sich ein interessiertes Publikum gar nicht einstellen. 95 % der zu Zwangsarbeit und Tod Verurteilten werden Handlungen zum Vorwurf gemacht, die während der Regierung Allende rechtmäßig waren. Wer der Sozialistischen oder der Kommunistischen Partei angehört, wird beschuldigt, einer „verbotenen Organisation" angehört zu haben. Zehn Jahre Gefängnis sind ihm gewiß. Die Junta wendet also die von ihr rechtswidrig geschaffenen Rechtsregeln — ihr fehlt die verfassungsmäßige Legitimität — rückwirkend an.

Vorbereitung wie Durchführung der Prozesse verstoßen nicht nur gegen innerchilenisches Recht, sondern auch gegen das Völkerrecht. Verletzt ist vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 und die beiden internationalen Menschenrechtskonventionen vom 16. Dezember 1966. Zwar sind letztere noch nicht in Kraft getreten, da sie von nicht genügend Staaten ratifiziert wurden, Chile ist ihnen jedoch schon vor der Allende-Regierung beigetreten, zudem setzen die beiden Konventionen kein neues Recht, sondern präzisieren die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948, vor allem was das hier einschlägige Verbot der Folter, den Rechtsschutz, die rückwirkende Anwendung von Strafgesetzen etc. anlangt.

Diese Verletzung der Menschenrechte trägt wegen ihrer Massenhaftigkeit und Organisiertheit durch staatliche Stellen und ihrer Fixierung auf bestimmte politische Gruppierungen der chilenischen Bevölkerung zudem die charakteristischen Züge des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit", wie es im Statut des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg vom 8. August 1945 normiert ist. Die AIJD stellt am Schluß ihres Berichtes fest: „Der Staatsstreich vom 11. September in Chile war von langer Hand vorbereitet. Er ist verfassungswidrig ... Er wurde mit einer Barbarei und Gewalttätigkeit durchgeführt, die ihresgleichen sucht ... Vor so viel vergossenem Blut kann die Reaktion der Demokraten nur sein, ohne Ruhe und Unterlaß die politische, diplomatische und ökonomische Isolierung der Junta zu fordern."

Ein erster Schritt hierzu wäre eine gemäß der UNO-Charta von der Generalversammlung der UNO veranlaßte Untersuchung in Chile und eine Empfehlung an die chilenischen Machthaber, die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Staatsbürger ohne Unterschied zu sichern. So schlägt es die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta vor.

Es ist bedauerlich, daß die Bundesregierung hinsichtlich der Unterstützung solcher Initiativen, die einen gewissen Druck auf die Militärjunta ausüben könnten, ihren Terror einzustellen, starke Zurückhaltung übt. Im Gegenteil, innerhalb des „Pariser Clubs", freiwillig oder dem Druck der US-Regierung folgend, bleibe dahingestellt, hat sie den Machthabern in Chile all diejenige ökonomische Unterstützung zugestanden, die sie der rechtmäßigen Regierung Allende beharrlich verweigerte. Ja, die vorgesehene Hilfe überschreitet noch den damals vorgesehenen Rahmen. Direkt oder indirekt ermuntert sie damit die Generale zu ihrem Tun.

Die offen den Putsch unterstützenden Kräfte in der BRD, Konzerne wie Bayer-Leverkusen, Hoechst u. a., wie ihre politischen Repräsentanten in der CDU/

CSU werden sie sicherlich deshalb loben. Sozialdemokraten und Freidemokraten, die diese Regierung tragen, müßten eigentlich entsetzt sein.

Absolut unverständlich ist daher das Verhalten der SPD-Führung gegenüber Chile-Aktivitäten, die von der Sozialistischen Internationale getragen oder unterstützt werden. Trotz ausdrücklicher Einladung des 1. Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Frankreichs und des Kandidaten der Linken, Mitterrand, zur Chilekonferenz der Linken in Westeuropa am 6./7. Juli in Paris, an der über 800 Delegierte teilnahmen, blieben die SPD und die SPÖ dieser wichtigen Veranstaltung fern. Auf die Dauer wird es bei Fortsetzung dieser Politik nicht zu vermeiden sein, daß auf die SPD ein Schatten jener Isolierung fällt, in die zunehmend die nur noch von der äußersten Reaktion in der Welt rückhaltlos unterstützte Militärjunta durch die wachsende internationale demokratische Solidaritätsbewegung gedrängt wird. Keinem Demokraten in der BRD dürfte dies gleichgültig sein.

Gerhard Stuby

Kleine Bibliothek

Politik Wissenschaft Zukunft

32 *Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus. 216 S. DM 9,80

33 *Hervé,* Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung. 206 S. DM 12,80

34 *v. Bredow* (Hrsg.), Zum Charakter internationaler Konflikte. Studien aus West- und Osteuropa. 195 S. DM 9,80

36 *Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der „Bund der Religiösen Sozialisten", Vorwort von Wolfgang Abendroth. 296 S. DM 14,80

37 *Altvater/Brentano/Frister/Fülberth/Jens/Kühnl/Rendtorff/Stuby* u. a., Protokoll des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie". 142 S. DM 9,80

38 *Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1917– 1933. 304 S. DM 14,80

41 *Quiniou* Marxismus und Informatik. ca. 180 S. DM 12,80

42 *Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt* Protokolle des Marburger Kongresses vom 20./21. Januar 1973. 470 S. DM 14,80

43 *Bethge/Rossmann (Hrsg.)* Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 330 S. DM 12,80

44 *Cagin,* Der subjektive Faktor. 256 S. DM 12,80

45 *Haug,* Einführung ins „Kapital". 196 S. DM 12,80

46 *v. Bredow* (Hrsg.), Folgen der Abrüstung. ca. 250 S. ca. DM 14,80

49 *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. 304 S. DM 19,80

50 *Hahn,* Probleme der marxistischen Soziologie. 348 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Westberlin, KSZE und Entspannung

„Der Kalte Krieg ist tot! Es lebe seine Fortsetzung ..." Diese Parole liegt offenbar der Ostpolitik der neuen Bundesregierung zugrunde, deren Vizekanzler Genscher seinen Besuch Ende Juli in Washington dazu zu benutzen versuchte, die USA davon abzuhalten oder wenigstens dabei zu bremsen, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Die alte Methode früherer Bundesregierungen der Jahre 1949 bis 1969, die westlichen Großmächte in ihrer Eigenschaft als Besatzungsmächte Westberlins zu Komplizen im „innerdeutschen" Kalten Krieg gegen die DDR zu machen, ist also trotz der Entspannungs- und Normalisierungsverträge, -abkommen und -ergebnisse keineswegs unwiderruflich aufgegeben worden. Genscher und vielleicht auch andere FDP-Politiker wollen zeigen, daß sie eines Tages auch wieder mit CDU und CSU Wahl- und Regierungsbündnisse eingehen können. Sie demonstrieren, daß für sie die bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik nur äußerste Endpunkte, nicht aber Startzeichen vorbehaltloser und revanchepolitisch unbelasteter Nachbarschafts- und Kooperationsbeziehungen sind.

Ohne Zweifel sind diese nach dem Bonner Regierungswechsel im Mai 1974 besonders deutlich gewordenen Tendenzen auch im Zusammenhang der innen- und der parteipolitischen Entwicklungen der Bundesrepublik zu sehen. Die FDP glaubt den vordergründig situationsbestimmenden rechten Trends der bundesdeutschen Szene ihren Tribut zollen zu sollen, um wahlpolitisch nicht ins Abseits oder gar ins Aus zu geraten. Sie muß sich sagen lassen, daß sie damit in kurzer Frist die eigenen Erfolge, Verdienste und hoffnungsvollen Ansätze der Jahre 1969 bis 1973 zunichte machen könnte. Schon zu Reinhold Maiers und zu Thomas Dehlers Zeiten unterschied außenpolitischer Realismus die Freien Demokraten positiv von CDU und CSU. 1956 bis 1961 saß die FDP nicht zuletzt aus diesem Grunde neben der SPD in Bonn auf der parlamentarischen Oppositionsbank. Will die jetzige FDP den Fehler von 1961 wiederholen, den sie ihren damaligen Chef Erich Mende mit der Rechtsschwenkung zugunsten des seiner absoluten Bundestagsmehrheit verlustig gegangenen Bundeskanzlers praktizieren ließ und mit dem sie die längst ablösungsreife Ära Adenauer um zwei Jahre verlängern half? Es geht jetzt darum, ob der Kalte Krieg definitiv überwunden oder ob er nur in veränderter, in verfeinerter, sublimierter Weise fortgesetzt werden soll. Am sehr empfindlichen Barometer der europäischen Entspannungspolitik, das da Westberlin heißt, sind Warnsignale abzulesen, die ernstzunehmen sind.

Die Neuerrichtung des Umwelt-Bundesamtes in Westberlin ist nicht als isolierter Akt zu sehen. Sie ist der erste deutliche Ausdruck einer Strategie des diplomatischen Roll back, die nicht mehr im Widerspruch, sondern im Zuge einer expansiven und revanchistischen Auslegung der Normalisierungsverträge der Jahre 1970 bis 1973 entwickelt wird und mit der Urteilsbegründung des Karlsruher Verfassungsgerichtsentscheids vom 31. Juli 1973 zur Frage der Übereinstimmung des Grundvertrages BRD—DDR mit dem Grundgesetz ihren sichtbaren Anfang nahm. Wenn in dieser Urteilsbegründung die Grenzen zwischen BRD und DDR mit denen zwischen den Bundesländern Bayern und Hessen qualitativ gleichgesetzt werden, so kann es kaum Verwunderung auslösen, daß Westberlin trotz der entgegengesetzt lautenden Bestimmungen des Vier-Mächte-Abkommens von den Verfassungsorganen der BRD de facto als Bundesland behandelt wird. Eigent-

lich hätte allgemein anerkannt werden müssen, daß sich die im Vierseitigen Abkommen zugelassene Aufrechterhaltung und Entwicklung der gewachsenen Verbindungen BRD—Westberlin nur auf *bereits vorhandene* Einrichtungen beziehen kann. Neugründungen können nicht als „Entwicklungs"-Vorgänge interpretiert werden, weil nur entwickelt werden kann, was schon vorhanden ist.

Da die BRD nicht Vertragspartner ist, ist die korrekte Respektierung des Vier-Mächte-Abkommens durch Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht nicht direkt einklagbar. Die Vier Mächte und andere substantiell betroffene wie interessierte Seiten, vor allem die Westberliner und nicht zuletzt die DDR, aber auch die anderen Partner der Entspannungsverträge der BRD, die Volksrepublik Polen und die CSSR, sind vor die Frage gestellt, ob sie die Westberlin-Politik Bonns als Ausnahmefall und Schönheitsfehler im Gesamtbild der europäischen Verständigungspolitik hinnehmen können oder ob nicht doch deutliche Warnsignale angebracht wären, die noch rechtzeitig dazu beitragen können, daß die in Umrissen und Perspektiven sichtbare Konzeption der vor allem von Franz Josef Strauß propagierten Politik des diplomatischen Roll back gar nicht erst zum Zuge kommt. Scheinbar auf der Basis der Ostverträge, aber in Wirklichkeit nur mit der Vorbehaltsklausel der Karlsruher Urteilsbegründung vom 31. Juli 1973 und mit dem Militär- und Wirtschaftspotential der NATO im Rücken, stellt Strauß, der sich wieder als maßgeblicher Exponent der Konzentration aller rechten Kräfte und Positionen der Bundesrepublik einschätzen kann, die in ihrem Reifestadium befindlichen Ergebnisse der Genfer KSZE-Verhandlungen in Frage: er verlangte Mitte Juli 1974 das „Offenhalten der deutschen Frage" und die Einschränkung der Souveränität der DDR („Abschaffung des Schießbefehls"), und dies unwidersprochen nicht nur im Namen seiner Hausmacht, der CSU, sondern zugleich auch im Namen der CDU, deren Spitzenpolitiker Kohl und Carstens durch ihre Mitwirkung dem CSU-Parteitag, vor allem aber den Vorstellungen und Ansprüchen des CSU-Chefs noch vor der Sommerpause eine überregionale Publizität und Unterstützung verschafften.

„Offenhalten der deutschen Frage" bedeutet Verweigerung der friedensvertragsäquivalenten Abschlußregelung der in den Einzelheiten schon mit den Ostverträgen erreichten völkerrechtlich verbindlich getroffenen Vereinbarungen. Der unter dem Druck der CDU/CSU von Brandt und Scheel bei Abschluß der Ostverträge formulierte „Friedensvertragsvorbehalt" wird im Kontext der Karlsruher Urteilsbegründung und der faktischen Einverleibungspolitik der BRD gegenüber Westberlin zu einem Hindernis für die erstrebte Unwiderruflichkeit der im Verlaufe der KSZE erarbeiteten Qualität von zwischenstaatlicher Sicherheit und Kooperation in Europa.

Insofern haben alle 35 Teilnehmernationen der KSZE substantielles Interesse an strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens. Die Westberliner aber und die Vier Mächte, die in einem erfolgreichen und allseits zufriedenstellenden Abschluß der KSZE eine Krönung der mit dem Vierseitigen Abkommen eingeleiteten Friedenspolitik ohne Widerruf erblicken können, sollten an *Sicherungen* für die strikte Einhaltung des Abkommens denken, die es schon vom Ansatz her unmöglich machen, daß die Westberlin-Politik der BRD zum Instrument gegen die Unwiderruflichkeit der KSZE-Ergebnisse und zum Hebel eines diplomatischen Roll back nach Maßgabe der Karlsruher Urteilsbegründung wird.

Die Westberliner sind deshalb daran interessiert, daß solche Sicherungen bestehen, weil sie wie jetzt im Falle der

Kontroverse um die Zulässigkeit der Neuerrichtung des Umwelt-Bundesamtes die Benachteiligten und Leidtragenden einer politisch-diplomatischen Konfrontation werden können. Die Bundesregierung sollte daran denken, daß die Korrektheit ihrer Westberlin-Politik ein wichtiges Kriterium ihrer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit ist. Besonders hier sollte sie den Straußschen Forderungen entschieden entgegentreten. Die Beibehaltung der Politik des Friedensvertragsvorbehalts könnte auf die Dauer zur Quelle von Unruhe und Mißtrauen in einem Europa werden, für das nach der KSZE ein Programm zur „friedlichen" Rückgewinnung der Reichsgrenzen von 1937 nur als Kriegs- und Revancheprogramm auslegbar wäre.

In Westberlin sollte darum für *wirklich* abkommensgerechte Gesetzgebungsverfahren und Partei-Strukturen Sorge getragen werden. Wenn nach der bevorstehenden Westberliner Wahl zum Abgeordnetenhaus (2. März 1975) alles im alten Zustand verbleibt, werden die Kräfte des Roll back dies als Ermunterung und Bestätigung ihrer Position betrachten. Dem kann wirksam vorgebeugt werden durch die organisatorische Verselbständigung der Westberliner Parteien, die als Untergliederungen der Bundesparteien noch immer in der Zwangslage sind, nur als Ausführungsorgane von Bundesinteressen zu fungieren. Nach dem Berlin-Abkommen aber darf Westberlin nicht von der BRD aus regiert werden und ihr konstitutiv nicht zugehören, auch nicht *indirekt* über die Vermittlung der homogenen Bundes-Partei-Hierarchien. Hier gilt es, *noch rechtzeitig* und im allseitigen Interesse unteilbarer und unwiderruflicher Friedenspolitik Konsequenzen zu ziehen. Der bisherige Automatismus der Gesetzesübertragung von der BRD auf Westberlin und die bisher übliche Wirksamkeit der drei Bonner Parlamentsparteien CDU, SPD und FDP in Westberlin über ihre dortigen Landesverbände sind *nicht* abkommenskonform und enthalten darum automatisch und objektiv friedenspolitisch störende Momente und Elemente. Ein junges Beispiel dafür ist der Versuch des Bonner Außenministers Genscher, die Frage des Termins der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der DDR als Waffe in der Kontroverse um das Umwelt-Bundesamt zugunsten der Fortsetzung des Kalten Krieges gegen die DDR in diplomatisch sublimierter Form einzusetzen.

Gesetzgebungspolitische und parteipolitische Sicherungen der Einhaltung des Berlin-Abkommens in Westberlin und *im Interesse Westberlins* sind darum eine Frage, deren Lösung nicht nur von den direkt Interessierten und Betroffenen befürwortet werden sollte: Die Verbindungen BRD—Westberlin würden entlastet von den vielseitigen Unzumutbarkeiten des friedenspolitisch nachteiligen Unterordnungsverhältnisses Westberlins gegenüber der BRD; die Bonner Entspannungspolitik könnte einen höheren Grad an Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit gewinnen; die von der KSZE anvisierte neue Qualität von Sicherheit und Kooperation im kontinentalen Maßstab wäre einer Gefährdung weniger ausgesetzt und damit dem Ziel der Unwiderruflichkeit zum Greifen nahegerückt. Klaus Ehrler

Anklagepunkte gegen Nixon

Nixons „Flucht nach vorn" am 5. August 1974, sein Eingeständnis, an Vertuschungsmanövern beteiligt gewesen zu sein, zeigt, wie einschneidend sich die Position des amerikanischen Präsidenten in wenigen Wochen verschlechtert hat. Die Welle von Verfahren gegen Politiker seiner engsten Umge-

bung zieht immer weitere Kreise, und die Empfehlungen des Rechtsausschusses des Repräsentantenhauses lassen die Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Präsidenten jetzt in unmittelbare Nähe rücken.

John D. Ehrlichman wurde vor Gericht des Meineids und der Behinderung der Justiz für schuldig befunden. Während diese Zeilen geschrieben werden, erwartet er den Urteilsspruch. John B. Conally, der frühere Demokratische Gouverneur von Texas, der während des Wahlkampfes 1972 zu Nixon überschwenkte, eine Kampagne „Demokraten für Nixon" organisierte und mit einem Ministerposten belohnt wurde, ist des Meineids und der Annahme von Bestechungsgeldern angeklagt. Haldeman wartet auf seinen Prozeß, des gleichen der frühere Justizminister Mitchell und der frühere Schatzminister Maurice Stans. Nachdem sie in einem ersten Verfahren freigesprochen worden waren, sind sie jetzt anderer Delikte in Verbindung mit dem Mißbrauch von Wahlkampfgeldern für Nixons 1972er Kampagne angeklagt.

Der Oberste Gerichtshof hat einstimmig entschieden, daß der Präsident eine große Anzahl Tonbänder mit Aufzeichnungen von Gesprächen, die er im Zusammenhang mit Watergate im Weißen Haus geführt hat, an Richter Sirica aushändigen müsse. Die Übergabe dieser Bänder hatte der Präsident bisher sowohl gegenüber dem Sonderermittler, wie gegenüber Richter Sirica, wie auch dem Rechtsausschuß gegenüber beharrlich verweigert. Nun hat der Oberste Gerichtshof sich mit seiner Entscheidung gegen Nixons Anspruch auf Sonderrechte gewandt, die er unter Verweis auf Erfordernisse der „nationalen Sicherheit" postulierte.

Soeben hat der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses nach mehrwöchiger Untersuchungsarbeit über die Frage entschieden, ob er dem Haus eine Resolution mit dem Ziel der Amtsenthebung empfehlen solle, welche den Senat zur Durchführung eines Impeachment-Verfahrens mit der Möglichkeit der Entfernung des Präsidenten aus dem Amt zwingen würde. Während seiner letzten vier Sitzungstage, die im Fernsehen direkt übertragen wurden, hat der Rechtsausschuß drei Artikel zur Anklage des Präsidenten beschlossen, in denen ein Impeachment-Verfahren vor dem Senat und seine Entfernung aus dem Amt empfohlen werden.

Der erste Artikel, der mit 27 zu 11 Stimmen, darunter den Ja-Stimmen von sechs Republikanern, verabschiedet wurde, beschuldigt den Präsidenten, er habe „in Verletzung seines Amtseides die Arbeit der Justiz unterbunden, behindert oder verlangsamt". Die konkreten Vorwürfe lauten: Abgabe unrichtiger Erklärungen gegenüber Untersuchungsbeamten in der Sache des Watergate-Einbruchs; Zurückhaltung von Informationen und Veranlassung von Zeugen, falsche Aussagen zu machen; Mißbrauch der CIA, des FBI und anderer Ämter; Zahlung von Schweigegeldern an potentielle Zeugen bzw. Zustimmung zu solchen Zahlungen; fälschliche Behauptung, die Tätigkeit von Mitarbeitern des Weißen Hauses überprüft zu haben; und ein Verhalten, das angeklagte und verurteilte Personen veranlaßte, für den Fall ihres Schweigens oder falscher Aussagen eine bevorzugte Behandlung zu erwarten.

Zusammenfassend wird in Artikel I festgestellt: „In all diesen Punkten hat Richard M. Nixon in einer Weise gehandelt, die seiner Vertrauensstellung als Präsident zuwiderläuft und die verfassungsmäßige Regierung untergräbt, zum großen Schaden für Recht und Gerechtigkeit und in offener Verletzung der Rechte des Volkes der Vereinigten Staaten. Durch ein solches Verhalten rechtfertigt Richard M. Nixon das Impeachment und ein Verfahren zu seiner Entfernung aus dem Amt."

Ein zweiter Artikel wurde mit 28 zu 10 Stimmen, also mit der Unterstützung

eines weiteren Republikaners, verabschiedet. Darin geht es um den Nixon vorgeworfenen Mißbrauch der Bundesfinanzbehörde zur Beschaffung von Belastungsmaterial gegen politische Gegner; um illegale Abhörung von Bürgern ohne Gerichtsbeschluß und um den Vorwurf, im Weißen Haus einen illegalen Geheimdienst eingerichtet zu haben, finanziert aus Wahlkampfgeldern von 1972. Ferner wird Nixon der Mitwisserschaft über den Einbruch bei Daniel Ellsbergs Psychiater und der Einmischung in die Arbeit des Watergate-Sonderermittlers Archibald Cox, den er entließ, beschuldigt.

Ein dritter Artikel, der dem Präsidenten Mißachtung des Kongresses vorwirft, weil er die vom Rechtsausschuß unter Strafandrohung geforderte Herausgabe von Tonbändern verweigerte, fand eine geringere Mehrheit als die ersten beiden Artikel. Für den Versuch, einen Artikel über die illegalen Bombenangriffe in Kambodscha anzufügen, gab es keine Mehrheit.

Nach Nixons Teilgeständnis sind sich im Grunde alle Beobachter in Washington in der Erwartung einig, daß die Zustimmung des Hauses zu den Empfehlungen des Rechtsausschusses unvermeidlich ist. Dies würde bedeuten, daß ein Verfahren im Senat stattfinden muß. Dort ist die Frage offen, ob sich die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit für eine Verurteilung des Präsidenten finden wird.

Nach dem wahrscheinlichen Zeitplan könnte das Absetzungsverfahren im Senat — nach etwa zweiwöchiger Debatte im Repräsentantenhaus und nach einer kurzen Unterbrechung — Ende September beginnen und sich leicht bis zu den Herbstwahlen hinziehen, sofern der Präsident nicht nun doch noch vorher zum Rücktritt gezwungen wird.

Martin Hall, Los Angeles

Ein neues Stadium der Unterdrückung in Chile

Der aufmerksame Beobachter kann in Chile seit der Beseitigung der rechtmäßigen Regierung durch den Militärputsch Stadien der Unterdrückung verfolgen, die aus der Geschichte des deutschen Faschismus bekannt sind.

Das erste Stadium beginnt mit dem 11. September 1973 und reicht bis Ende Oktober. In dieser Zeit werden nicht nur ca. 46 000 Personen verhaftet, die Verhaftungen unter 24 Stunden nicht einberechnet, sondern zu Zehntausenden Chilenen und Ausländer ermordet [1]). Systematische Erschießungen und Massaker, wenn in Fabriken und Industriebezirken Widerstand geleistet wird, sind an der Tagesordnung. Mehr als 9000 Personen flüchten in die Botschaften ausländischer Staaten.

Im zweiten Stadium der Unterdrückung, von Anfang November bis Ende Dezember 1973, erfolgen die Folterungen und Tötungen im Vergleich zum ersten Stadium vereinzelter, dennoch absolut gesehen immer noch sehr zahlreich. Eine Reihe summarischer Prozesse wird durchgeführt. Man schätzt für diese Zeit ca. 18 000 Gefangene.

Ein drittes wichtiges Stadium der Unterdrückung beginnt Anfang 1974. Einerseits ist die Junta gezwungen, auf das Echo der internationalen Meinung zu reagieren. Sie erläßt ein Dekret (Nr. 228), nach dem nur auf Anordnung der Junta oder ihrer Beauftragten Festnahmen erfolgen dürfen. Andererseits werden jetzt Institutionen geschaffen, die eine systematische und organisierte Unterdrückung erlauben. Es wird das „Departamento de Intelligencia Nacional" (DINA) gebildet, dessen Aufgabe

1) Die Angaben beruhen auf dem Bericht einer Delegation der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (AIJD), die vom 14. bis zum 21. April 1974 in Chile weilte.

Zur Entwicklung in Frankreich seit der Bildung der „Union populaire" und den Parlamentswahlen 1973

Von Werner Goldschmidt und Lothar Peter

I

Die Ergebnisse der französischen Präsidentschaftswahlen 1974 waren weder eine zur Resignation Anlaß gebende Niederlage der Linken, noch spiegelten sie hauptsächlich einen persönlichen Erfolg François Mitterrands, des Kandidaten der Union populaire, wider. Vielmehr lag die — für die französische Arbeiterbewegung und andere demokratische Strömungen des Landes — positive Bedeutung der Präsidentschaftswahlen darin begründet, daß Mitterrand als Repräsentant eines Regierungsprogramms, das tiefgreifende soziale Veränderungen vorsieht und dessen Verwirklichung dem Lande den Weg zum Sozialismus öffnen soll, fast die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Auswirkungen dieser Tatsache lassen sich nicht auf den nationalen Rahmen der politischen Lage Frankreichs beschränken; denn die Erfolge der Einigungsbestrebungen der französischen Linken und des „programme commun" widerlegen grundsätzlich die gerade auch in der Bundesrepublik vertretene und verbreitete These, daß sich im gegenwärtigen Kapitalismus eine Integration der Klassen vollziehe und die sozialistische Alternative zum bestehenden System überholt sei.

Wir hielten es deshalb für notwendig, einige Zusammenhänge aufzuzeigen, in denen sich die Kämpfe der werktätigen Bevölkerung unter den Bedingungen der anhaltenden Tendenz zur Krise und vor dem Hintergrund des gemeinsamen Regierungsprogramms der Linksparteien seit den Wahlen zur Nationalversammlung 1973 entfalteten. Dabei mußten wir auf die Berücksichtigung einiger Faktoren und Teilprozesse verzichten, die zwar die konkrete Bewegung des Klassengegensatzes beeinflußten, von uns aber aus räumlichen Gründen nicht behandelt werden konnten. Das gilt beispielsweise für bestimmte ökonomische Kämpfe sowie für einige relevante Konflikte, die aus der Verletzung bürgerlich-demokratischer Grundrechte entstanden. Auch Aktionen der internationalen Solidarität mußten wir ausklammern, zumal wir uns sonst mit Fragen hätten auseinandersetzen müssen, die grundlegende Probleme des Übergangs zum Sozialismus betreffen. Des weiteren wurden die inneren Widersprüche und politischen Kräfteverschiebungen der herrschenden Klasse nur teilweise und auch dann nur insoweit thematisiert, als sie den Kampf der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisationen unmittelbar tangierten. D. Verf.

Das von der Französischen Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und den Linksliberalen („radicaux de gauche") am 27. Juni 1972 unterzeichnete Regierungsprogramm („programme commun") *) markierte den Beginn einer neuen Phase der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Frankreich. Zum erstenmal in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung schufen Kommunisten und Sozialisten gemeinsam die programmatischen Voraussetzungen, um die politische Macht in der Perspektive des Übergangs zum Sozialismus auszuüben. Obwohl das Großbürgertum seine gesamte Maschinerie der Meinungsbeein-

*) Vgl. Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, Band 4, Pahl-Rugenstein Verlag. D. Red.

flussung in Gang setzte, um die Anziehungskraft der im Regierungsprogramm der Linken eröffneten politischen und sozialen Alternative des Landes zu untergraben, erhielten die Parteien der „union populaire" bei den Wahlen zur Nationalversammlung im März 1973 mehr als 46 % der Stimmen. Zwar konnten die Parteien der Rechten (UDR, Unabhängige Republikaner und „Zentristen") im Verein mit anderen prokapitalistischen Gruppierungen wie den sogenannten „reformateurs" (Lecanuet und Servan-Schreiber) eine knappe Mehrheit behaupten, aber der große Erfolg der Linksparteien erwies sich als Indikator für die wachsende Bereitschaft vor allem der werktätigen Bevölkerung, das herrschende Regime durch eine Regierung der Kommunisten, Sozialisten und Linksliberalen zu ersetzen und an der Stelle des politischen Systems des Großkapitals eine auf sozialem Fortschritt, Nationalisierung, Planung und weitreichender Mitbestimmung beruhende Demokratie der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen zu errichten.

Der Prozeß der politischen Polarisierung konnte nach den Wahlen um so weniger unterbrochen werden, je krasser die Diskrepanz zwischen den Versprechungen der konservativen „majorité" zum einen und den konkreten Erscheinungen der sich verschärfenden Krisentendenz zum anderen zutage trat. Obwohl das französische Bruttosozialprodukt seit 1969 relativ gleichmäßig wuchs (1969: 7,6 %; 1970: 5,8 %; 1971: 5,1 %; 1972: 5,8 %), die industrielle Zuwachsrate mit 8 % im Jahre 1972 alle anderen westeuropäischen kapitalistischen Länder übertraf und die industriellen Investitionen zwischen 1968 und 1971 jährlich um 13—30 % anschwollen, verschlechterten sich die sozialen Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung im Verhältnis zur gesteigerten Produktivkraft des Kapitals erheblich. Der jährliche Zuwachs der Reallöhne sank von 4,4 % im Jahre 1968 auf 2,5 % im Jahre 1972. Die Schere zwischen gesteigerter Arbeitsproduktivität und Reallohnentwicklung verengte sich im genannten Zeitraum nur geringfügig. Neben diesen Daten dokumentierten auch der, verglichen mit anderen EG-Ländern, geringe Anteil der Lohnkosten am aufgewandten produktiven Gesamtkapital und die über den Stand der anderen EG-Staaten hinausgehende Länge der wöchentlichen Arbeitszeit vor allem im industriellen Bereich das Bedingungsverhältnis von privater Gewinnmaximierung und verschärfter Ausbeutung der französischen Arbeiter und Angestellten.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Produktionssphäre fand ihre Ergänzung in einer rapiden Steigerung der Preise und Lebenshaltungskosten. Nach der offiziellen Statistik (INSEE) stiegen die Preise 1972 gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % und 1973 um 6,7 %, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Zahlen nicht die Lebenshaltungskosten der werktätigen Bevölkerung widerspiegeln, sondern die durchschnittliche Erhöhung des gesamten Preisniveaus zum Ausdruck bringen. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik errechnete die CGT, der größte französische Gewerkschaftsbund, ausgehend von der Einkommens- und Konsumtionsstruktur der Arbeiter und Angestellten, für das Jahr 1972 eine Preissteigerungsrate von 9,6 % und für 1973 von mehr als 11 %. Besonders hart betroffen waren neben den Arbeitslosen, Rentnern und Invaliden diejenigen proletarischen Schichten, die — wie die Mehrheit der ausländischen Arbeiter und der lohnabhängig beschäftigten Frauen und Jugendlichen — am unteren Ende der Lohnskala stehen. Nach einer INSEE-Untersuchung in den Bereichen der Industrie und des Handels verdienten 1972 fast 20 % der Beschäftigten weniger als 920 F (ca. 500,— DM) im Monat (davon waren 75 % Frauen), und 16,4 % lagen mit ihrem Einkommen zwischen 920 F und 1150 F (ca. 500—650 DM) also an der Grenze des gegenwärtigen sozialen Existenzminimums.

Schon diese wenigen sozialökonomischen Daten illustrieren hinreichend die materiellen Ursachen für die wachsende Kampfbereitschaft der französischen Arbeiterklasse im Verlauf des Frühjahrs 1973. Die Streikaktionen in den Monaten vor den Wahlen (Streiks der Bank- und Postangestellten, der Fluglotsen u. a.) wurden, kaum daß die Rechte nach ihrem knappen Wahlsieg die Regierungsbildung vorgenommen hatte, in der Folgezeit mit unverminderter Härte fortgesetzt. Dabei stand zunächst wieder die Belegschaft des staatlichen Renault-Konzerns (120 000 Beschäftigte) im Mittelpunkt der Kämpfe. Nachdem die Gewerkschaften bei Renault im Januar eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen hatten, die für große Teile der Belegschaft erhebliche Verbesserungen brachte (Herabsetzung des Rentenalters für Männer auf 62, für Frauen auf 61 Jahre, Anhebung des Mindestlohns auf 1500 F, Arbeitszeitverkürzungen, Teuerungszulage und eine Vorweganhebung der Löhne für 1973 um 6 %), kam es in der zweiten Märzhälfte zu einer neuen Streikaktion von weitreichender Bedeutung. Im Stammwerk Billancourt traten einige hundert „OS" (angelernte Arbeiter, meist Fließbandarbeiter) unter der Losung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und mit Forderungen nach veränderten Kriterien der Lohneinstufung und verbesserten beruflichen Aufstiegsbedingungen in den Ausstand. Wie zwei Jahre zuvor, als einige tausend „OS" im Zweigwerk Le Mans in den Streik getreten waren, reagierte die Unternehmensleitung zunächst mit einer Aussperrung, die aus arbeitsrechtlichen Gründen mit dem Begriff der „technischen Arbeitslosigkeit" umschrieben wurde. Von diesem „lockout" waren zunächst 7000 Arbeiter betroffen. Kurz darauf erfolgte die Schließung der Zweigwerke Flins und Sandouville, so daß von den ungefähr 100 000 Beschäftigten in der Autoproduktion des Konzerns mehr als ein Drittel faktisch ausgesperrt wurde. Während zur gleichen Zeit die Beschäftigten des Stahl-Monopols Wendel-Sidelor im ultramodernen Zweigwerk Sacilor ihren ersten Streik erfolgreich beendeten, nahm die Renault-Direktion gegenüber den Gewerkschaften eine intransigente Haltung ein, da sie die Signalwirkung fürchtete, die erfahrungsgemäß von Arbeitskämpfen bei Renault für die gesamte französische Arbeiterklasse ausgeht.

Erst als sich die Arbeiter von Peugeot in Saint-Etienne und des zum Renault-Konzern gehörenden LKW-Werks SAVIEM dem Kampf ihrer Kollegen in Billancourt anschlossen, lenkte die Renault-Direktion ein. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften führten zu einem für die Streikenden günstigen Kompromiß. Das System der Arbeitsplatzbewertung wurde in wichtigen Punkten revidiert und die bisher bestehenden sieben unterschiedlichen Lohngruppen für die „OS" auf drei reduziert. Für Zehntausende von Arbeitern und Angestellten traten durch die Folgewirkung dieser Vereinbarung Lohnerhöhungen in Kraft, wohingegen es nicht gelang, einen Verzicht auf Sanktionen gegen die Streikenden seitens der Unternehmensleitung durchzusetzen. Obwohl die Kampfmaßnahmen der Renault-Arbeiter für die Zukunft die Möglichkeit geschaffen haben, daß die „OS" des Konzerns als Facharbeiter eingestuft werden können, steht die zentrale gewerkschaftliche Forderung nach einem einheitlichen Lohngruppensystem trotz der erzielten Fortschritte bei Renault (véritable grille unique) in Frankreich weiterhin auf der Tagesordnung.

Der seit den Märzwahlen anhaltende Widerstand der französischen Arbeiterklasse gegen die krisenhaften Folgen des monopolkapitalistischen Akkumulationsprozesses entfaltete sich in enger Verbindung mit demokratischen Bewegungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die selbst zwar nicht unmittelbar dem Diktat der Mehrwertproduktion unterworfen sind, nichtsdestoweniger aber

den Verwertungsbedingungen der großen Privatkapitale angepaßt werden sollen. So traf der Versuch der Regierung, an Schulen und Universitäten die Lehrinhalte zu reglementieren, die Studienzeiten zu verkürzen und die Bildungsprivilegien der bürgerlichen Schichten aufrechtzuerhalten, im Frühjahr 1973 auf breite Gegenwehr der lernenden und studierenden Jugend. Insbesondere eine vom ehemaligen Armeeminister Michel Debré ausgearbeitete Verordnung, derzufolge Schüler und Studenten über siebzehn Jahre entweder ihre Ausbildung zugunsten des Militärdienstes unterbrechen müssen oder ihr Studium erst nach Ableistung des Militärdienstes aufnehmen dürfen, rief den Protest von Zehntausenden von Schülern, Lehrlingen und Studenten hervor. Gegen die Anwendung dieser Verordnung, die sowohl als erweiterter Numerus clausus dienen als auch die zunehmend antimilitaristische Stimmung vieler Jugendlicher unterlaufen sollte und außerdem vor allem aus der Arbeiterklasse stammende Schüler und Studenten benachteiligte (die aus finanziellen und sozialpsychologischen Gründen vom erzwungenen Aufschub eines Studiums besonders hart betroffen sind), mobilisierte die gewerkschaftlich orientierte „Nationale Union der gymnasialen Aktionskomitees" (UNCAL) eine Massenkampagne. Sie fand Unterstützung nicht nur bei anderen fortschrittlichen Jugendverbänden wie der christlichen Arbeiterjugend (JOC) und dem linksgerichteten Studentenverband UNEF, sondern auch bei den Parteien des „programme commun" und der PSU, einer kleineren sozialistischen Partei.

Dem Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der demokratischen Jugend versuchte das durch eine nicht abreißende Kette von Skandalen und Intrigen auch moralisch bloßgestellte Regime unter Premierminister Pierre Messmer mit der Einschränkung verfassungsmäßiger Rechte und Freiheiten zu begegnen.

Öffentliche Drohungen führender Militärs (darunter einiger Stabschefs verschiedener Waffengattungen), das Begehren des damaligen Innenministers Marcellin nach einer gesetzlichen Handhabe zur „effektiveren Bandenbekämpfung" („banditisme"), also zur juristisch verschleierten Niederschlagung öffentlicher Protestaktionen, die Belebung der „gelben Gewerkschaft" CFT und eine von rechtsextremen und konservativ-reaktionären Kräften geschürte rassistische Hetze, die mehrere Todesopfer forderte, sollten — in getreuer Kopie der gaullistischen Propaganda vom Mai/Juni 1968 — dazu beitragen, ein Klima der Angst und Unsicherheit zu erzeugen. Gegen das Vordringen dieser reaktionären und teilweise unverhüllt faschistischen Tendenzen riefen die demokratischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Bevölkerung des Landes zu erhöhter Wachsamkeit auf. Am 20. Juni 1973 fanden in ganz Frankreich Demonstrationen gegen die Bedrohung demokratischer Grundrechte statt. Allein in Paris beteiligten sich 120 000 Menschen an dem Protestmarsch. Einen Tag später kam es in Paris anläßlich einer Kundgebung der neofaschistischen Organisation „Ordre nouveau" zu Zusammenstößen mit Anhängern ultralinker Gruppen. Daraufhin löste die Regierung sowohl den „Ordre nouveau" als auch die trotzkistische „Ligue communiste" auf, deren Führer Alain Krivine verhaftet wurde. Gegen die „dissolution" der „Ligue" protestierten mehrere Parteien und Organisationen der Linken, unter ihnen die Sozialistische und die Kommunistische Partei. Sie erklärten, die Regierung benutze die Zusammenstöße als Vorwand, um zum Schlag gegen die demokratische Bewegung und verfassungsmäßige Rechte auszuholen, wobei die Kommunistische Partei hervorhob, daß die Regierung mit Hilfe „einer falschen Symmetrie" von faschistischer Reaktion und ultralinken Splittergruppen über ihre eigentlichen Ziele hinwegtäuschen wolle. Trotz der Anstrengungen der herrschenden sozialen und politischen Kräfte, das Mentekel von Chaos und Anarchie in

grellen Farben auszumalen, den Konsolidierungsprozeß der „union populaire" aufzuhalten und die Arbeiterklasse von den anderen werktätigen Schichten zu isolieren, verlor der Kampf des französischen Proletariats nicht nur nichts von seiner Intensität, sondern erreichte mit dem „Lip-Konflikt" sogar einen neuen Höhepunkt.

Der Bankrott der zum Schweizer Konzern Ebauches S.A. gehörenden renommierten Uhrenfabrik Lip in Besançon war das Resultat des Zusammenwirkens der internationalen Konkurrenz mit dem Versagen privatkapitalistischer Unternehmensführung und staatlicher Beschäftigungspolitik. Die Gefährdung von 1300 Arbeitsplätzen meist hochqualifizierter Arbeiter und Angestellter brachte den Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und den ihr gesetzten Schranken spätkapitalistischer Produktionsverhältnisse exemplarisch zum Ausdruck. Gleichzeitig enthüllte der Konflikt die klassenmäßige Funktion des Staates, der sich weigerte, den Lip-Beschäftigten die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze durch Überführung des Unternehmens in staatliches Eigentum oder öffentliche Kreditvergabe zu garantieren. Indem der Staat dem Inhalt nach die Neustrukturierungsvorschläge einiger privater Unternehmen unterstützte, die das in Konkurs gegangene Werk unter sich aufteilen wollten, ohne den Interessen der Belegschaft Rechnung zu tragen, begünstigte er die Verteilung gesellschaftlicher Arbeit gemäß den Verwertungsbedingungen privater Kapitale („plan Charbonnel").

Die Aktionen der Lip-Beschäftigten gegen das drohende „démantèlement" (Stilllegung), gegen Dequalifizierung, Lohnabbau und Arbeitsplatzverlust entwickelten sich in dem Maße, in dem sich die Haltung der in den Konflikt eingeschalteten Regierung verhärtete. Da die von immer breiteren Kreisen der Bevölkerung bekundeten Sympathien für die Lip-Belegschaft nicht durch plumpe Diskriminierung erstickt und die Kampfbereitschaft der das Werk besetzthaltenden Arbeiter und Angestellten nicht durch offene Repression gebrochen werden konnte, verlegte sich die Regierung auf eine Taktik der Verzögerung, während die bürgerlichen Massenmedien gleichzeitig den Konflikt zu einer Sensation hochzustilisieren versuchten. Weniger spektakulär als „illegale" Produktion und Vertrieb von Uhren, als das Verstecken von Lagerbeständen und ergebnislose Haussuchungen der Polizei auch bei hohen kirchlichen Würdenträgern war indes die Festigung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit zwischen den beiden großen französischen Gewerkschaften, der CGT und der CFDT. Über mehrere Monate organisierten beide Gewerkschaften nicht nur gemeinsam die Solidaritätsbewegung in ganz Frankreich und die Streikfront bei Lip, sondern verhandelten auch auf der Grundlage gemeinsamer Forderungen mit den Unternehmerverbänden (CNPF und UIMM) und den Beauftragten des Staates.

Die Belegschaft der Lip-Werke selbst bewies in ihrem mehrere Monate dauernden Kampf, daß die unmittelbaren Produzenten nicht der kapitalistischen Leitung bedürfen, um die Produktion durchzuführen. Wenn auch auf niedriger Stufenleiter und mit verringertem Produktionsergebnis, demonstrierten sie — gleichsam stellvertretend für ihre Klasse — die kollektive Fähigkeit des Proletariats, den Produktionsprozeß in eigene Regie zu übernehmen. Daß die Kampfbewegung bei Lip dennoch mit einer partiellen Niederlage endete, erklärt sich ebenso aus bestimmten objektiven wie aus subjektiven Bedingungen, die eine Verallgemeinerung der Aktionen bei Lip zum „Modell" revolutionärer Praxis nicht zulassen.

Denn obwohl die Lip-Belegschaft ein relativ hohes Qualifikationsniveau aufwies (nur etwa 300 der insgesamt 1300 Beschäftigten waren „OS", also angelernte

Arbeitskräfte) und auch die sachlichen Produktionsfaktoren den Anforderungen entsprachen, die an den Arbeitsprozeß zur Herstellung komplizierter feinmechanischer Produkte geknüpft sind, handelte es sich bei Lip dennoch nicht um ein Unternehmen, das für den monopolkapitalistischen Produktionsprozeß auf hoher Stufenleiter gegenwärtig typisch ist. Weder hinsichtlich des Grades der Arbeitsteilung, der Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften und des Produktionsvolumens noch unter dem Gesichtspunkt der der Uhrenfabrikation zukommenden Bedeutung für die stoffliche Seite des Reproduktionsprozesses erfüllte das Unternehmen diejenigen materiellen Bedingungen, unter denen sich in den kapitalistischen Ländern gegenwärtig Klassenkämpfe von nationaler Tragweite entfalten können.

Vermittelt durch andere Momente wie den relativ isolierten Standort der Produktionsstätten in einer industriell schwach entwickelten Region, beeinflußten diese objektiven Voraussetzungen die Aktionen und Forderungen der Belegschaftsmehrheit in der Weise, daß diese utopische Bewußtseinsformen restituierte, wie sie bei vorwiegend manufaktureller Arbeit in kleinen Produktionseinheiten auch heute noch dann entstehen können, wenn die Verbindung zum Kern der Arbeiterklasse in der materiellen Großproduktion und seiner Erfahrung im organisierten ökonomischen und politischen Kampf sporadisch bleibt.

Nachdem die Regierung die während des Frühjahrs und Sommers 1973 vertretene Forderung der Lip-Arbeiter nach voller Beschäftigungsgarantie, nach Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und produktionsorganisatorischen Einheit des Unternehmens und nach Sicherung aller bisherigen Betriebsvereinbarungen (z. B. Gleitklausel für die Kaufkraft der Löhne) im August definitiv abgelehnt hatte, der Druck der Belegschaft und der Gewerkschaften aber unvermindert anhielt, legte der staatliche Unterhändler Henry Giraud im September einen Kompromißvorschlag vor. Dieser sah zwar eine veränderte Unternehmensstruktur vor, sicherte aber 990 Belegschaftsangehörigen die sofortige Weiterbeschäftigung.

Da sich die materielle Lage der Streikenden zunehmend verschlechterte, die Streikfront wegen der Abwanderung von Belegschaftsangehörigen zu anderen Arbeitsplätzen abzubröckeln begann und sich die maximalistischen Positionen der örtlichen CFDT-Organisation und des inzwischen bei Lip gebildeten „Aktionskomitees" von den Tageskämpfen der Mehrheit der französischen Arbeiterklasse zu verselbständigen drohten, empfahl die CGT die Annahme des „plan Giraud" als unter den gegebenen Bedingungen akzeptablen Kompromiß. Dagegen beharrten die CFDT, die bei Lip über die Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten verfügte, und das „Aktionskomitee" weiterhin auf den ursprünglichen Forderungen. Dieser Haltung schloß sich die Mehrheit der Streikenden an. Ihr zunächst eher reformistisch geprägtes Bewußtsein war unter dem spontanen Eindruck sowohl der allgemeinen Solidaritätsbekundungen als auch ultralinker Agitation in einen utopischen Radikalismus umgeschlagen, dem sich die eigenen Aktionen ungeachtet der realen Erfolgsmöglichkeiten als Gravitationszentrum des nationalen Klassenkampfes darstellten. Infolgedessen sprachen sich bei einer von den Gewerkschaften am 12. Oktober durchgeführten Urabstimmung, an der sich insgesamt 800 Beschäftigte beteiligten, 626 Stimmen gegen und 174 für die Empfehlung der CGT aus.

Diese von illusionären Erwartungen gekennzeichnete, die gewerkschaftliche Kampfkraft schwächende Entscheidung ermöglichte es der Regierung, im Januar 1974 ein Resultat des Konflikts zu erzwingen, dessen Folgen für die Belegschaft

weitaus größere Nachteile brachten, als mit der Annahme des CGT-Vorschlags verbunden gewesen wären: Gemäß der Vereinbarung vom 14. Januar 1974 sollte eine mit privater und staatlicher Beteiligung gebildete Holding-Gesellschaft („plan Neuschwander") die Lip-Werke übernehmen und Ende März 1974 mit zunächst 300 Beschäftigten die Produktion weiterführen, um Ende September — allerdings nur, sofern es die konjunkturelle Lage erlaube — noch einmal 500 Arbeitskräfte wieder einzustellen.

Trotz des für die unmittelbar Betroffenen negativen Ausgangs des Lip-Konflikts gewannen die Aktionen der Lip-Arbeiter eine für die französische Arbeiterbewegung progressive Bedeutung insofern, als sie den Kampf um die Sicherheit der Arbeitsplätze im Zusammenhang von internationaler Konkurrenz und industriellem Strukturwandel als zentrale Kampfaufgabe der Gewerkschaften hervorhoben, zur Bewußtwerdung der Notwendigkeit beitrugen, die Beschäftigungspolitik an den Prioritäten einer demokratischen Wirtschaftsplanung auszurichten, und schließlich die Plausibilität der gewerkschaftlichen Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen sichtbar unter Beweis stellten.

Deshalb konnte das Scheitern der zuletzt isolierten Aktionen bei Lip zwar einerseits die weitere Entfaltung der Kämpfe der französischen Arbeiterklasse nicht grundlegend beeinträchtigen, zumal die CFDT ihre im Lip-Konflikt eingenommene Haltung selbstkritisch reflektierte, andererseits aber bestätigte der Ausgang des Besetzungsstreiks die marxistische These, daß Inhalt, Entwicklungstempo und politische Richtung der Klassenkämpfe nicht von einzelnen Gruppen oder vermeintlichen revolutionären Eliten, sondern durch das Verhältnis aller Klassen und Schichten zueinander sowie durch den Reifegrad der Arbeiterbewegung im nationalen Maßstab bestimmt werden.

Ihre positive Bestätigung fand diese These in den Bemühungen der beiden großen Gewerkschaftsverbände CGT und CFDT, den durch die Ereignisse im Mai/Juni 1968 vorübergehend unterbrochenen Annäherungsprozeß voranzutreiben. Das gemeinsame Regierungsprogramm wirkte dabei unzweifelhaft als Katalysator sowohl für das Verhältnis der CFDT zur CGT als auch für eine klarere Profilierung der Sozialistischen Partei in ihrer Auseinandersetzung mit reformistisch-integrationistischen Auffassungen. Die konstruktiven Modifikationen der CFDT gegenüber den Erfordernissen der gewerkschaftlichen Aktionseinheit, wie sie beispielsweise der Generalsekretär der CFDT, Edmond Maire, in mehreren öffentlichen Äußerungen vornahm, das Abrücken von antikommunistischen Vorurteilen, die noch auf dem Kongreß der CFDT in Nantes (Juni 1973) unüberhörbar gewesen waren, und die allerdings zurückhaltend formulierten Zugeständnisse der CFDT an die Strategie der Volkseinheit gaben auch der Entwicklung der Sozialistischen Partei neue Impulse. So wurde der von der Sozialistischen Partei mit der Unterzeichnung des „programme commun" eingeschlagene Weg auf dem Parteikongreß in Grenoble (Sommer 1973) fortgesetzt. Anträge („motions"), die eine solidere Verankerung der Partei in den Betrieben, die Festigung des Bündnisses mit den Kommunisten und die konsequente Bekämpfung sozialpartnerschaftlicher Optionen zum Gegenstand hatten, konnten klare Abstimmungserfolge verzeichnen. Die von Mitterrand, Mauroy, Savary, Joxe und Poperon repräsentierten Richtungen, die sich nachdrücklich zum „programme commun" bekannten, erneut jede Kollaboration mit großbürgerlichen Parteien verwarfen und ein entschlossenes Engagement der Sozialisten in den Tageskämpfen der Werktätigen avisierten, erhielten die Zustimmung von 90 % der Parteidelegierten.

Um die Jahresmitte 1973 hatte der zyklische Aufschwung der Konjunktur seinen Höhepunkt überschritten. Die Wachstumskurve flachte im Vergleich zum Vorjahr ab. Obwohl der Umfang der industriellen Investitionen kaum abnahm, verlangsamte sich das Tempo der erweiterten Reproduktion des Kapitals, da die laufenden Investitionen in weitaus höherem Maß der Substituierung verschlissener Produktionsmittel als der qualitativen Verbesserung der materiell-technischen Basis der Produktion dienten. Mit dem Nachlassen der Konjunktur ging jedoch keine Verlangsamung des Preisanstiegs einher (Stagflation). Mit 8,5 % — nach Berechnungen der CGT mit mehr als 11 % — überholte der Preisauftrieb im vierten Quartal die Steigerungsraten der vergangenen Quartale, und die Zahl der Arbeitslosen näherte sich Ende des Jahres der Millionengrenze. Entgegen ihrer Beteuerung, den durch die inflationäre Entwicklung vermittelten sozialen Druck zu mildern, legte die Regierung Messmer im Dezember ein „Anti-Inflationsprogramm" vor, das weder effektive Preiskontrolle noch Stabilisierung der Massenkaufkraft in Aussicht stellte, sondern stattdessen Lohnleitlinien, Importrestriktionen und Hochzinspolitik empfahl, damit also Maßnahmen ankündigte, die die Existenzbedingungen auch der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden und „mittelständischen" Unternehmer verschärfen mußten.

Auf die wirtschaftspolitischen Restriktionen der Regierung und die Folgen der Teuerung antworteten die Gewerkschaften mit organisierten Aktionen. Einer von der CGT initiierten „Nationalen Woche der Information und Aktion" in der Metallindustrie im Oktober und einem ebenfalls von der CGT durchgeführten „Aktionstag der Metallarbeiter" im November 1973 folgten Streiks und Arbeitsniederlegungen in der Chemie-, Bergbau-, Textil- und Druckindustrie, bei den Hafenarbeitern, Dockern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Auch Teile der agrarischen und städtischen Mittelschichten schlossen sich, häufig unterstützt durch die Gewerkschaften, dem Kampf der Arbeiter und Angestellten an, um die ihnen durch Senkung der Erzeugerpreise, Verteuerung landwirtschaftlicher Produktionsmittel, Steuerprogression und Absatzverluste erwachsenen Belastungen abzuwehren. Die sich hier abzeichnende Aktionsgemeinschaft von Teilen der traditionellen Mittelschichten mit der Arbeiterklasse bestätigte einerseits die Strategie der vereinigten Linken, daß der erfolgreiche Kampf um einen neuen, nicht mehr vom Großbürgertum determinierten Typus der Demokratie, den politischen Zusammenschluß aller vom Monopolkapital abhängigen und ausgebeuteten Klassen und Schichten voraussetzt, sie stellte andererseits auch die Behauptung einer zwangsläufigen Rechtsentwicklung der Mittelschichten in Krisensituationen in Frage, eine Behauptung, welche die Möglichkeiten sozialer Bewußtseinsentwicklung nicht aus der sozialökonomischen Lage der Mittelschichten, sondern aus der unhistorischen Annahme statischer ideologischer Strukturen ableitet. Daß jedoch die traditionellen Mittelschichten nicht naturwüchsig zur politischen Reaktion tendieren, spiegelt sich in Frankreich sowohl geschichtlich im Zustrom breiter Teile des Kleinbürgertums zur Volksfront 1936 als auch gegenwärtig in der Zustimmung vieler Angehöriger der „couches moyennes" zum Regierungsprogramm der Linksparteien wider.

Um den Schrumpfungsprozeß ihrer politischen Basis aufzuhalten, die sich trotz des beschleunigten monopolkapitalistischen Konzentrationsprozesses noch immer überwiegend aus den traditionellen und neuen Mittelschichten rekrutiert, aber auch eine relevante Zahl von Arbeitern einschließt, bemühten sich die herrschenden konservativen Kräfte, ihre Taktik der offenen Repression durch integrationistische Palliative zu ergänzen. Die Anpassung an die wachsende antikapitalisti-

sche Stimmung in der Bevölkerung ging so weit, daß die UDR auf ihrem Kongreß in Nantes (November 1973) den „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus" als die einzige dem Lande förderliche Alternative beschwor. Dem Kongreß wurden Konzeptionen unterbreitet, die eine Erweiterung der Mitspracherechte der Beschäftigten in den Betrieben empfahlen, um die sozialen Antagonismen im Produktionsprozeß zu entschärfen, ohne gleichzeitig die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse anzutasten. Vehemente Attacken gegen alle Formen der „Staatswirtschaft", womit in erster Linie die programmatischen Vorstellungen der vereinigten Linken über demokratische Nationalisierung, Planung und Kontrolle von Schlüsselindustrien und zentralen Bereichen des Zirkulationsprozesses gemeint waren, korrespondierten mit Mitbestimmungsmodellen, in denen den leitenden Angestellten eine dominierende Rolle eingeräumt wurde. Verbunden mit Versprechungen gegenüber den Mittelschichten, deren soziales Aufbegehren von den Kongreßteilnehmern als alarmierendes Zeichen registriert wurde, glaubte die UDR, durch diese Variationen sozialer Demagogie der sich verstärkenden politischen Affinität der arbeitenden Bevölkerung zu den Linskparteien erfolgreich entgegenwirken zu können.

Hatte das französische Großbürgertum in den zurückliegenden Jahren die inneren Differenzen in der Arbeiterbewegung, vor allem die Spannungen zwischen Sozialisten und Kommunisten, zu seinen Gunsten ausgenutzt — wie zuletzt besonders deutlich der Verlauf des EG-Referendums 1972 zeigte —, so sah es sich jetzt vor eine neue Situation gestellt, in der die anhaltende sozialökonomische Tendenz zur Krise mit der Existenz und Wirkung einer einheitlichen gesellschaftlichen Alternativkonzeption der Linksparteien zusammenfiel. Die sich in diesem Zusammenhang entfaltende politische Dynamik führte nicht nur zu einem allgemein konstatierbaren Rückgang antisozialistischer Ressentiments in der Arbeiterklasse, sondern auch zur antikapitalistischen Aktivierung von werktätigen Schichten, die sich bisher der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber entweder passiv oder offen feindselig verhalten hatten. Unter diesen Bedingungen vollzog sich Ende November und Anfang Dezember 1973 die Vorbereitung des Generalstreiks gegen die Teuerung, die im Verlaufe des Jahres zu einem der Kardinalprobleme der arbeitenden Massen geworden war. Dem Appell der CGT, der CFDT, der einflußreichen Lehrergewerkschaft FEN, der Parteien des „programme commun" und der PSU folgten am 6. Dezember Millionen von Menschen in ganz Frankreich.

Allein in der Metallindustrie der Pariser Region streikten 350 000 Arbeiter und Angestellte, die Hälfte aller Beschäftigten dieses Industriezweigs. Bei Renault in Billancourt sank die Produktion auf 20 % ihres durchschnittlichen Umfangs, und beim staatlichen Energiekonzern EDF-GDF erreichte sie nur noch die Hälfte der „normalen" Leistung. In der Bauindustrie befolgten mehr als 1 Mio Beschäftigte den Streikaufruf, und in anderen Industriezweigen, wie der chemischen und der Druckindustrie, erfaßte der Generalstreik nahezu die Gesamtheit der Beschäftigten. Nach Angaben der Technikergewerkschaft in der CGT (UGICT) übertraf die Beteiligung der Ingenieure und Techniker selbst die Kampfaktivität der lohnabhängigen technischen Intelligenz während der Massenstreikbewegung im Mai/Juni 1968, als zum erstenmal in der Geschichte der französischen Klassenkämpfe Hunderttausende von wissenschaftlich-technisch qualifizierten Arbeitskräften in die sozialen Auseinandersetzungen gegen das Monopolkapital eingegriffen hatten. Obwohl die Führung der drittgrößten französischen Gewerkschaft, der „Force ouvrière" (FO), an ihrer neoliberalen Auffassung und dem Prinzip des „collective bargaining" festhaltend, den Generalstreik als angeblich politischen Mißbrauch

der gewerkschaftlichen Basis verwarf und damit ihre gegen die sozialistische Orientierung der Gewerkschaften gerichtete Taktik beibehielt, konnte sie den Erfolg des Generalstreiks nicht verhindern. Denn einerseits schlossen sich viele Mitglieder der FO, manchmal mit ausdrücklicher Billigung ihrer lokalen und regionalen Organisationen, dem Generalstreik an, und andererseits solidarisierten sich Organisationen mit dem Streikaufruf, deren Mitglieder entweder nicht der Arbeiterklasse angehören — das trifft zum Beispiel auf die Bewegung zur Verteidigung der kleinbäuerlichen Familienbetriebe (MODEF) und die „Aktionsgruppe der unabhängigen Kaufleute und Handwerker (GACIA) zu — oder die, wie die „Autonome Vereinigung des Leitungspersonals" (FACAM) der französischen Staatsbahn, bisher dezidiert berufsständische Positionen verfochten haben. War der Generalstreik einerseits durch die Erweiterung seiner nicht auf die Arbeiterklasse begrenzten sozialen Basis gekennzeichnet, so wies er andererseits Merkmale auf, welche sowohl die sich verändernden Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft als auch den stets enger werdenden Zusammenhang von Ökonomie und Politik widerspiegelten.

Neben die Forderungen nach Lohnerhöhungen traten Losungen, die auf quantitative und qualitative Verbesserungen der — nicht über den individuellen Lohn realisierbaren — gesellschaftlichen Konsumtionsmittel traten (Ausbau des Transport- und Verkehrsnetzes, Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen usw.).

Ebenso wie diese Forderungen brachte der sich im Generalstreik manifestierende Widerstand gegen Entlassungen, Ursachen von Struktur- und Regionalkrisen und vor allem gegen den Preisauftrieb zum Ausdruck, daß unter spätkapitalistischen Bedingungen auch auf der ökonomischen Ebene der Staat in wachsendem Maß zum unmittelbaren Adressaten und Gegner der werktätigen Bevölkerung wird. Transparente und Sprechchöre wie „Regierung und Unternehmer — verantwortlich für die Krise" konfrontierten die weitverbreitete Meinung, der Staat sei sozialökonomisch unabhängig und schlichte als neutrale, über den Klassen stehende Institution gegensätzliche Sozialinteressen, mit der realen Praxis und Funktion des gegenwärtigen Staates, zu Lasten der arbeitenden Schichten des Volkes die erweiterte Reproduktion der privaten großen Kapitale zu garantieren und selbst aktiv anzutreiben.

Seinen Bedingungen, seiner sozialen Basis und seinem Inhalt nach war der Protest- und Demonstrationsstreik vom 6. Dezember 1973 ein wichtiges Moment im Einigungsprozeß der dem gegenwärtigen Herrschaftssystem feindlichen Kräfte und Gruppierungen. Wenn auch ungelöste Probleme wie die desavouierende Haltung der „Force ouvrière" einer noch größeren politischen Kohärenz der Linken vorerst entgegenstehen, so machte der Protest- und Demonstrationsstreik erneut sichtbar, daß Frankreich dasjenige Land im kapitalistischen Westeuropa ist, wo die soziale und politische Bewegung für tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur ihre am weitesten entwickelte Form gefunden hat.

II

Die großen Demonstrationsstreiks von Anfang Dezember 1973 hatten deutlich gezeigt, daß große Teil der Arbeiterklasse und anderer arbeitender Schichten des französischen Volkes nicht länger bereit waren, den wachsenden Inflations- und Steuertribut, der ihnen von den großen Konzernen und dem Staat auferlegt wurde, kampflos hinzunehmen. Der Unmut der arbeitenden Bevölkerung steigerte sich

noch, als offenbar wurde, daß die konzeptionslose Energie- und Rohstoffpolitik der Regierung von den nationalen und internationalen Erdöl- und Rohstoffkonzernen zu hemmungslosen Preistreibereien und zu einer maßlosen Spekulationswelle genutzt wurde, die selbst noch die periodisch auftretenden Währungsspekulationen in den Schatten zu stellen schien. Wie immer, hatte die Spekulation schließlich dort ihre Grenze, wo nicht nur die breiten Massen des Volkes ausgeplündert wurden, sondern zugleich das gesamte System der ökonomischen Reproduktion in ein krisenhaftes Ungleichgewicht zu geraten drohte.

Die tiefgreifende Verunsicherung der ökonomischen Situation hatte ein weiteres Absinken der realen Akkumulationsrate zur Folge und verstärkte damit um die Jahreswende die „saisonal" ohnehin ansteigende Arbeitslosenzahl auf offiziell rund eine halbe Million; was nach Angaben der Gewerkschaften eine tatsächliche Arbeitslosenziffer von mindestens einer Million bedeutet. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der nach Angaben des statistischen Amtes im Jahre 1973 durchschnittlich zwischen 7 % und 8 %, nach Angaben der Gewerkschaft CGT bei 11,5 % gelegen hatte, wurde Anfang des Jahres von Finanzminister Giscard d'Estaing für 1974 „auf mindestens 12 %, wahrscheinlich aber sogar 15 %" geschätzt; eine Prognose, die sich wenige Monate später schon als unangemessen optimistisch erweisen sollte. Hinzu kam, daß sich die Handelsbilanz in einem extremen Ausmaß verschlechterte und bis zum Jahresende 1974 mit einem Defizit von ca. 30 Mrd F (d. i. ca. 15—17 Mrd DM) gerechnet werden mußte.

Als sich die Regierung daraufhin im Januar zum freien Floating des Franc entschloß, um einer weiteren offenen Franc-Abwertung zu entgehen, verschärfte sie den inländischen Inflationstrend noch zusätzlich. Ein ökonomisches Chaos stellte sich nur deshalb nicht ein, weil das reale Wirtschaftswachstum, trotz spürbaren Rückgangs in der zweiten Jahreshälfte, mit 6,5 % auch 1973 immer noch relativ hoch gelegen hatte und selbst Anfang 1974 kaum unter 5 % gesunken war; ein Tatbestand, der vor allem darauf zurückzuführen ist, daß durch den anhaltenden ökonomischen Strukturwandel bei gleichzeitig relativ niedrigem Lohnniveau der Prozeß der „nachholenden Industrialisierung" in Frankreich weitere rasche Fortschritte macht. Zugleich ist dieser Prozeß, vor allem seit Mitte der 60er Jahre, mit zahlreichen ökonomischen und sozialen Ungleichgewichten verknüpft, die durch die chronische Inflation und Währungskrise und die akute Energie- und Rohstoffkrise noch verschärft wurden.

In solchen Perioden, in denen die aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen spontan hervorwachsenden illusionären Bewußtseinsformen und -inhalte von der materiellen Basis her selbst aufgelöst zu werden beginnen, verschärfen sich mit Notwendigkeit die sozial-ökonomischen und politischen Spannungen, und der ideologische Kampf um das Massenbewußtsein gewinnt eine entscheidende Bedeutung. Es ist charakteristisch, daß in solchen Phasen die ideologischen Apparate des Staates und der bürgerlichen Massenmedien die Ideologie der Sozialpartnerschaft besonders stark propagieren. Dabei wird die Krise nicht als Ausdruck systemimmanenter Widersprüche, sondern gewissermaßen als „äußerer Feind" behandelt, dem man nur durch einen inneren Burgfrieden, in Frankreich seit dem Ersten Weltkrieg als „Union sacrée" bekannt, begegnen könne. Die ideologische Propaganda der herrschenden Klasse vermochte dabei an den Schein anzuknüpfen, daß die akute Energiekrise von den erdölproduzierenden Ländern ausgelöst worden sei und die dadurch zugleich hervorgebrachte Verschlechterung der Handelsbilanz nur durch ein weiteres „Engerschnallen des Konsumriemens" zugunsten des Exports aufgehalten werden könne. In immer neuen Variationen wiederholte

sich daher in den Reden der Regierungspolitiker und den Leitartikeln der bürgerlichen Presse zum Jahreswechsel das gleiche Leitmotiv: „Les Français consomment trop" (Die Franzosen konsumieren zu viel). Konsumtionsbeschränkung der Massen, nach Marx die *letzte* Ursache aller wirklichen Krisen des Kapitals, wird also, vermittelt über die Ausfuhr, als Mittel zu deren Lösung angepriesen, im höheren Interesse des Profits, ohne den angeblich kein Schornstein raucht.

Anders stellt sich freilich die Lösung der Krise vom Standpunkt der Arbeiterklasse dar. Mitte Januar 1974 traten die Parteien des Regierungsprogramms der Linken zu intensiven Beratungen über die ökonomische und politische Lage zusammen. Am 21. Januar erklärten sie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz:

„Frankreich steckt in der Krise. Diese Krise besteht nicht erst seit gestern. Aber seit 1972 bildet das gemeinsame Regierungsprogramm der Linken die einzige kohärente Lösung der Probleme, die von der Politik des Großkapitals ausgelöst worden sind.

Als Instrument, das am besten geeignet ist, die Wirtschaft im Interesse der Bedürfnisse zu leiten, vereinigt es zugleich die Bedingungen einer demokratischen Umwälzung der Gesellschaft.

Durch die Gesamtheit der vorgesehenen sozialen Maßnahmen und durch bedeutende Investitionen im Bereich der kollektiven Einrichtungen, im Wohnungsbau im öffentlichen Transportwesen, im Gesundheits- und Bildungswesen, begünstigt es die Konsumtion des Volkes und erweitert den inneren Markt."

(Anschließend werden die zentralen Maßnahmen des Regierungsprogramms zusammengefaßt und ihre Relevanz für die Überwindung der sozialökonomischen Krise durch die Überwindung des Kapitalismus aufgezeigt.)

„Im Augenblick, wo die Krise die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen selbst denen klar macht, denen die Regierung Angst einzuflößen sucht, um sie von den Lösungen der Linken fernzuhalten, bekräftigen die Sozialistische Partei, die Bewegung der linken Radikalen und die Französische Kommunistische Partei erneut ihre politische Strategie der Einheit der Werktätigen und aller demokratischen und nationalen Kräfte für den Sieg des gemeinsamen Programms. Die neuen Gegebenheiten der Situation bestätigen den Wert der grundlegenden Orientierungen des gemeinsamen Programms. Die bedeutende Veränderung der Konjunktur macht es jedoch erforderlich, daß die drei Parteien sich über die Bedingungen seiner Realisierung erneut untereinander abstimmen."

(In drei wesentlichen Punkten soll das Programm entsprechend der sozialökonomischen und politischen Entwicklung seit seiner Verabschiedung im Juni 1972 weiterentwickelt werden: Europäische Integration, kollektive Sicherheit in Europa und Formen der demokratischen Leitung der Unternehmen.)

„Die drei Parteien halten es gleichzeitig für notwendig, eine Reihe von konkreten Einzelmaßnahmen festzulegen, die den unmittelbaren Bedürfnissen der Franzosen entsprechen: Kampf gegen die Preissteigerung, für die Sicherheit der Arbeitsplätze, für die Durchsetzung einer neuen Energiepolitik, für die Steuerreform, für die Verteidigung der politischen Freiheitsrechte und die Ausdehnung der Rechte der Arbeiter im Betrieb sowie um die Verbesserung der Lebensqualität.

Sie laden alle Organisationen und alle, die in diesem Sinne handeln wollen, ein, sich zusammenzufinden, um diese Ziele auszuarbeiten und die Mittel zu ihrer Realisierung festzulegen."

Nach ausführlichen Diskussionen mit den Gewerkschaften präzisierten die drei Parteien am 12. Februar ihre unmittelbaren Tagesforderungen:

„Der Inflationspolitik der Regierung und des Großkapitals stellen die Französische Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die Bewegung der linken Radikalen eine neue Orientierung entgegen, die realistisch und zusammenhängend in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm definiert ist.

Sie setzen ihre Bemühungen fort, um die Mehrheit der Franzosen für die Unterstützung dieses Programmes zu gewinnen, das sie weiter vertiefen und aktualisieren.

In Anbetracht der dringendsten Bedürfnisse der von der Krise betroffenen Franzosen haben sie beschlossen, sofort eine breite Kampagne für die fünf folgenden Ziele zu eröffnen:

— Aufhebung der Mehrwertsteuer auf lebensnotwendige Artikel, fühlbare Herabsetzung für alle übrigen Produkte des Massenkonsums;

— Verlängerung des Mietstopps bis zum 31. Dezember 1974, Durchsetzung einer Politik stabiler Mieten und Gewährung von Mietzuschüssen;

— Sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 1200 F bei 40 Wochenstunden, Erhöhung der Mindestrenten um 30 %, garantierte Festpreise für die wichtigsten Erzeugnisse der kleinen und mittleren Bauern, die mindestens den Produktionskosten entsprechen;

— Übernahme von 80 % der medizinischen und pharmazeutischen Kosten im Krankheitsfall, bei schweren Krankheiten 100 %;

— Verpflichtung der Unternehmen zur Vorlage aller Pläne für Entlassungen und Betriebsstillegungen bei den Unternehmenskomitees (betriebliches Vertretungsorgan der Belegschaft) und den regionalen bzw. nationalen Wirtschaftsräten, denen ein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung zusteht; gesetzliche Garantie für die gleichwertige Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß nach einer Entlassung".

Die „Kampagne für fünf Sofort-Forderungen", die gemeinsam mit den Gewerkschaften organisiert wurde, erwies sich als bedeutendes Mobilisierungsmoment in den sozial-ökonomischen Kämpfen unmittelbar vor dem Präsidentschaftswahlkampf. An den vielfältigen Aktionen in Form von Diskussionsforen, Protestmärschen, Warnstreiks, Betriebsversammlungen usw. beteiligten sich im Februar und März 1974 im ganzen Land weit über eine Million Werktätiger. Die Kampagne verschmolz immer enger mit den gleichzeitig laufenden Tarifkämpfen in der Metallindustrie, im nationalisierten Sektor und im öffentlichen Dienst, im Bergbau, der Textilindustrie und bei den Banken und schließlich auch mit den lawinenartig anschwellenden Protesten der kleinen und mittleren Bauern der MODEF. Dabei erwies sie sich als das verbindende Element, das in den besonderen ökonomischen Forderungen und Aktionen der verschiedenen Gruppen, Schichten und Klassen der arbeitenden Bevölkerung stets deren gemeinsames Interesse gegen die Politik des Großkapitals und den von ihm dominierten Staat geltend machte und damit die Einsicht in den politischen Charakter der Gesamtbewegung entscheidend vorantrieb.

Die gegenseitige Durchdringung von einzelnen, besonderen und allgemeinen Interessen der arbeitenden Bevölkerung, wie sie sich im erneuten Aufschwung der sozialen Kämpfe im Frühjahr 1974 gezeigt hat, trat am deutlichsten hervor in dem dreimonatigen Streik mit Fabrikbesetzung der Belegschaft von Rateau.

Die Turbinen- und Kompressorenfabrik Rateau in La Courneuve bei Paris gehört zum Elektrokonzern Alsthom, der wiederum zu 50,8 % von der Compagnie Générale d'Electricité (CGE), dem mit rund 125 000 Beschäftigten größten Elektrokonzern Frankreichs, kontrolliert wird. Bei Rateau waren Ende 1973 fast 1800 Lohnabhängige beschäftigt, darunter 160 Ingenieure, 400 Techniker und etwa 1000 zumeist hochqualifizierte Facharbeiter. Das Werk lieferte in den letzten Jahren vor allem Turbinen für Kraftwerke und Fernheizzentralen sowie Kompressoren unter anderem für das französische Atomzentrum Pierrelatte sowie für die chemische und petrochemische Großindustrie. Es exportierte elektrische Großgeräte, Anlagen und Patente in zahlreiche Entwicklungsländer, aber auch nach Italien, der BRD, Rumänien und der UdSSR.

Anfang Dezember 1973 verkündete das Direktorium von Alsthom-CGE einen sogenannten „Plan de Démantèlement" (wörtlich „Abschleifungsplan") für Rateau, nach dem das Werk im Verlauf von fünf Jahren bis auf ein Planungsbüro „abgeschliffen" werden sollte. In der ersten Etappe sollten im Jahre 1974 drei Werkstätten und die Lehrwerkstatt mit insgesamt 334 Arbeitsplätzen geschlossen, zahlreiche Werkzeugmaschinen und nahezu die Hälfte des Werksgeländes veräußert werden. Als Grund für die Maßnahmen wurde die mangelnde Rentabilität des Werks angegeben.

Die Beschäftigten von Rateau und die dort mehrheitlich vertretene Gewerkschaft CGT wiesen den Plan mit Empörung zurück. Sie konnten darauf hinweisen, daß der Betrieb technisch zu den modernsten seiner Art gehört. Wenn die Kapitalrentabilität in den letzten Jahren zurückging, so war dies ausschließlich ein Resultat des Profitkalküls auf der Alsthom-CGE-Konzernebene. Die wichtigsten Aufträge waren in diesem Zeitraum immer häufiger in die verschiedensten Zweigwerke der Provinz vergeben worden, wo neben niedrigeren Löhnen vor allem lukrative Industrieansiedlungsprämien, Steuererleichterungen usw. gezahlt wurden. Die sinkende Kapitalrentabilität von Rateau war also Resultat der spezifischen Industriepolitik des V. und VI. Wirtschaftsplanes, die unter dem Vorwand einer Verbesserung der territorialen Wirtschaftsstruktur umfangreiche Subventionen an die Großkonzerne für eine Entindustrialisierung der Pariser Region vorsahen. So waren in den letzten zehn Jahren allein in den beiden nördlich der Pariser Innenstadt gelegenen Départements 60 000 industrielle Arbeitsplätze „abgeschliffen" worden.

Daß es sich hierbei freilich nicht um einen wirklichen regionalen Ausgleich handelt, wird auch am Fall Rateau klar. Das nach der Konzernstrategie von Alsthom-CGE für die 80er Jahre vorgesehene Planungsbüro entspricht der langfristigen Regierungskonzeption einer noch stärkeren Zentralisierung der intellektuellen Kapazitäten in der Pariser Region. Eine solche „Planung" entspricht nicht gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern verstärkt noch die dem Kapitalismus entsprechende naturwüchsige Form der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit als Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit. Eine derart widersprüchliche Entwicklung der Produktivkräfte manifestiert die anarchische Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise.

Obwohl die Schließung von Rateau zweifellos mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium und den Planungsgremien abgesprochen war, wurde die Argumentation des Managements von Alsthom-CGE durch den in der Hektik der „Ölkrise" im Januar 1974 von denselben Institutionen vorgelegten „Energieplan" weiter ausgehöhlt. Der darin vorgesehene Bau von 13 zusätzlichen Kernkraftwerken

sichert für die beiden kommenden Jahrzehnte eine sprunghafte Ausdehnung des Bedarfs für die von Rateau produzierten Erzeugnisse.

Dennoch weigerte sich die Leitung von Alsthom-CGE weiterhin hartnäckig, überhaupt Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Schließungspläne aufzunehmen; sie ließ lediglich verlauten, daß sie das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren (rechtzeitige Kündigung, Ausarbeitung eines Sozialplanes) „großzügig" anwenden werde. Nach intensiven Diskussionen in der Fabrik und nach Absprache mit den regionalen Metallgewerkschaften der CGT und der CFDT legte die Belegschaft schließlich am 31. Januar d. J. die Arbeit nieder und beschloß gleichzeitig die Besetzung der Fabrik bis zum Abschluß einer die Beschäftigten befriedigenden Regelung der Zukunft von Rateau, die nur eine „industrielle" und keine bloß herkömmlichen Sozialplänen entsprechende „Lösung" sein könne. Dieser Position schlossen sich später auch die Metaller der FO und selbst die regionale Organisation der Gewerkschaft der leitenden Angestellten (CGC) an.

Wenige Tage nach dem Ende des neunmonatigen Kampfes bei Lip hatte damit erneut ein unbefristeter Streik mit Fabrikbesetzung begonnen; ein Arbeitskampf, der weniger wegen seiner spektakulären Form, als wegen seines realen ökonomischen und politischen Kontextes und nicht zuletzt wegen seines erfolgreichen Abschlusses die Bedeutung der Auseinandersetzung bei Lip in dieser Hinsicht noch übertreffen sollte. Anders als bei Lip handelte es sich bei Rateau um einen Betrieb, der von der materiell-technischen Seite her gesehen sich in einem Schlüsselbereich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses befindet, der in einem industriellen Ballungsgebiet angesiedelt ist und der zu einem der größten Industrie- und Finanzimperien des Landes gehört. Rateau wurde nicht von einem exzentrischen Außenseiter, sondern von einem Management geleitet, an dessen Spitze mit Ambroise Roux der Vizepräsident des französischen Unternehmerverbandes CNPF und ein persönlicher Freund des damals noch als Wirtschafts- und Finanzminister amtierenden Giscard d'Estaing steht. Rateau sollte nicht vorwiegend wegen mangelhafter Geschäftspolitik des Unternehmens, sondern wegen der langfristigen Orientierung der von Regierung und den dominierenden Interessenverbänden ausgearbeiteten Industrie- und Regionalpolitik geschlossen werden. Damit war die politische Dimension des Konflikts von vornherein offenkundig. Hinzu kam noch, daß die Belegschaft von Rateau seit vielen Jahren in sozialen Kämpfen erprobt und gewerkschaftlich hoch organisiert ist und daß die dort mit weit überwiegender Mehrheit vertretene CGT seit Bekanntwerden der **Unternehmenspläne** in ihrer Aufklärungskampagne im Betrieb und am Ort von Anfang an entschlossen auf die Lösung des gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken verwiesen hatte, das eine Nationalisierung der CGE und eine völlige Umorientierung der Industrie- und Regionalpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung vorsieht.

Dies waren dann wohl auch die Gründe, warum die bürgerlichen Massenmedien, ganz im Gegensatz zu der von ihnen so genannten „Affaire Lip", die Auseinandersetzungen bei Rateau mit dem Hinweis auf ihren „bloß klassischen Charakter" eindeutig herunterzuspielen suchten. Darüber hinaus war die Besetzung bei Rateau insofern weniger sensationell im bürgerlichen Sinne, als man dort infolge des spezifischen Gebrauchswerts der Erzeugnisse nicht weiterproduzieren konnte, um sie zu konfiszieren und an individuelle Kunden zu verkaufen, wie es bei Lip geschehen ist. Diese, dem notwendig weniger entwickelten gesellschaftlichen Charakter der Uhrenproduktion entspringende demonstrative Form des Kampfes der Lip-Arbeiter war damals den Sensationsberichterstattern der bürgerlichen Mas-

senmedien als „neue Qualität" erschienen, teilweise wohl, weil sie wußten, daß diese „neue Qualität" über die symbolische Geste hinaus keinerlei konkreten Modellcharakter haben konnte.

Allerdings haben sich in den vergangenen Jahren und insbesondere während des neunmonatigen Lip-Konfliktes die Formen der gewerkschaftlichen Solidarität soweit entwickelt, daß Fabrikbesetzungen in Frankreich heute selbst über längere Zeiträume nicht mehr so risikoreich für die Streikenden sind, sondern äußerst wirksame soziale und politische Demonstrationen darstellen, die geeignet sind, das Interesse weiter Teile der arbeitenden Bevölkerung auf die konkreten Probleme der kämpfenden Kollegen zu richten, ihrem Kampf exemplarischen Charakter zu verleihen und damit die Chancen einer Durchsetzung ihrer Forderungen zu erhöhen. Rateau stellt in dieser Hinsicht einen weiteren Beweis dar für die große Solidarisierungsfähigkeit der französischen Arbeiter und ihrer Organisationen und vor allem für die erstaunliche Phantasie und Begabung in der Organisation einer solchen mehrmonatigen Betriebsbesetzung. Insbesondere in den ersten sechs Wochen, in denen der Streik der „Rateaus" in der bürgerlichen Presse fast nicht, im staatlichen Rundfunk und Fernsehen ORTF überhaupt nicht erwähnt worden war, waren es allein die Gewerkschaften und die Parteien der Linken, die in ihren Organen und Veranstaltungen auf die Betriebsbesetzung hinwiesen, die Lage der streikenden Kollegen erklärten, ihre Forderungen vertraten und schließlich die notwendigen finanziellen Solidaritätsspenden aufbrachten. Von besonderer Bedeutung war es, daß es sehr bald gelang, die Bevölkerung von La Courneuve und des gesamten Départements Seine-Saint-Denis von der überbetrieblichen Bedeutung des Konfliktes zu überzeugen, so daß die moralische und materielle Unterstützung der Streikenden soweit gesichert war, daß die Aktionen solange fortgesetzt werden konnten, bis das CGE-Management sich zu Verhandlungen über eine „industrielle Lösung" bereitfand.

Die Demonstrationen in La Courneuve und Umgebung, die Petitionen im Parlament und im Arbeitsministerium und vor allem die zahlreichen Solidaritätsstreiks in den übrigen Werken von Alsthom-CGE sowie in der ganzen Pariser Nordregion wurden schließlich so massiv, daß die Regierung in der zweiten Märzhälfte das offizielle Schweigen brechen mußte. Sie setzte die Ausführung eines von der Firmenleitung herbeigeführten Beschlusses des regionalen Arbeitsgerichtes zur Beendigung der Fabrikbesetzung aus und forderte die Direktion von Alsthom-CGE zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Fortführung von Rateau auf.

Der endgültige Wendepunkt im Kampf um Rateau kam freilich erst, als nach dem Tod von Staatspräsident Pompidou am 2. April d. J. der anschließende Präsidentschaftswahlkampf die sozialen Probleme der arbeitenden Bevölkerung unübersehbar in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um eines der wichtigsten Instrumente der politischen Macht in Frankreich setzte. Der Fall Rateau wurde für die Linke zu einem exemplarischen Beweisfall für den antisozialen Charakter der Wirtschafts- und Sozialpolitik der bisherigen Regierung der Rechten, für die Macht und die Willkür der Großkonzerne, zugleich aber auch für den wachsenden Widerstand der Arbeiter und ihren Willen, nicht länger Objekt der herrschenden Klasse zu bleiben, sondern endlich Subjekt des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens zu werden.

In dem Maße, wie die Popularität des gemeinsamen Kandidaten der Linken, François Mitterrand, anstieg, versuchten auch die beiden wichtigsten Kandidaten

der Rechten, der Gaullist Jacques Chaban-Delmas und der Unabhängige Republikaner Valéry Giscard d'Estaing, sich den Anschein einer fortschrittlichen Politik zu geben. Auf Drängen von Giscard erklärte sich der CGE-Chef Ambroise Roux schließlich bereit, über die Forderungen der Rateau-Belegschaft und der Gewerkschaften zu diskutieren. In der zweiten April-Hälfte legte das Arbeitsministerium einen auf der Grundlage der Gewerkschaftsforderungen gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und dem staatlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen EDF entwickelten „Umstrukturierungsplan" für Rateau vor. Danach sollte das Werk in den kommenden Jahren verstärkt auf die Bedürfnisse der nichtkonventionellen Reaktortechnik ausgerichtet werden. Statt einer Beschränkung sah der Plan nunmehr eine Ausdehnung der industriellen Kapazität von Rateau vor. Die Gewerkschaften stimmten dem Plan im Prinzip zu, forderten aber darüber hinaus, daß die dadurch notwendige Weiterqualifizierung der Belegschaft durch einen zusätzlichen Ausbildungsplan organisatorisch und finanziell abgesichert werden muß.

Immerhin zeichnete sich schon jetzt ein bisher beispielloser Erfolg der Streikenden ab, so daß die Gewerkschaften und die Parteien der Linken beschlossen, ihre zentrale Mai-Kundgebung auf dem riesigen Festgelände von La Courneuve, auf dem seit mehreren Jahren auch das größte französische Volksfest, das Fest der kommunistischen Zeitung „L'Humanité", stattfindet, zu veranstalten.

Am 28. April schlossen die Gewerkschaften mit Alsthom-CGE ein „Abkommen über die Zukunft von Rateau", das den Forderungen der Streikenden weitgehend entsprach. Es sieht die zahlenmäßige Beibehaltung aller Arbeitsplätze und ein präzises Investitionsprogramm auf der Basis des vorgeschlagenen „Umstrukturierungsplanes" bei nur geringfügigem Geländeverkauf vor. Über die Folgen des qualitativen Strukturwandels für die Arbeitskräfte wird zwischen den Betroffenen (Gewerkschaften Unternehmenskomitee, Management, EDF und Ministerien) weiterverhandelt, wobei das Prinzip der Weiterqualifizierung der bisher Beschäftigten voll anerkannt wird. Darüber hinaus enthielt die Vereinbarung eine sofortige Lohnerhöhung von 5 % bis zu den Neuverhandlungen im Juni, Arbeitszeitverkürzung um ½ Wochenstunde, Urlaubsgeld und einen Vorschuß von 1000 F für jeden Beschäftigten. Am 29. April stimmte die Belegschaft mit über 90 % für die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

„Rateau vit! La Gauche vaincra!" (Rateau lebt! Die Linke wird siegen!) lauteten die häufigsten Losungen bei dem „Fest der Hunderttausend" am 1. Mai in La Courneuve. In den Reden der Vertreter der Gewerkschaften CGT, CFDT und der Lehrergewerkschaft FEN und den Grußworten der Parteien der Linken wurde immer wieder auf das Beispiel von Rateau verwiesen, das gezeigt hat, in welchem Maße bei dem erreichten Stand der Produktivkräfte und dem entsprechenden Vergesellschaftungsgrad der Produktion Bewegungen an der Basis in den Betrieben in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einbezogen sind und somit unmittelbar politische Bedeutung erlangen.

Nachdem der Vorsitzende der CGT, Georges Séguy, die historische Bedeutung der Ereignisse in Portugal hervorgehoben hatte und dabei auf die Rolle der portugiesischen Arbeiterklasse und ihr beispielgebendes einheitliches Handeln verwiesen hatte, erklärte er weiter: „In ganz Frankreich schlägt heute das Herz der Arbeiter für die Einheit in derselben Hoffnung auf sozialen Fortschritt und Demokratie. Ein tiefgreifender Wille zur Veränderung zeigt sich überall. Die Werktätigen wollen mit der Krise, der Teuerung, den niedrigen Löhnen und Renten,

der Unsicherheit des Arbeitsplatzes, der Arbeitshetze, dem Anstieg der Arbeitsunfälle, der Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter und der Repression endgültig Schluß machen. Im Laufe der letzten Monate haben sie in zahlreichen Auseinandersetzungen eine hohe Kampfentschlossenheit bewiesen und den Unternehmern und dem Staat wichtige Zugeständnisse abgerungen. Mit dem siegreichen Ausgang des Konfliktes bei Caravelair ist es zweifellos der eben errungene Sieg unserer Kollegen von Rateau, der am Ende eines dreimonatigen beispielhaften solidarischen und verantwortungsbewußten Kampfes die nachhaltigsten Folgen haben wird."

Wenige Tage vor dem ersten Wahlgang zur Präsidentschaft stand die Veranstaltung ganz im Zeichen der kommenden politischen Entscheidung. Denn so wichtig und zukunftsweisend die Resultate einzelner Kämpfe für die gesamte Arbeiterklasse auch sein mögen, erklärte Séguy, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sei nur möglich durch die Veränderung der politischen Macht. Deshalb, so fügte er hinzu, „ist es nur normal und folgerichtig, wenn wir von hier aus alle Arbeiter, die gesamte arbeitende Bevölkerung aufrufen: Wählt François Mitterrand, den Kandidaten der Linken, denn er ist der Kandidat des gemeinsamen Programms für eine Veränderung des Lebens in Frankreich."

Am Abend des 5. Mai war klar, daß diese Veränderung möglich sein würde. Mit über 43 % der Stimmen lag Mitterrand weit vor den beiden wichtigsten Kandidaten des Bürgertums, Giscard d'Estaing mit knapp 33 % und Chaban-Delmas mit 15 %. Allerdings war auch klar, daß die Entscheidung äußerst knapp ausfallen würde. Dennoch war schon an diesem Tag eine Entscheidung von großer politischer Tragweite gefallen. Sechzehn Jahre nach der Errichtung des gaullistischen Regimes in Frankreich war der Gaullismus als politische Bewegung besiegt und sein einst ideologisch äußerst wirksamer Mythos endgültig erloschen. Die langfristige Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die darin eingeschlossen ist, ist heute noch immer nicht absehbar. Denn die bis zum 2. Wahlgang am 19. Mai verbliebene Zeit hat naturgemäß nicht ausgereicht, um den ideologischen und politischen Kampf um die dem Gaullismus anhängenden Teile der arbeitenden Bevölkerung zugunsten der Linken zu entscheiden. Deshalb vermochte der verbliebene Kandidat der Rechten in einem beispiellosen Wahlkampf, in dem alle Mittel der Aufklärung des Volkes gegen die gesamte gewaltige Propagandamaschinerie der Regierung und des Großkapitals eingesetzt wurden, mit 50,7 % am Ende doch noch einen äußerst knappen Wahlsieg zu erringen **).

Dazu mußte aber selbst der erklärte Kandidat des Großbürgertums die Notwendigkeit einer Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse wenigstens verbal anerkennen und eine Reihe konkreter Versprechen eingehen, auf deren Einhaltung nunmehr die Gewerkschaften und die Parteien der Linken dringen. Offenkundig ist schon jetzt, daß der Versuch Giscards, den politischen Wandel auf die Veränderung bloß oberflächlicher Formen zu reduzieren, fehlgeschlagen ist. Auch die Einbeziehung der sogenannten „Reformer" in eine „neue Mehrheit" und der damit beabsichtigte ideologische Integrationseffekt ist mit der Entlassung des eben erst ernannten „Ministers für Reformen", Jean-Jacques Servan-Schreiber, im Grunde schon gescheitert. Deshalb erschien es Giscard um so dringender, wenigstens einige der versprochenen konkreten Reformen durchzuführen. Dazu gehört u. a. ein neues Wahlgesetz, das den 18- bis 21jährigen das aktive Wahlrecht verleiht, die Anhebung des Mindestlohnes und der Mindestrenten, eine geringfügige Anhebung der Steuerlastquote für die Wohlhabenden, einige Sozial-

**) Vgl. hierzu: „Blätter", 6/1974, S. 544 ff.

Maßnahmen für Mieter usw. Daß sich aber die grundlegende Orientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Giscards nicht verändert hat, wird aus dem im Juni verkündeten „Austeritätsplan zur Bekämpfung der Inflation" klar. Die darin vorgesehenen Kreditrestriktionen treffen vor allem die Masse der kleinen Unternehmen, die Händler, Handwerker und Bauern, die ohnehin bisher unter der Inflation am stärksten gelitten hatten, und die als Orientierungsdaten vorgegebenen Reallohnerhöhungen von 0,5 % pro Trimester sind unmittelbar auf den Protest der Gewerkschaften gestoßen.

Gerade auf die französische Gewerkschaftsbewegung haben die sozialen Kämpfe des Frühjahrs 1974 und der erstmals gemeinsam mit den Linksparteien geführte Wahlkampf einen starken Einfluß gehabt. Am 26. Juni veröffentlichten die beiden Gewerkschaftszentralen CGT und CFDT eine gemeinsam erarbeitete Übereinkunft über die Ziele und Methoden des zukünftigen gewerkschaftlichen Kampfes, die nach dem erklärten Willen der beiden Partner die gewerkschaftliche Aktionseinheit stärken und „der gesamten Dynamik der Einheit einen allgemeinen Impuls" geben soll. Die Übereinkunft enthält neben einer allgemeinen Erklärung über die Strategie zugleich einen konkreten Forderungskatalog für die nach den Sommerferien im September neu anlaufende Tarifrunde, die von beiden Organisationen offensiv geführt werden wird. Sie vereinbarten gleichzeitig die Einrichtung einer ständigen Diskussionsrunde, „um die überkommenen gegenseitigen Vorurteile zu überwinden".

Die Wahlkampagne und das Wahlergebnis vom 19. Mai 1974 verstärkte aber auch bei den Parteien der Linken die Überzeugung, daß die kommenden Jahre für die Zukunft der Demokratie und des Sozialismus in Frankreich entscheidend sein werden. Sie arbeiteten im Juni auf der Grundlage ihres Bündnisses die Grundlinien eines Konzeptes für die Stärkung ihrer jeweiligen Organisationen aus. Die Sozialistische Partei hat inzwischen Gespräche mit der PSU und Vertretern der CFDT über eine „Vereinigung der sozialistischen Strömung" (Unification du courant socialiste) aufgenommen, die im Herbst 1974 erfolgen soll. Die Kommunistische Partei hat eine verstärkte Kampagne zur Mitgliederwerbung und zum Abbau des Antikommunismus aufgenommen. Für den Oktober ist ein außerordentlicher Parteitag einberufen worden, einziger Tagesordnungspunkt ist unter dem Motto „Union des französischen Volkes für demokratische Reformen" die allseitige Stärkung der Partei. Daß diese Strategie der Kommunisten keinesfalls gegen die Sozialisten gerichtet ist, hat der Generalsekretär der KPF, Georges Marchais, auf einer Pressekonferenz im Juni ausdrücklich erklärt: „Wir fürchten keine Stärkung der Sozialistischen Partei, im Gegenteil, wenn es unser gemeinsames Ziel ist, zusammen deutlich mehr als 50 % der Stimmen zu gewinnen, dann wird es darauf ankommen, daß beide Parteien gewinnen. Wer schließlich mehr gewinnt, das wird von der Anstrengung und der Überzeugungskraft beider Parteien abhängen."

Daß die Hoffnungen auf seiten der Linken berechtigt sind, beweist eine Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts SOFRES, die Ende Juni im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Le Nouvel Observateur" vorgenommen wurde. Danach erklärten 72 % der Befragten, daß die Linke heute stärker ist als vor dem Tod von Präsident Pompidou; 64 % glaubten, daß sie eine ernsthafte Chance habe, die nächsten Wahlen zu gewinnen, und immerhin 38 % (gegen 32 % und 30 % ohne Meinung) waren der Auffassung, daß die kommenden Wahlen noch vor dem offiziellen Termin im Jahre 1978 stattfinden werden.

Anmerkungen zum Thema Italienischer Faschismus

Von Karin Priester

Im Zentrum jeder Beschäftigung mit dem Problem des Faschismus steht die Frage nach Kontinuität und Bruch zwischen bürgerlicher Gesellschaft und faschistischem Staat. Die bisherigen Antworten auf diese Frage lassen sich, für Italien wie für die BRD, in nicht weiter verwunderlicher Analogie grob in drei Gruppen klassifizieren:

a) die konservative, in der BRD von Meinecke, Gerhard Ritter u. a., in Italien von keinem Geringeren als Benedetto Croce vorgetragene Version des absoluten Bruchs [1];

b) die liberale, in Italien auch aus dem demokratischen Antifaschismus hervorgegangene These der Sonderentwicklung zum Faschismus in Ländern mit später nationaler Einigung, verspäteter Industrialisierung und schwachen demokratischen Strukturen [2];

c) die von marxistischen Analysen ausgehenden Antworten, die den Faschismus als immanente, wenn auch nicht notwendige Entwicklungsmöglichkeit prinzipiell jeder kapitalistischen Gesellschaft begreifen. Dabei tragen die auf dem Hintergrund der deutschen Faschismus-Erfahrung verständlichen Theorieansätze der „Frankfurter Schule" und die von Thalheimer vorgetragene „Bonapartismus"-These für das Verständnis des italienischen Faschismus allerdings wenig bei. Weder kann von einer „nicht-identischen Identität" zwischen (kapitalistischer) Zielsetzung und (faschistischen) Mitteln [3] die Rede sein, obwohl es zweifellos derartige Aspekte gibt, noch von einer Verselbständigung der Exekutive, die, wenn auch letztlich zugunsten der Bourgeoisie, eine Schiedsrichterfunktion im Hinblick auf die divergierenden Partikularinteressen ausübe, obwohl auch derartige Aspekte nicht völlig fehlen.

Wenn gerade die unter b) genannte Forschungsrichtung wichtige und wertvolle Untersuchungen über die historischen Voraussetzungen und die Entstehungsbedingungen des historischen Faschismus liefert, so stößt sie von ihrem Forschungsansatz her auf drei Hindernisse: Die zwar richtige, aber durch Überbetonung einseitige Akzentuierung von Sonderentwicklungen unterstellt, daß die parlamentarische Demokratie sozusagen das „Normale", der Faschismus dagegen nur die Ausnahme von der Regel sei und daher nur in strukturell ungefestigten Ländern auftrete. Sie unterstellt zweitens eine Art Verlaufsmodell (erst strukturelle Schwäche, dann Krise, dann faschistische Massenbewegung etc.) [4]. Sie muß überdies von ihrem Ansatz her den Frühfaschismus, den Faschis-

1) Konservative Denkmuster und konkret-politisches Interesse an der eigenen Exkulpierung gehen ein in die crocianische Interpretation des Faschismus als „Parenthese", als „moralische Krankheit", die, quasi als naturwüchsiges Ereignis, aus der „Psychose" der Nachkriegszeit hervorgegangen sei. Vgl. Renzo De Felice, Le interpretazioni del fascismo, Bari 1969.

2) Danach ist der Faschismus die „rivelazione", die Enthüllung und Zuspitzung von in der italienischen Gesellschaft bereits angelegten Entwicklungstendenzen gewesen. Neuere italienische Historiker (vgl. De Felice, a. a. O., S. 23—25) berufen sich bei der Weiterentwicklung dieses Forschungsansatzes auf die schon 1923 von dem liberalen Historiker Salvatorelli vorgetragene These: Entscheidend zum Verständnis des Faschismus seien die kleinbürgerlichen Schichten; z. T. auf die soziologischen Ansätze amerikanischer Autoren (vgl. die Beiträge von Organski und Germani, beide in: The Nature of Fascism, hrsg. von S. J. Woolf, New York 1969).

3) Vgl. H. C. F. Mansilla, Faschismus und eindimensionale Gesellschaft, Neuwied-Berlin (West) 1971.

4) Ein derartiges Verlaufsmodell wird z. B. auch in der inzwischen klassischen Analyse von Angelo Tasca, Nascita e avvento del fascismo, neue Ausgabe Bari 1965, vorgetragen.

mus „von unten", mit all seinen neuartigen Erscheinungsformen in den Mittelpunkt stellen und gerät so in Gefahr, die Massenbewegung für das „Eigentliche" am Faschismus zu halten.

Da das eingangs gestellte Problem von Kontinuität und Bruch nicht nur eine historiographische Angelegenheit ist und die Faschismus-Diskussion in der BRD sowohl durch das Auftreten neofaschistischer Gruppierungen wie auch durch Formierungsvorhaben keine akademische Beschäftigung ist, sollen im folgenden einige Gesichtspunkte zum italienischen Faschismus vorgetragen werden, die für die Diskussion unter Umständen nützlich sein können [5]).

I. Fließende Übergänge

Ein kurzer Blick auf die historischen Hintergründe des italienischen Faschismus macht deutlich, daß die historische „Verspätung" des italienischen Kapitalismus [6]), der Kompromißcharakter einer „unvollendeten" bürgerlichen Revolution (Italiens „preußischer Weg" zum Kapitalismus) und die kaum vorhandenen demokratischen Strukturen bewirkten, daß die italienische Bourgeoisie sich als „unfertige", zur politischen Herrschaft und zur Ausübung ihrer hegemonialen Stellung unfähige Klasse an den Staat wandte als den Garanten des politischen und sozialen Gleichgewichts. Der Staat, das bedeutete politisch die Herrschaft einer Einheitspartei, bestehend aus den verschiedensten Klientelgruppen, die sich durch wechselseitige Kompromisse und Zugeständnisse einmal mehr nach rechts, einmal mehr nach links orientierte, obgleich diese Unterscheidung praktisch gegenstandslos geworden war. Die meist auf persönlichen Absprachen beruhenden Koalitionsmehrheiten garantierten Wechsel, Austausch und Transformation dieser politischen Oligarchie, der „classe di governanti", die relativ beliebig und pragmatisch nach regierungstechnischen und personellen Gesichtspunkten operierte [7]).

In der Ära *Giolitti,* der Zeit der „industriellen Revolution" Italiens, kommt es zu einer immer stärkeren Verflechtung von Industrie- und Bankkapital. Giolitti, der große Altmeister des italienischen Liberalismus, stellt als Interessenvertreter der aufstrebenden Industriebourgeoisie Norditaliens transformistisch ein neues politisches Gleichgewicht her, gestützt auf die reformistische Politik der sozialistischen Partei. Pragmatisches Machtkalkül ist die Grundlage einer Politik des „do

5) Zumal die Diskussion, soweit ich sehe, weitgehend auf dem Hintergrund der deutschen Faschismus-Erfahrung geführt wurde, abgesehen von dem inzwischen vielfach kritisierten Beitrag Ernst Noltes und den kurzen, leider fast ausschließlich auf den Frühfaschismus und die Entstehungsphase begrenzten Skizzen von Manfred Clemenz, Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus, Frankfurt/M 1972, S. 150 ff.

6) Aus der umfangreichen Literatur über die Industrialisierung, den dabei auftretenden höchst ungleichmäßigen Rhythmus (insbesondere bei der Kapitalisierung der Landwirtschaft) und der folglich von Anfang an interventionistischen Rolle des Staates sei hier nur genannt: Emilio Sereni, Il capitalismo nelle campagne (1860—1900), Torino 1968; Giorgio Candeloro, Storia dell'Italia moderna, Bd. VI, Lo sviluppo del capitalismo e del movimento operaio 1871—1896, Milano 1970; Alberto Pozzolini (Hrsg.), Le origini del movimento operaio e contadino in Italia, Bologna 1971; sowie Alberto Caracciolo (Hrsg.), La formazione dell'Italia industriale, Bari 1963 mit den wichtigen Beiträgen von Gerschenkron und Romeo über Beginn und Voraussetzungen des industriellen „big spurt".

7) Das eigentümliche Mißverständnis, das in der Literatur (vgl. neuerdings Clemenz, a. a. O., S. 155) immer wieder im Zusammenhang mit dem Begriff „trasformismo" auftaucht, beruht m. E. auf der falschen Annahme, es handele sich dabei um eine zeitlich begrenzte, an bestimmte Interessenkonstellationen und Programmatiken gebundene Politik. Trasformismo bezeichnet im Gegenteil die mit jeder beliebigen Programmatik auffüllbare und sie gleichzeitig aushöhlende politische Kooptationsmethode jeder halbwegs intelligenten konservativen Machtgruppe, die in Italien allerdings mit einer gewissen Meisterschaft betrieben wird, weil sie die typisch italienische Variante eines Repräsentativsystems darstellt.
So war beispielsweise die Politik der „Öffnung nach links" eine klassische transformistische Operation, und die personalistisch um die Parlamentsabgeordneten sich abspielenden politischen Flügelkämpfe (zwischen den fanfaniani, den dorotei, den morotei, den gronchiani, den andreottiani etc.) nicht nur innerhalb der DC deuten darauf hin, daß diese Methode noch lange nicht überwunden ist. Vgl. auch die sehr scharfsichtige Analyse des italienischen parlamentarischen Systems vor 1922 bei Don Luigi Sturzo, L'Italie et le fascisme, Paris 1927, S. 63 f.

ut des" [8]) zwischen Industriebourgeoisie und Arbeiterbewegung, die in der Folgezeit (zwischen 1900 und 1912) zur fast vollständigen Absorption der sozialistischen Partei in das giolittianische System einer paternalistisch-reformistischen „parlamentarischen Diktatur" führte, gleichzeitig aber auch Ursache war für die Herausbildung des syndikalistischen Flügels in der Arbeiterbewegung [9]).

Solange mit diesem System des „transformismo" eines Honoratiorenliberalismus eine konsequente Demokratisierung und Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben verhindert werden konnte, blieben die ökonomisch Herrschenden politisch indifferent. Ihre Praxis war die eines „ministeriellen Empirismus". Zum anderen aber bewirkte die strukturelle Schwäche des italienischen Kapitalismus mit seinen unzureichenden natürlichen Ressourcen, der Enge des Binnenmarktes, der damals schon akuten Unterbeschäftigung, der damit einhergehenden Auswanderungsproblematik etc. (der „Ursprungsgebrechen des italienischen Finanzkapitals" [10])) ein direktes, nach dem Kriege nur noch verstärktes Interesse der wirtschaftlich stärksten Gruppen an der staatlichen Aktivität. „Die Idee des Vorsorge-Staates (war) das Evangelium des italienischen Kapitalismus geworden" [11]), eine Idee, die sich in der schon aufgezeigten stärkeren Verbindung von ökonomischen und politischen Entscheidungsstrukturen manifestierte, sich aber vor allem in einer spezifischen Mentalität niederschlug, die im Staat eine einzige große Schutz-Institution, ein protegierendes, subventionierendes, Aufträge vergebendes und vor allem den politischen Status quo erhaltendes Konsortium kapitalistischer Interessen sah.

Der Erste Weltkrieg, von dem noch jungen italienischen Nationalismus als direktem ideologischen Sprachrohr groß- (und vor allem schwer-)industrieller Interessen begrüßt und von dem eben erst aus der sozialistischen Partei ausgeschlossenen Mussolini gefeiert [12]), führt zu engster Zusammenarbeit zwischen staatlicher Bürokratie und Bank- und Industriewelt. Der Staat wird zum eigentlichen Organisator und Unternehmer der Kriegswirtschaft, der die Militarisierung und Disziplinierung der Fabriken und Höchstprofite garantiert. Krankhaft schnelles Wachstum der von der Kriegsproduktion profitierenden Industriezweige und Umstellungsschwierigkeiten von der Kriegs- auf die Friedensproduktion und die veränderten Weltmarktbedingungen führen in der Nachkriegszeit zu schärfster Konkurrenz der mächtigsten Großbanken untereinander, die in dem Maße zunimmt, wie die mit ihnen finanziell verbundenen Industriegruppen hauptsächlich durch vertikale Konzentration riesige Imperien aufbauen und im Bereich von Eisen/Stahl-, metall-mechanischem und Werft-Sektor um die Vorherrschaft kämpfen. Es handelt sich besonders um die Gruppen: Banca Commerciale/Ilva und

8) Pietro Grifone, Il capitale finanziario in Italia, Torino 1971, neue Ausgabe, S. 13.

9) Im Rahmen dieser kurzen Ausführungen kann hier nur auf einige Aspekte des revolutionären Syndikalismus, der einzigen Alternative in der italienischen Arbeiterbewegung zum positivistisch-aufklärerischen Reformismus Turatis in der Vorkriegszeit, verwiesen werden. Über die genaue Funktion dieses Flügels in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung, seine theoretischen Prämissen (Einfluß Sorels, Proudhons etc.) und sein partielles Verschmelzen mit frühfaschistischen Ansätzen gibt es heute noch keine befriedigende Analyse. Ansätze dazu liefert Enzo Santarelli, La revisione del marxismo in Italia, Milano 1964. Für die Entstehung des Faschismus als soziale Bewegung ist in diesem Zusammenhang interessant, daß Mussolini als typischer Vertreter des revolutionär-syndikalistischen Flügels in der Nachkriegszeit über theoretische Versatzstücke wie „nationaler Syndikalismus" die wichtige Vermittlerposition zwischen kleinbürgerlicher, weitgehend anti-plutokratisch eingestellter Anhängerschaft und der nationalistischen Bewegung einnimmt. Auch unter den Nationalisten gab es eine nicht unbedeutende Gruppe mit syndikalistischer Vergangenheit.

10) Grifone, a. a. O., S. 5 (neue Ausgabe).

11) Lelio Basso, in: Fascismo e antifascismo, Bd. I, Milano 1963, S. 18.

12) Zu den finanziellen Verbindungen, insbesondere zu der an der Kriegsproduktion vorrangig interessierten Schwerindustrie (Ansaldo/Banca di Sconto-Gruppe) mit dem Nationalismus und Mussolini, der an der Finanzierung seiner interventionistischen Zeitung „Il Popolo d'Italia" interessiert war, vgl. Franco Gaeta, Nazionalismo italiano, Napoli 1965, bes. S. 195; Roberto Vivarelli, Il Dopoguerra in Italia e l'Avvento del Fascismo (1918—1922), Napoli 1967, bes. S. 99, S. 238 f.; Renzo De Felice, Mussolini, Bd. I, Il revoluzionario 1883—1920, Torino 1965, S. 271—277, S. 353—356, S. 413—417; und ders., Primi elementi sul finanziamento del fascismo dalle origini al 1924, in: „Rivista storica del socialismo", 22, 1964, S. 223—244, sowie allgemein Ernesto Rossi, Padroni del vapore e fascismo, Bari 1966.

Terni (Eisen, Stahl, Schiffahrt), Montecatini (Chemie, Farben, Elektro- und Textilindustrie); Credito Italiano/Fiat, Pirelli, Edison (Autofabrikation, Gummi, Kabel, Elektroindustrie); Banca Italiana di Sconto/Ansaldo, die wohl am stärksten an der Kriegsproduktion interessierte Gruppe, und schließlich Banco di Roma/Breda (ebenfalls Schwerindustrie) [13]).

Dabei wird die bislang stärkste und mächtigste Gruppierung Banca Commerciale/Ilva, die z. Z. der Einrichtung der „gemischten Bank" mit deutschem Kapital entstanden war und unter deutschem Einfluß stand, zur Zielscheibe der aggressivsten und am meisten nationalistisch sich gebärdenden Gruppe Banca Italiana di Sconto/Ansaldo, letztere unter der Leitung der Brüder Perrone, die schon bald nach einem italienischen Clémenceau riefen [14]). Nachdem sie in der Nachkriegszeit vergeblich versucht hatten, sich die Banca Commerciale zu unterwerfen, wird 1918 unter Einbeziehung der vier mächtigsten Großbanken ein Bankkartell gegründet, das nunmehr den gesamten italienischen Kapitalmarkt beherrscht.

Während liberale Wirtschaftstheoretiker wie z. B. Einaudi den Prozeß wachsender Interessenverflechtung zwischen staatlicher Bürokratie und Wirtschaft und hier wieder die allmähliche Unterwerfung der Banken unter die Kontrolle der am stärksten konzentrierten und aus dem Kriege gestärkt hervorgegangenen Industriezweige (neben der Schwerindustrie nun vor allem auch Elektro- und chemische Industrie) als wachsende Gefahr erkennen, bahnt sich die große Nachkriegskrise von 1921 an. Die offensichtliche „Hypertrophie der Schwerindustrie" [15]), die in Italien traditionsreiche Neigung zu gewagten Börsenspekulationen, verbunden mit der allgemeinen Übergangsschwierigkeit von der Kriegs- auf die Friedensproduktion und der zu erwartende Kampf auf den internationalen Märkten läßt das autoritäre Kriegsregime auch als praktikables Modell für die Zukunft erscheinen. Während die liberalen Regierungen der Nachkriegszeit mit Giolitti, Nitti und auch Bonomi die alte transformistische Pendelpolitik wieder aufnehmen und gerade in den kritischen Phasen der Klassenkämpfe 1919, 1920 etc. (Kampf gegen die Verteuerung der Lebenskosten, Fabrikbesetzung), aber auch im Hinblick auf das Fiume-Unternehmen D'Annunzios Erfolge für sich verbuchen können, machen sich die Vertreter der Großindustrie in der Mehrzahl zu Befürwortern eines prinzipiellen Kurswechsels. Auf dem Gründungskongreß der Organisation des italienischen Patronats, der Confindustria 1920, wird die Regierung aufgefordert, „die alten Methoden, die alten Schwächen, die alte Toleranz aufzugeben und die Leitung des Staates der Kraft neuer Männer und neuer Methoden zu überlassen, um die Illusionen über ein bevorstehendes Eden zu zerstören, mit dem man in anderen Ländern, besonders zum Schaden der Arbeiter und der Massen, so traurige Erfahrungen gemacht hat" [16]). Weiterhin wurde die Notwendigkeit betont, „daß die produktive Bourgeoisie sich selbst von der Nützlichkeit ihrer Funktion und ihrer organisatorischen Kraft überzeugen und Mittel finden müsse für eine energische Aktion gegen Abweichungen und Illusionen (. . .)" [17]).

Diese Aspirationen, Ausdruck eines wachsenden Selbstbewußtseins und realer Stärke, finden ihren adäquaten politischen Ausdruck in der Aktivität des italie-

[13]) Neben den allgemeinen wirtschaftshistorischen Untersuchungen z. B. von S. B. Clough, Storia dell'economia italiana dal 1861 ad oggi, italienische Ausgabe Rocca San Casciano 1965; R. Romeo, Breve storia della grande industria in Italia, Bologna 1963; und Rodolfo Morandi, Storia della grande industria in Italia, neue Ausgabe Torino 1966, vgl. besonders hierzu: Luigi Einaudi, La condotta economica e gli effetti sociali della guerra italiana, Bari 1933.
[14]) Dazu Alberto Monticone, Nitti e la grande guerra, Milano 1961, S. 207 ff.
[15]) Grifone, a. a. O., S. 32.
[16]) Zit. nach Ernesto Rossi, Padroni del vapore e fascismo, Bari 1966, S. 35.
[17]) Ebd.

nischen Nationalismus. Wenn die industrielle Mentalität, im großen, Arbeitsdisziplin und Profite garantierenden Vorsorge-Staat den Ausweg aus den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten der Nachkriegszeit zu sehen, ganz allgemein Ausdruck eines schwachen, selbst in seinen entwickeltsten Zweigen nur krankhaft aufgeblähten Kapitalismus ist, so gehen die direkten Aktivitäten zur Beibehaltung des Status quo auf einer anderen, den neuen Erfordernissen angepaßten Ebene doch von den stärksten, im Falle der Ansaldo/Sconto-Gruppe auch aggressivsten und ausdehnungsfreudigsten Gruppierungen aus. Die nationalistische Doktrin hat diesen Sachverhalt deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn sie die vergleichsweise Schwäche des italienischen Kapitalismus zum Ausgangspunkt ihrer ideologischen Überlegungen macht (Italien als die „große Proletarierin" auf internationalem Gebiet) und gleichzeitig an die Vertreter der entwickeltsten Industriezweige appelliert, endlich ein ihrer ökonomischen Stellung entsprechendes Klassenbewußtsein zu entwickeln [18]).

Während sich der italienische Vorkriegsnationalismus noch rhetorisch-diffus und irrationalistisch zum Fürsprecher imperialistischer Eroberungspolitik gemacht hatte, präzisiert Alfredo *Rocco*, späterer faschistischer Justizminister und radikalster Verfechter eines integralen Nationalismus, die bislang vage gehaltenen Vorstellungen über die „nationale Gemeinschaft". Innenpolitisch bedeutet sie: Disziplinierung des Klassenkampfes, außenpolitisch: imperialistische (zur Zeit des Ersten Weltkrieges noch auf den Mittelmeerraum gerichtete) Eroberungspolitik.

„Der Klassenkampf ist eine Realität im Schoße der Menschheit. Nur darf der Klassenkampf nicht geleugnet und verboten, sondern muß diszipliniert und gezügelt werden" [19]).

Das Moderne, in die (faschistische) Zukunft Weisende der Rocco'schen Position liegt nicht so sehr im Kampf gegen die offene Austragung sozialer Konflikte an sich, sondern im Bewußtsein, daß eine über das bloße Verbot hinausgehende und damit letztlich wirksamere Methode gefunden werden müsse, um Disziplinierung und Kontrolle dieser Konflikte zu erzielen. Sein Entwurf eines nationalen Syndikalismus, dessen erklärtes Ziel es ist, den politischen Kampf der Arbeiterklasse zu zerschlagen, hat mit Konzeptionen des revolutionären Syndikalismus, auch nachdem dieser immer unpolitischer geworden war, nicht viel mehr als den Namen gemeinsam: „In Wirklichkeit spiegelt sich hier eine ganz moderne Vision der inneren Dynamik der kapitalistischen Konzentration wider, mit ihrer immanenten Tendenz, den ganzen sozialen Bau nach den Strukturen der großen Industrie-Imperien neu zu modellieren, die sich immer mehr die Massen unterwerfen" [20]), schreibt P. Ungari in seiner hervorragenden Analyse der Rocco'schen Theorie.

Auf dem Kongreß der „Associazione Nazionalista Italiana" im März 1919 präzisiert Rocco die politischen und sozialen Implikationen seiner Konzeption und geht von der Feststellung aus: „Was hat der Krieg gelehrt? Er hat gelehrt, daß in der Produktion die Klein- und Mittelbetriebe dazu bestimmt sind, zu ver-

18) Vgl. den Ideologen des Vorkriegsnationalismus, Enrico Corradini, in: F. Gaeta (Hrsg.), La stampa nationalista, Antologia, Rocca San Casciano 1965, S. 114: „Es ist notwendig, daß die Industriellen das erlangen, was sie heute im allgemeinen nicht haben: ein Klassenbewußtsein. Und nicht nur im sozialistischen Sinne, um sich gegenseitig zu berauben, sondern genau im entgegengesetzten Sinne von Zusammenarbeit." Über den italienischen Vorkriegsnationalismus informiert bes. Wilhelm Alff, Die Associazione Nazionalista Italiana von 1910, in: Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte, Frankfurt/M 1971.
19) Alfredo Rocco, Scritti e discorsi politici, 3 Bde., Milano 1938, Bd. I, S. 24.
20) Paolo Ungari, Alfredo Rocco e l'ideologia giuridica del fascismo, Brescia 1963, S. 27.

schwinden (. . .). Auf dem Gebiet der Organisation der Produktion haben wir in den Kriegsjahren einen Weg zurückgelegt, für den wir in Friedensjahren 30 Jahre gebraucht hätten" [21]). Diesen Veränderungen im Produktionsprozeß entspreche aber bisher keine Veränderung der politischen Strukturen. Daher bestehe das Hauptproblem der italienischen Nachkriegsgesellschaft darin, „die beste innere Organisation zu finden, um die größtmögliche Produktion zu erlangen" [22]). Aber auch die Konsequenzen aus diesen Forderungen präzisiert Rocco in aller Deutlichkeit, wenn er den faschistischen Staat in nuce entwirft: „Wir stellen uns vor, daß alle italienischen Industrien: die mechanische, die Werft-, die Baumwoll-, die Seiden-, die chemische Industrie etc., in einem riesigen Unternehmen zusammengeschlossen werden, das sich über das ganze nationale Territorium erstreckt und das Organisatoren, Techniker und manuell Arbeitende umfaßt, alle mit der Absicht, es mächtiger und produktiver zu gestalten und daher fähig, sich auf den Weltmärkten zu behaupten, die Konkurrenz der ausländischen Unternehmen zu schlagen (. . .)" [23]).

Neben Arbeitergewerkschaften sollen gewerkschaftsähnliche Organisationen der „Organisatoren und Produktionschefs" gegründet werden, die, „auf gleichem Fuße stehend" [24]), notwendigerweise ein „Gleichgewicht der Kräfte" und damit eine Politik der Zusammenarbeit schaffen werden. Aus dieser Zusammenarbeit werde der integrale Syndikalismus hervorgehen, der „die unleugbare Tendenz der modernen Industrie, die durch den Krieg noch beschleunigt wurde, zu einer nationalen Organisation aller Industriezweige nützt" [25]).

Im integralen Syndikat werden die Klassenantagonismen der „politischen Ausbeutung professioneller Demagogen entzogen" [26]), sie werden kontrolliert, diszipliniert, dem Staate untergeordnet. Hier liegt das Grundmodell der faschistischen Korporationen als Instrumente zur Disziplinierung und Kontrolle in den Händen des Staates, entgegen allen authentisch syndikalistischen Vorstellungen, die zwar von einem nationalen, aber autonomen Syndikalismus als Gegengewicht zum Staate ausgegangen waren. „Wir verfechten die Syndikate, um die Vorherrschaft des Sozialismus über die Arbeiter zu brechen. Durch die Klassenzusammenarbeit wird so das ökonomische Grundgesetz geschaffen werden, das das Gesetz der Nation werden wird" [27]).

Nationale Solidarität und innere Disziplin sind die Säulen des „korporativen Prinzips", mit dessen Propagierung sich Rocco zum scharfsichtigsten Vertreter der Interessen des Finanzkapitals macht. „Wenn das Unternehmen auf das ganze Staatsgebiet ausgebreitet und für jede Industrie ein nationales Kartell oder Syndikat geschaffen worden ist, das mit seiner mächtigen einheitlichen Organisation unnötige innere Konkurrenz vermeidet, um unter Bedingungen größter ökonomischer Wirksamkeit den weltweiten Konkurrenzkampf aufzunehmen, wenn einerseits die Leiter und Direktoren der Industrie und andererseits die Handarbeiter in mächtigen Fasci organisiert sind, so ist ziemlich wahrscheinlich, daß im Rahmen des nationalen Unternehmens die Fasci der Unternehmer und der Arbeiter Platz finden und ihre im wesentlichen solidarischen Interessen harmonisieren. Sie sind dazu bestimmt, ein einziges Syndikat zu bilden, das in sich die Aufgabe der Produktion und der Distribution vereint. Die so geschaffenen Organisationen

21) Rocco, Scritti . . . a. a. O., Bd. II, S. 482 f.
22) In: Il Nazionalismo italiano, Atti del Congresso di Firenze, a cura di G. Castellini, Firenze 1911, S. 73.
23) Rocco, in: Associazione Nazionalista Italiana, Atti del Congresso di 1919, Roma 1919, S. 18.
24) Ebd.
25) Ebd.
26) Ebd., S. 23.
27) Rocco, in: Il nazionalismo italiano . . . a. a. O., S. 41.

sind notwendigerweise von nationaler Funktion und öffentlichem Charakter, d. h. sie werden automatisch in ein Staatsorgan umgewandelt werden (...). An dem Tag wird das Regime der liberalen Wirtschaft und des liberalen Staates aufgehört haben zu existieren" [28]).

Diese Vorstellungen, Grundmuster des Faschismus und Handlungsanweisungen zugleich, lassen Rocco und die italienischen Nationalisten nach 1914 nicht nur als Konservative alter Schule, sondern als direkte ideologische Initiatoren des Faschismus erscheinen. Es ist allgemein bekannt, daß es bereits 1923 bei der Fusion zwischen Nationalismus und Faschismus zu einer vollständigen ideologischen Vorherrschaft der nationalistischen Doktrin über die produktivistisch-syndikalistischen Vorstellungen frühfaschistischer Povenienz kam und bereits zu diesem Zeitpunkt die Weichen gestellt sind für die Ersetzung des kleinbürgerlich-radikalen Faschismus „von unten" durch den an den Interessen der Großindustrie orientierten Faschismus „von oben".

Ohne im einzelnen die ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungen der Nachkriegszeit rekonstruieren zu wollen, muß festgehalten werden, daß sich die liberale Führungsschicht trotz verschiedener Teilerfolge nicht mehr in der Lage sah, die parlamentarische Vermittlung der Klassenkonflikte zu leisten, die faktisch dieser Vermittlung bereits entglitten waren und sich zwischen den direkten Kontrahenten auf der Produktionsebene abspielten.

Der trasformismo eines sich selbst regenerierenden Honoratiorenliberalismus war überholt in dem Augenblick, wo die Massen nach Teilnahme am politischen Leben drängten, sei es über die sozialistische Partei, die neue christdemokratische Partei der Popolari oder die frühfaschistischen Fasci.

Die revolutionäre Nachkriegssituation, in der die Herrschenden nicht mehr so können und die Beherrschten nicht mehr so wollen wie bisher, bringt den endgültigen Zusammenbruch der giolittianischen Gleichgewichtspolitik [29]). Während die sozialistische Partei, theoretisch und praktisch unvorbereitet, ohne Konzept und kampffähige Organisation, der Lage nicht gewachsen ist, während die Bauern die im Kriege gemachten Versprechungen einer Landreform durch sporadische, revolte-ähnliche Landbesetzungen einzuklagen versuchen, während Scharen von Landsknechtgestalten, durch den Krieg politisch emotionalisiert und dem bürgerlichen Leben faktisch entwurzelt (die sogenannten „spostati"), die diversen Privatarmeen und Kampfbünde bevölkern und umstürzlerischen Plänen nachhängen, kann ein Großteil der kleinbürgerlichen Mittelschichten, durch Inflation und wirtschaftliche Konzentration geschwächt, weder an die sozialistische Bewegung gebunden werden (wegen der stets vorhandenen Proletarisierungsfurcht, aber auch wegen politischer Fehler des PSI), noch kann er, wegen der gleichzeitig wachsenden anti-plutokratischen Einstellungen, für die alte liberale Ausgleichspolitik gewonnen werden.

In dieser hinlänglich bekannten und analysierten Situation entsteht der Faschismus als eine diffuse Bewegung, deren Erfolg zunächst auf der Ambivalenz ihres Auftretens beruht [30]). Eine Ambivalenz, die sowohl im progressiven Aspekt dieses Kampfes gegen die alte liberale Führungsschicht, gegen den „alten Staat"

28) Rocco, a. a. O., Bd. II, S. 586.
29) Vgl. dazu die ausgezeichnete Analyse dieser Zeit von Pietro Nenni, Il diciannovismo (1919—1922), Milano 1962 (neue Ausgabe).
30) Dieser ambivalente, prinzipiell auch für demokratische Lösungen offene Charakter des Frühfaschismus ist besonders hervorgehoben worden von Angelo Tasca, Nascita e avvento del fascismo, neue Ausgabe Bari 1965, S. 53, und dem gleichfalls kommunistischen Theoretiker Djula Šaš, in: Il fascismo e i partiti politici, Testimonianze dal 1921—1923, hrsg. von R. De Felice, Rocca San Casciano 1966, S. 437.

als auch in der sich abzeichnenden Perversion dieses Kampfes zum Ausdruck kommt. Während Ex-Republikaner, Ex-Syndikalisten, Ex-Anarchisten aus der faschistischen Bewegung eine nationale Variante einer Arbeiterpartei zu machen versuchen und damit an die Richtung anknüpfen, aus der auch Mussolini hervorgegangen war, dem revolutionären Syndikalismus, beginnen 1919 mit dem stillschweigenden Einverständnis der staatlichen Institutionen die ersten faschistischen Strafexpeditionen gegen sozialistische und gewerkschaftliche Einrichtungen.

Während der Stoßtruppterror immer stärker den Klassencharakter der Bewegung zum Ausdruck bringt, taktiert Mussolini prinzipienlos in den eigenen Reihen mit dem Ziel, eben diesen Charakter des Faschismus als reines Instrument der Reaktion in den Hintergrund zu stellen. Die Zukunft der Bewegung liegt in der Mäßigung, und diese wiederum bedingt das grundlegende Verhältnis des Faschismus zur Gewalt [31]).

Der Regierungsantritt Mussolinis 1922 bedeutet letztlich nichts anderes als eine über das liberale Rekrutierungsfeld hinausgehende transformistische Operation: Die Oligarchie kooptiert die „Plebejer in den Schwarzhemden" und bricht ihrem radikalen Impetus gleichzeitig die Spitze ab. Dieser Vorgang hatte nur einen Haken: die Massen selbst, die nun als „Bewegung" dem „Regime" gegenüberstehen. Diese zwei Seiten der gleichen Medaille sind Ausdruck realer gesellschaftlicher Widersprüche, die der Faschismus in sich aufnehmen muß und die gleichzeitig auf seine Herrschaftspraxis zurückwirken.

II. Der Faschismus an der Macht

Wenn wir im folgenden die Herausbildung des faschistischen Staates in seinen Grundstrukturen verfolgen — ein Prozeß, der ca. 1928 abgeschlossen ist —, so wird deutlich werden, wie sich diese doppelte Bestimmung des Faschismus einerseits als Bewegung, die gleichzeitig massen*mobilisierenden* und massen*disziplinierenden* Charakter hat, auswirkt im Hinblick auf die politischen Strukturen, die diesen beiden Aspekten Rechnung tragen müssen.

Während in der ersten Frühphase des Faschismus bis ca. 1920 es im wesentlichen Mussolinis Werk war, ein diffuses, weitgehend antikapitalistisch eingestelltes, auf radikale Überwindung des „alten Staates" drängendes Potential der Reaktion zugeführt zu haben [32]), vollzieht sich in einer zweiten Phase bis zum Machtantritt ein ähnlicher, allerdings nur temporär erfolgreicher Bändigungsprozeß im Hinblick auf die offen im Dienste der Agrarier stehenden „squadracce". Die „Parlamentarisierung" des Faschismus und der Sieg des gemäßigten, opportunistischen Flügels um Mussolini ist Ausdruck eines momentanen Kräftegleichgewichts innerhalb der faschistischen Bewegung und Ausdruck relativer Autonomie dieser Bewegung gegenüber den anderen gesellschaftlichen Kräften. In dem Moment, wo der Faschismus seinen Charakter als „weiße Garde" der Agrarier abstreift und seine Stoßtruppaktionen wieder unter Kontrolle bringt, wird er regierungsfähig. Daß sich diese Regierungstätigkeit der Koalitionsregierung Mus-

[31]) Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang Mussolinis spätere Äußerung: „Die Gewalt ist das Vorübergehende im Faschismus, und sie wird natürlich aufhören, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt hat, die darin besteht, die Situation des Privilegs und der Tyrannei zu zerbrechen, die die sozialistische Partei in Italien inne hatte. Die Gewalt im Faschismus ist Zwischenfall, nicht Wesen; eine notwendige Taktik, nicht System" (in: Opera Omnia, hrsg. von E. und D. Susmel, 36 Bde., Firenze 1951 ff., Bd. XVI, S. 323).

[32]) Italo Balbo, einer der bekanntesten Vertreter des faschistischen Regimes, schreibt in seinem Tagebuch (Diario 1922, Milano 1932, S. 6): „Meiner Meinung nach ist es sicher, daß ohne Mussolini ¾ der aus den Schützengräben heimgekehrten italienischen Jugend bolschewistisch geworden wäre: eine Revolution um jeden Preis!"

solini bis 1924 durchaus in den Bahnen des „transformismo" bewegt und alle beteiligten Kräfte glauben, sich wechselseitig instrumentalisieren, aufsaugen und zu einer neuen Oligarchie verschmelzen zu können, ist nicht nur Ausdruck der „Illusionen" der liberal-konservativen Gruppen, sondern entspricht ebenso der fundamentalen Konzeptionslosigkeit und dem rein taktischen modus operandi Mussolinis, den der liberale Historiker und Mussolini-Biograph De Felice so charakterisiert hat: „Zur Definition dieses modus operandi genügt ein Wort: Taktik. Ab Oktober 1922 traf Mussolini niemals echte Grundentscheidungen. Er folgte den Tatsachen und versuchte, mit seinem Gespür deren Tendenz aufzugreifen, und lavierte in ihnen mit einem ständigen, oft seiltänzerischen Rückgriff auf die Taktik, auf die langsame Aushöhlung der Probleme und der Menschen (...). Er glaubte so, der Schiedsrichter über alles zu sein, und merkte nicht, daß von Kompromiß zu Kompromiß der Spielraum seiner Autonomie sich immer mehr reduzierte und daß die Logik der Dinge, der ungelösten Grundprobleme, ihn immer mehr erstickte und auf einen kleinen Laokoon reduzierte, der nur deshalb stark zu sein schien, weil er seine Muskeln spielen lassen konnte" [33]).

Verfolgt man die großen Entwicklungslinien des italienischen Faschismus hin zu seiner endgültigen Gestalt zu Beginn der 30er Jahre anhand der markanten Daten 1924, 1926, 1928/29 und 1932/33 [34]) mit dem Ziel, zu einer Definition dessen zu kommen, was der Faschismus denn nun letztendlich gewesen ist, so steht man vor der Schwierigkeit, einen permanenten Prozeß in eine Formel pressen zu müssen, die notwendig unzureichend bleiben muß. Immer noch gilt die von A. Tasca aufgestellte Behauptung, daß der, der wissen will, was der Faschismus gewesen sei, seine Geschichte schreiben müsse.

Festzustellen bleibt, daß der Faschismus allein an einem einzigen roten Faden entlang operiert: Ausschaltung des Klassenkampfes. Dies sagt zwar einiges über seinen Klassencharakter, aber wenig über die Formbestimmtheit seiner Politik. Es scheint daher sinnvoll, den Faschismus zunächst als eine bestimmte, den politischen Kräfteverhältnissen flexibel sich anpassende Herrschaftsmethode zu umschreiben, als eine bestimmte Form der „gestione del potere", deren Besonderheit gegenüber dem „normalen", bürgerlich-parlamentarischen System weder prinzipiell in der Aufhebung rechtsstaatlicher Prinzipien noch in der systematischen Anwendung von Terror liegt, sondern allein im direkten Eingriff in das Verhältnis von Kapital und Arbeit. *Daß* dieser Eingriff vorgenommen wird, ist konstitutives Merkmal des Faschismus, *wie* er vorgenommen wird (ob mit terroristischen oder legalen Mitteln), bemißt sich nach der jeweiligen politischen Kräftekonstellation sowohl im Hinblick auf den Gegner wie auch im Hinblick auf die eigenen Anhänger.

Mit Bezug auf alle jene Definitionen, die den „echten" Faschismus in einer Kleinbürgerbewegung und sein „Wesensmerkmal" im Terrorsystem verkörpert sehen, könnte man zugespitzt formulieren, daß der italienische Faschismus nach 1926 immer weniger faschistisch wurde.

Wenn wir versuchen, diese Ausführungen im folgenden näher zu belegen, so gilt es zunächst, analytisch zu trennen zwischen dem Faschismus als Massenbewegung und dem Faschismus als Regime. Es ist in diesem Zusammenhang

33) R. De Felice, Mussolini, Bd. II, Il fascista, Teil 1, S. 474 f.
34) 1924 Matteotti-Krise und Parlamentsauflösung Anfang 1925; 1926 Abschluß der „Normalisierung" durch die faschistischen Ausnahmegesetze, Absetzung des Exponenten der kleinbürgerlichen Extremisten, Farinacci, als Parteisekretär; 1928/29 konstitutionelle Verankerung des faschistischen Großrats als oberstes Entscheidungsgremium des Faschismus, endgültige Zerschlagung der faschistischen Gewerkschaften; 1932 Einrichtung der ersten staatsmonopolistischen Organisation.

unerläßlich, auf das Problem der „Normalisierung" einzugehen, wie es sich für den italienischen Faschismus in aller Schärfe zwischen 1922 und 1926 stellte, aber nie vollständig gelöst wurde.

Bevor wir auf die Veränderungen des Faschismus eingehen, die diese „Konstitutionalisierung" begleiten und den Sieg des großbürgerlich-nationalistischen Flügels einleiten, muß noch einmal kurz auf das Problem der Gewalt im Faschismus eingegangen werden, denn fast alle Faschismus-Konzeptionen gehen davon aus, daß es sich dabei um eine terroristische Diktatur, um eine Gewalt- und Willkürherrschaft gehandelt habe. Nun fällt es nicht weiter schwer, auf den Stoßtruppterror der Frühzeit zu verweisen, auf die gewaltsamen Aktionen der Squadren etc. Interessant im Hinblick auf die politischen und theoretischen Implikationen wird die Frage aber erst in dem Augenblick, wo der Faschismus als Regime vor dem für ihn lebenswichtigen Problem steht, den Terror auszuschalten, ihn um jeden Preis zu vermeiden, legal und „normal" zu werden.

Ab 1922 gilt es, um jeden Preis die „violenza", die physische, anarchistische, ungebändigte und unkontrollierbare Gewalt*tätigkeit,* den Terror der Squadren auszuschalten und zu ersetzen durch die staatliche, legitime Gewalt, die „forza". Staatliche Gewaltanwendungs*möglichkeit* zur Einhaltung der Gesetze und Konsens, breite Zustimmung der Massen, sollen von nun an Grundlage des faschistischen Systems sein. Nicht von ungefähr stehen sich in dieser politischen Auseinandersetzung die beiden Kontrahenten gegenüber, deren Interessen auf dem Spiel stehen: das Großbürgertum, allen voran die Großindustrie in Gestalt der Confindustria und ihre ideologischen Wortführer, die Nationalfaschisten, einerseits und die radikalisierten kleinbürgerlichen „intransigenten" Ultrafaschisten, die Provinzhäuptlinge (die „ras") um Farinacci und Rossoni.

Symptomatisch für die „Normalisierungsfrage" dürfte in diesem Zusammenhang der Rat Pirellis, eines der bedeutendsten Wirtschaftsführer, an Mussolini aus dem Jahre 1925 sein: „Sie sind ein großer Chirurg gewesen: ganz Italien weiß Ihnen Dank. Aber jetzt seien Sie Arzt und zeigen Sie nicht dem Lande jeden Morgen das Skalpell" [35]).

So unbestreitbar es ist, daß der Faschismus letztendlich den ökonomischen Interessen der monopolistischen und oligopolistischen Gruppierungen nicht nur entgegenkam, sondern diese in einem ungeahnten Ausmaß förderte, so offensichtlich ist ebenso die Tatsache, daß dem ein dauernder Verhandlungsprozeß vorausgeht, wobei die Confindustria durchaus auf temporäre Widerstände und Hindernisse stößt. Das heißt weder, der Verselbständigung der Exekutive oder einer Hypostasierung der staatlich-politischen Sphäre das Wort reden, noch, die industriellen Kräfte exkulpieren zu wollen. Es war, wie Pietro Grifone, dem wir die einzige, neuerdings wieder aufgelegte „Politische Ökonomie" des Faschismus verdanken, bemerkte, ein wechselseitiges Verhältnis des „do ut des", wie es seit jeher der italienischen Politik entsprach und nun den veränderten Bedingungen entsprechend fortgesetzt wurde [36]).

35) Zitiert nach De Felice, a. a. O., Bd. II, Teil 2, S. 87.

36) Es wäre verfehlt, im faschistischen Regime ein bloßes Vollzugsorgan vorherrschender Kapitalinteressen zu sehen. Vielmehr mußte es diese Interessen trotz günstigster Rahmenbedingungen auf einer politischen Ebene aufnehmen, d. h. in einem politischen Verhandlungs- und Vermittlungsprozeß (im Hinblick auf Kirche, Krone und die eigenen Massenorganisationen Partei und Gewerkschaften) durchsetzen, wobei es zwangsläufig zu Kontrasten und partiell divergierenden Interessen von Politik und Wirtschaft kam. Die bekanntesten und, soweit ich sehe, in Italien keineswegs ausdiskutierten Beispiele für eine scheinbare Verselbständigung faschistischer Politik gegenüber vorherrschenden Interessen führender Wirtschaftskreise lassen sich aus dem Bereich der Aufwertungspolitik von 1926/27 und des faschistischen Imperialismus anführen. Dazu besonders: Roland Sarti, Mussolini and the Italian Industrial Leadership in the Battle of the Lira 1926—1927, in: „Past & Present", Mai 1970; Giampiero Carocci, La politica estera dell'Italia fascista 1925—1928, Bari 1969; und vor allem Vittorio Foa, Einleitung zu Pietro Grifone, Il capitale finanziario in Italia, Torino 1971, neue Ausgabe.

Hatten sich, im Gegensatz etwa zu den Agrariern, an der Finanzierung und Unterstützung des Faschismus vor der Machtergreifung nur bestimmte Industriegruppen (besonders die Ansaldo-Sconto-Gruppe) beteiligt, so blieb das italienische Patronat, soweit es in der Confindustria vertreten war, auch in den ersten Jahren nach der Machtergreifung wohlwollend abwartend. Während Mussolini gemäß der Formel „starker Staat, aber kein ökonomischer Staat" über den Finanzminister De Stefani eine liberal-freihändlerische Politik verfolgte, wartete die Confindustria ab, wie sich der „starke" Staat entwickeln würde, und stellte die einzige, ihrem ökonomischen Interesse und ihrer bisherigen Praxis entsprechende Forderung: Herstellung der Arbeitsdisziplin, Garantie von Ruhe und Ordnung und sozialem „Frieden", Ausschaltung des Klassenkampfes. Solange die berechtigte Gefahr bestand, daß die nunmehr geschlagene „rote Subversion" durch eine „schwarze" mittelständische ersetzt würde, solange hielt sich die Confindustria abseits.

Massive Stellungnahmen zeichnen sich erst ab in dem Augenblick, wo der Faschismus nicht schnell genug mit diesem ihm inhärenten Problem fertig wird und sich zwischen „legalitärer" Politik und Androhung der intransigenten „zweiten Welle" von Krise zu Krise schleppt (z. B. 1921 anläßlich des Friedenspaktes mit den Sozialisten, 1923 beim Ausbruch der sogenannten „Revisionismus"-Diskussion bis Mitte 1924 etc.).

„Solange der Faschismus das Element der Ordnung, der Ruhe, der Möglichkeit, ruhig und erfolgreich zu arbeiten, darstellt, wird die Industrie für die Regierung sein. Wenn aber der Faschismus ein — auch nur indirektes — Element der Unordnung repräsentieren und Unruhen, tumultuarischen Manifestationen und unbesonnenen Streiks Raum geben sollte, so kann er nicht mehr unsere Zustimmung finden (. . .). Die Dinge haben einen Punkt erreicht, daß es so nicht weitergehen kann: die Regierung muß sich entscheiden", heißt es 1924 in einer Industriellenzeitschrift [37]). Während der Faschismus und die liberal-konservativen Politiker in den ersten Jahren den Versuch machten, auf der Basis des giolittianischen trasformismo das politische Kräfteverhältnis neu zu ordnen mit dem Ziel, sich wechselseitig zu absorbieren, löst sich dieses Tauziehen sehr bald zugunsten der Faschisten. Der Eintritt der Liberalen in den faschistischen „listone" bei den Parlamentswahlen von 1924 bezeichnet den Zeitpunkt, wo es dem Faschismus gelungen ist, seine eigene Machtposition zu festigen, doch nur um den Preis der Aufgabe seiner ursprünglichen Ziele. Einige Daten mögen diesen Prozeß verdeutlichen: Mit der durch den Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Matteotti ausbrechenden Krise von 1924 bricht das ohnehin prekäre Gleichgewicht der politischen Kräfte auseinander. Die demokratische Opposition formiert sich (wenn auch erfolglos) im Aventin, die eigene Massenbasis droht abzubröckeln, die kleinbürgerlich-extremistischen Kräfte machen sich verstärkt geltend und rufen nach der „zweiten Welle".

Die Folgen: wachsende Kompetenz der staatlichen Institutionen, der Miliz und der Präfekten, Entmachtung der Squadren und Transformation der faschistischen Partei in einen verlängerten Arm der Staatsgewalt. Die Auflösung des Parlaments am 3. Januar 1925, die von langer Hand durch den faschistischen Justizminister Rocco vorbereiteten Ausnahmegesetze, die zwischen 1925 und Ende 1926 durchgesetzt werden, und schließlich die Absetzung des einzigen relevanten Vertreters des intransigenten Flügels, Farinacci, vom Posten des Parteisekretärs, den er ohnehin nur knapp ein Jahr innehatte. All diese Maßnahmen, von Musso-

[37]) Zit. nach De Felice, a. a. O. Bd. II, Teil 1, S. 678.

lini mehr im Verlauf der Ereignisse mitgetragen als nach längerfristigen Perspektiven konzipiert, stehen unter einem Zeichen: Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, des „ordine pubblico", Konzentration aller Macht im Staate, Ausschaltung der letzten Reste peripherer, kleinbürgerlicher Machtkerne.

Es ist oft betont worden, daß sich der Faschismus nach und nach alle Gruppen und Machtträger der Gesellschaft, die nicht ohnehin im Exil oder verhaftet waren, gefügig machte, sie „faschisierte". Dies ist, rein äußerlich betrachtet, richtig, aber man vergißt, daß es sich dabei um ein wechselseitiges Verhältnis handelte, wobei der Faschismus seine kleinbürgerlichen, potentiell immer auch anti-monopolistischen Ursprünge gab, die Großbourgeoisie dagegen ein rein formales Bekenntnis zum faschistischen Staat, das sie sich wie einen Firnis umlegte, ohne in den entscheidenden Fragen auf ihre Interessen verzichten zu müssen.

Symptomatisch kann dies aufgezeigt werden anhand der Stellung der Confindustria 1925. Nachdem die liberale Wirtschaftspolitik De Stefanis nicht mehr dem verstärkten Ruf nach protektionistischen Maßnahmen gerecht wird und er die Börsenspekulationen nicht schnell genug eindämmen kann, wird er auf Druck der Confindustria abgesetzt. Sein Nachfolger ist Volpi di Misurata, ein direkter Vertrauensmann der Finanzwelt. Nachdem die Confindustria zwar 1925 im Pakt von Palazzo Vidoni die Konföderation der faschistischen Korporationen als einzigen Verhandlungspartner anerkennt (nachdem sie vorher gern noch mit den alten Gewerkschaften geliebäugelt hatte, die die geforderte Ruhe und Ordnung notfalls besser hätten garantieren können), setzt sie aber die für sie entscheidenden Punkte durch: keine gemeinsame Vertretungskörperschaft für Arbeiter und Unternehmer, keine (ursprünglich vorgesehenen) „Treuhänder" der Arbeit. Darüber hinaus setzt die Confindustria durch, einen Vertreter in den faschistischen Großrat zu entsenden, ferner verlangt und erhält sie die Garantie, daß neben ihr keine organisierte Interessenvertretung der Kleinindustriellen eingerichtet wird. Und selbst als Justizminister Rocco eine seiner Lieblingsideen, die „magistratura del lavoro" verwirklichen will mit dem Ziel, die „private Selbstverteidigung" der Klassen abzuschaffen und nach juristischen Normen neu zu regeln, schreitet *Benni*, der Präsident der Confindustria, ein. Man wolle sich nicht von außen, vom Staat, Konfliktlösungen und die Kontrolle der Tarifverträge vorschreiben lassen [38]).

In dem Maße, wie dieser wechselseitige Schlagabtausch (Durchsetzung der Interessen der Monopolgruppen bei gleichzeitigem Ausbau der formalen Machtstellung Mussolinis, dessen Funktion als Transmissionsriemen zu den Massen erst jetzt, nach der Entmachtung der Partei, von Bedeutung wird) vonstatten geht, verwandelt sich das faschistische Regime selbst. Aus einer transformistisch agierenden Regierungspartei mit dem Trumpf der ungeduldigen Basis wird nach und nach ein Gebilde, in dem Großindustrie, Staatsbürokratie, die politisch als Eigenfaktor immer unbedeutender werdenden faschistischen Gewerkschaften und die „Großen" des Regimes, immer enger miteinander verfilzt und verflochten, von den Massen getrennt, ihren Interessen nachgehen. Während Rossoni als Vertreter der faschistischen Gewerkschaften 1928 endgültig politisch ausgeschaltet wird und gleichzeitig die faschistischen Korporationen als mächtige Kontroll- und Disziplinierungsorgane des Staates ins Leben gerufen werden, während die „Carta del Lavoro" von 1927 nichts weiter als eine ideologische Geste und daher praktisch irrelevant bleibt, etabliert sich im faschistischen Großrat die neue Oligarchie.

[38]) Diese ganzen Verhandlungen sind, reichhaltig dokumentiert, bei De Felice, a. a. O., Bd. II, Teil 2, Kap. III, nachzulesen.

Es ist eingangs gesagt worden, daß der Faschismus in seiner „gemäßigt"-legalitären Ausprägung, wie er von Mussolini verkörpert wurde, durch eine fundamentale Konzeptionslosigkeit, eine ad hoc-Politik und ein Taktieren um der Erhaltung der einmal erreichten Machtposition willen gekennzeichnet war. Es ist andererseits gesagt worden, daß der Faschismus auf staatlicher Ebene nach Maßgabe einer politischen Strategie die Interessen der Finanz- und Industriewelt aufnimmt.

Die Männer, die diese Strategie verkörperten und mit Hilfe der „grands commis" (De Felice) des Staates, der Bürokraten und Technokraten der späteren Jahre durchsetzten, waren die aus dem Nationalismus hervorgegangenen Interessenvertreter des Finanzkapitals, die als die „Intellektuellen" des Regimes in wichtige Positionen eindrangen und als elitäre „Unter-Partei" den faschistischen Extremisten stets ein Dorn im Auge waren. L. Federzoni als faschistischer Innenminister initiierte in den entscheidenden Jahren der Auseinandersetzung zwischen den Extremisten und dem konservativ-nationalistischen Flügel die Kompetenzverlagerung von den Organisationen der Bewegung auf die staatlichen Institutionen. Von fundamentalem Mißtrauen gegenüber den „Schwarzhemden" und ihren unkontrollierten Gewaltausbrüchen, die sich potentiell auch immer gegen das Regime richten konnten, festigte er die Stellung der Präfekten und der Miliz [39]). Rocco schließlich, der schon lange vor der Machtergreifung die vielleicht klarste, in ihren Implikationen durchdachteste Konzeption von der Umgestaltung des Staates im Hinblick auf die neuen Erfordernisse hatte, gab der von Federzoni betriebenen Machtkonzentration in den Händen der staatlichen Institutionen den juristisch-legalen Rahmen.

Es ist interessant und im Hinblick auf eine bestimmte Geschichtsschreibung aufschlußreich, daß die vom Nationalismus herkommenden Nationalfaschisten wie Federzoni und Rocco, um nur die exponiertesten Vertreter einer ganzen Reihe anderer faschistischer Würdenträger mit der gleichen Vergangenheit und den gleichen politischen Zielen zu nennen, fast ausschließlich unter dem Aspekt des nur sympathisierenden „fiancheggiatore", des Halb-Faschisten, des Konservativen der alten Schule betrachtet wurden, während sie doch die eigentlichen Konstrukteure des faschistischen Staates sind. Obgleich z. B. De Felice in Rocco keinen „echten" Faschisten sieht, weil für ihn Faschismus gleich Kleinbürgertum ist, kann er nicht umhin, die tatsächliche Bedeutung Roccos (der neben den beiden anderen Vertretern des damaligen militärisch-industriellen Komplexes, Federzoni und Volpi und dem „Führer" der Massen, Mussolini, immerhin bis 1932 einer der mächtigsten Männer des Regimes war, wobei bemerkt werden muß, das dies ja die entscheidende Phase des Aufbaus war und sich nach 1932 an den Strukturen des Staates nichts Wesentliches geändert hat) für den Ausbau und die Entwicklung des Faschismus anzuerkennen.

„Was (...) die eigentlich politische (Komponente seiner Konzeption, K. P.) betraf, so war sie nicht so sehr Ausdruck des echten Faschismus als vielmehr des modernsten und vorurteilslosesten Teils des alten Regimes (die Welt der Großindustrie, der Großbürokratie, ein gewisser Typ des ‚praktischen' Intellektuellen), der das Schwarzhemd anzog, aber Vorsichtsmaßnahmen ergriff, um nicht Gefahr zu laufen, die Macht zu verlieren, und der mißtrauisch blieb gegenüber Mussolini und vor allem gegenüber den ‚Extremisten' des Faschismus, hießen

39) Aufschlußreich für die politische Konzeption dieser direkten Vertreter der Großindustrie und für ihr tiefes Mißtrauen gegenüber den plebejischen Vertretern der „Bewegung" sind die Memoiren Federzonis: L. Federzoni, Italia di ieri per la storia di domani, Verona 1967.

sie nun Farinacci, Rossoni oder Bottai" [40]). Deutlicher kann man die historische Kontinuität und die in den faschistischen Führungsspitzen verkörperten Interessen wohl kaum zum Ausdruck bringen, selbst wenn man darin nicht den „echten" Faschismus sehen will.

Die „revolutionäre" und die „legalitäre" Richtung bilden die beiden Pole des Faschismus: rationale Ausbeutung des kleinbürgerlichen Irrationalismus, exklusive Vertretung von Klasseninteressen auf einer diesen Interessen nicht entsprechenden Massenbasis, ihr Wechselverhältnis und ihr Kampf untereinander, der auch mit dem Sieg der „legalitären" Richtung nicht verschwunden ist, sondern latent weiterbesteht. Diese Spannungen, aus denen der Faschismus lebte und die andere faschistische Theoretiker vergeblich zu überwinden suchten, weil sie darin, nicht zu Unrecht, die fundamentale Schwäche des Regimes sahen, bilden den realen Hintergrund für die faschistische „Normalisierung". Sie beinhaltet im wesentlichen drei Aspekte:

1) Normalisierung im juristisch-institutionellen Sinne, d. h. die Kodifizierung bereits geschaffener faits accomplis. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit wird nicht mehr nach Maßgabe partikularer Interessen der Agrarier oder einzelner Industrieller mit den bekannten Überfallmethoden faschistischer Schlägertrupps gelöst, sondern es findet eine „Rückkehr" zu einer neuen Form von Legalität statt, die ihrerseits die Rahmenbedingungen abgibt für die absolute Domestizierung sozialer Konflikte. So heißt es beispielsweise in der Zeitung „Idea Nazionale", dem Sprachrohr der ehemaligen Nationalisten, am 26. April 1924: „Die Gegner sind (. . .) auf dem Holzwege: die Normalisierung ist nicht die Rückkehr zum Status quo ante; es ist die Entwicklung, die Konsolidierung und vor allem die Anerkennung des Regimes, das auch durch den ungezähmten Willen einer ganzen Nation hervorgegangen ist (. . .)" [41]).

2) Die damit einhergehende, teilweise vorausgehende Normalisierung im politischen Sinne: die Gefahr des „Übersiegens" wird gestoppt, die faschistischen Massenorganisationen werden nach und nach ihrer Autonomie entkleidet und der staatlichen Kontrolle unterstellt (1923 Einrichtung der Miliz, 1926 Entmachtung der Partei bei gleichzeitiger soziologischer Verlagerung der Mitgliederstruktur zu einer immer stärkeren Dominanz großbürgerlicher und bürokratischer Kräfte [42]), 1928 schließlich die endgültige Entmachtung der faschistischen Gewerkschaften). Mit diesen strukturellen Verlagerungen ist auch das Problem der faschistischen Gewalt gelöst, das nicht nur dysfunktional für den ungestörten Produktionsablauf zu werden drohte, sondern auch, da der sozialistische Gegner längst geschlagen war, die Gefahr in sich barg, sich gegen das Regime als offene Vertretungsinstanz monopolkapitalistischer Interessen zu wenden.

3) Normalisierung, bzw. besser: Umorientierung auch im ideologischen Sinne. Wenn die faschistische Ideologie generell nur unter dem Aspekt der Herrschaftstechnik interessant ist und der rein instrumentelle Charakter im Vordergrund steht, so ist es doch aufschlußreich, daß diese Technik sich im Zuge der Kräfteverschiebung ebenfalls ändert. Diejenigen ideologischen Elemente, die in der Entstehungsphase des Faschismus als Kohäsionsfaktor von Kleinbürgern und Frontkämpfern gegen „rechts" und „links" gedient hatten, nämlich die Betonung der Klassenharmonie, des Klassenausgleichs und die Selbstdarstellung

[40]) De Felice, a. a. O., Bd. II, Teil 2, S. 165, ähnlich auch Bd. II, Teil 1, S. 537.
[41]) In: Gaeta, La stampa . . ., a. a. O., S. 488.
[42]) Dazu u. a. De Felice, a. a. O., Bd. II, Teil 2, S. 188.

horizont

die sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft aus der DDR

gibt Informationen, die Sie brauchen!

horizont

„horizont" erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern. Senden Sie den Kupon an den Berliner Verlag, DDR — 102 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

Wünschen Sie ein Abonnement (Jahresabonnement DM 52,— zzgl. Versandkosten), senden Sie den Kupon an Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf, Ackerstr. 3

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht, internationale Zusammenhänge besser zu erkennen und einzuschätzen.

„horizont" bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

.....

Ich möchte „horizont" im Abonnement beziehen. Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars (Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer

des Faschismus als „dritte Kraft" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die produktivistischen und syndikalistischen Elemente schließlich sowie die Berufung auf die nationale Freiheitsbewegung des Risorgimento, an die es anzuknüpfen gelte, treten in den Hintergrund [43]). Sie werden schon 1923 bei der Fusion des Faschismus mit dem Nationalismus weitgehend überlagert durch jene Ausformulierungen nationalistischer, speziell Rocco'scher Provenienz, die in einem modernen Staatsabsolutismus, einer neuen historischen Phase der Ordnung, der Disziplin, in der Konzeption vom Staat als einem selbständigen Organismus etc. an Positionen des frühen Positivismus anknüpfen. Das Römische Reich wird Beispiel und Bezugspunkt für die neue imperiale Zukunft, und erst jetzt entwickelt sich parallel dazu der eigentliche Führermythos und die Funktion Mussolinis als charismatischer Vermittler zu den Massen. Mussolini wird damit zum Katalysator letztlich anti-plutokratischer Aspirationen, wird schließlich als Opfer seiner eigenen Umgebung gesehen und somit personifizierter Ausdruck der politischen Niederlage der Kleinbürger, die zunächst im Faschismus generell, dann in der Partei und schließlich nur noch im „Führer" ihre Vertretung sahen [44]).

Normalisierung, das bedeutet also letztlich nichts anderes als die Garantie, daß der Staat weiterhin Konsortium zur Wahrung und Verteidigung der Interessen der Industriebourgeoisie sein wird, und es bedeutet vor allem Garantie dafür, daß die Massen, auch die faschistischen Massen, weiterhin und konsequent von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen werden. Daß „Ausschließen" unter den veränderten Bedingungen nicht mehr einfach „fernhalten" bzw. mit Polizeistaatmethoden „unterdrücken" heißen kann, sondern Transformation ehemals autonomer Massenorganisationen zu völlig entpolitisierten Säulen und Trägern des Systems, das hat wohl niemand so deutlich gesehen und gefordert wie Rocco: „Der Staat kann weder moralisch noch politisch auch nur auf ein Tausendstel der durch Gesetzesentwurf festgelegten Kontrolle verzichten. Der Staat, und der faschistische Staat weniger denn je, kann nicht zulassen, daß sich Staaten im Staate bilden. Das Syndikat muß ein Mittel sein, um die (Einzel-)Gewerkschaften zu disziplinieren, nicht ein Mittel, um mächtige und unkontrollierte Organismen zu schaffen, die den Staat bedrohen können" [45]).

Und in seiner 1925 in Perugia gehaltenen Rede über die „dottrina politica del fascismo" heißt es: „Die Selbstverteidigung der Klassen zu unterdrücken, heißt nicht, die Verteidigung der Klassen zu unterdrücken, die eine unaufschiebbare Forderung des modernen Wirtschaftslebens ist. Die Organisation der Klassen ist also eine faktische Gegebenheit und eine Notwendigkeit, und als solche kann

43) So schreibt Italo Balbo noch am 1. 1. 1922 in seinem Tagebuch a. a. O., S. 17: „(. . .) Wäre eine revolutionäre Bewegung möglich, die die vollständige Herrschaft Italiens will, ohne mit den Arbeitern zu rechnen? Auf 40 Millionen Italiener, wie viele Arbeiter gibt es? Die große Proletarierin! Ich muß sagen, daß das Volk uns mehr als die anderen versteht. Wir stammen nicht aus den privilegierten Klassen. Die große Masse der faschistischen ‚combattenti': Jugend, die arbeiten will; durch die tragische Situation des Krieges und der Nachkriegszeit schon proletarisiertes Kelinbürgertum, vielleicht ärmlicher als die Arbeiter. Die Solidarität mit den armen Klassen wird in die Tat umgesetzt. Wenn der Faschismus siegen will, darf er keine Privilegien schaffen, ja er muß die alten abschaffen."
Fast zur gleichen Zeit heißt es in einem Artikel von Rocco vom 6. 1. 1922 mit dem bezeichnenden Titel „Der Faschismus zum Nationalismus hin" (Il fascismo verso il nazionalismo): „Freiwillige Miliz zur Verteidigung der sozialen und nationalen Ordnung gegen den zerstörerischen Sozialkommunismus, hat der Faschismus schnell seinen pseudo-revolutionären Charakter verloren (. . .). Schule der Kühnheit und des Opfers, die die eigentlichen Tugenden des erwähltesten Teils des Volkes sind, hat er sehr schnell den Fehler und den Irrtum des demokratischen Mythos erkannt, der die unwissende, feige und egoistische Masse vergöttlicht hat. So hat der wesentlich nationale Charakter seiner praktischen Funktion mächtig dazu beigetragen, den Faschismus von seinen ursprünglichen pseudo-revolutionären Schlacken zu befreien" (in: Rocco, a. a. O., Bd. II, S. 696).
44) Auch das hat De Felice, a. a. O., Bd. II, Teil 2, S. 353 f. überzeugend dargestellt.
45) Rocco, a. a. O., Bd. III, S. 991.

sie vom Staat nicht ignoriert werden, sondern sie muß vom Staate diszipliniert, kontrolliert und in ihn eingegliedert werden" [46]).

Ist die „autodifesa", die Selbstverteidigung, d. h. Streikrecht und Tarifautonomie, erst einmal der staatlichen Kontrolle gewichen, so werden die Gewerkschaften zwangsläufig zu Ordnungsfaktoren, Schlichtungsinstanzen und Katalysatoren sozialer Konflikte. Die subalterne und freiwillige Kollaboration der Arbeiter im Interesse der „Nation", die mit dieser Zielsetzung verbunden ist, entspricht durchaus den vielfach belegten und bezeugten Interessen der Industrie [47]) und ihrem Verlangen nach Disziplin, wenn möglich mit Konsens, wenn nötig mit Gewalt.

Wenn wir festgestellt haben, daß die Normalisierung des Faschismus die Stabilisierung eines neuen Kräfteverhältnisses bedeutete, das determiniert war durch den Aufstieg der großindustriellen Monopole vor und nach dem Ersten Weltkrieg, so muß zum Abschluß noch ein Blick geworfen werden auf die spätere Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft. Dabei ist festzustellen, daß sich dieses Verhältnis bis 1929, ja eigentlich bis 1932 durchaus in den Bahnen bewegte, wie sie sich in der Giolitti-Ära herausgebildet und in der Kriegs- und Nachkriegszeit verstärkt hatten: der Staat schafft die Rahmenbedingungen für die Konzentration und Vorherrschaft der finanzkapitalistischen Kräfte, wobei es schon in der Vorkriegszeit zu sporadischen „Rettungsaktionen" und Zwangskartellisierungen kam mit dem Ziel, die Konkurrenz auszuschalten.

Auch die faschistische Aufwertungspolitik von 1926 (die Politik von Pesaro), die vielfach als Beweis für den Vorrang politischer vor ökonomischen Zielen, bzw. für die Autonomie der faschistischen Regierung gegenüber den Wirtschaftsgruppen gewertet wird, scheint hier keine Ausnahme zu machen, denn nach allem, was wir inzwischen darüber wissen, bestand keine Meinungsverschiedenheit grundsätzlicher Art, sondern nur in der Frage nach der Höhe der Aufwertung. Diese Politik förderte letztlich die wirtschaftliche Konzentration und war gleichzeitig so etwas wie eine ökonomische „Beruhigungspille" vor den wenig später folgenden Ausnahmegesetzen [48]).

Während es zwischen 1918 und 1927 durchschnittlich zu 16 Fusionen pro Jahr kam, waren es 1928 105 mit 266 daran beteiligten Gesellschaften und einem Kapital von 5210 Mio Lire, im Jahre 1929 102 mit 245 beteiligten Gesellschaften und einem Kapital von 3320 Mio Lire [49]).

Da die Jahre nach 1926 insgesamt unter dem Zeichen wirtschaftlicher Stagnation stehen, vermehren sich die Staatseingriffe, allerdings noch ganz im Rahmen der üblichen sporadischen Rettungsaktionen über die Staatsbank, die durch Kredite à fonds perdu die Banken und ihre industriellen Schuldner vor dem Ruin bewahrte. Ausländische Anleihen kommen mit staatlicher Hilfe insbesondere der aufstrebenden Elektroindustrie (Montecatini) zugute (Einrichtung des Investment-Trusts „Italian Superpower Corporation" in den USA 1928).

1927 kommt es zunächst in der Marmorindustrie zum ersten Zwangskartell und der Monopolisierung des gesamten Produktionszweiges. In der Elektro- und

46) Ebd., S. 1106.
47) Sehr materialreich dazu: Ernesto Rossi, Padroni del vapore e fascismo, Bari 1966. Obwohl Rocco mit der „Magistratura del Lavoro" eine Schiedsstelle zur Überwindung dieser Selbstverteidigung schaffen wollte, mußte er die ursprüngliche Konzeption unter dem Druck der Confindustria aufgeben.
48) Dazu vor allem die bereits erwähnte Analyse von Foa, a. a. O., und die dort genannte Literatur.
49) Angaben nach Grifone, a. a. O., S. 73.

Stahlindustrie ist man 1928 (Einrichtung des Consorzio Ferriere Nazionale, der $^2/_3$ der gesamten italienischen Schwerindustrie umfaßt) kurz vor der Monopolisierung. Ebenfalls 1928 wird schließlich die „bonifica integrale" (Urbarmachung) als Kern der vom Staat initiierten öffentlichen Arbeitsprogramme zwecks Erweiterung des Binnenmarktes und Stärkung der Lebensmittel-Autarkie propagiert.

Die Krise von 1929 hat nur eine verstärkende Wirkung dieser allgemeinen Tendenzen, die 1932/33 die inzwischen unerläßlich gewordenen Staatseingriffe zu einer Dauereinrichtung werden lassen und damit die Funktion des Staates als Regulator und Organisator des gesamten Wirtschaftslebens institutionell und juristisch absichern.

Während es 1927 in der „Carta del Lavoro" noch als ideologische Erklärung hieß: „Der staatliche Eingriff in die privatwirtschaftliche Produktion findet nur dann statt, wenn die Privatinitiative fehlt oder nicht ausreicht, oder wenn politische Staatsinteressen auf dem Spiel stehen. Ein solcher Eingriff kann die Form der Kontrolle, der Ermutigung oder der direkten Verwaltung (gestione) annehmen" [50]), so wird nun der systematische Eingriff des faschistischen Staates in die Wirtschaft zur Regel. Das Gesetz vom 16. Juni 1932 ermöglicht es den Repräsentanten von 70 % der Produktion eines bestimmten Produktionszweiges, um Staatseingriff zu ersuchen zur Disziplinierung des gesamten Zweiges. Am 12. Januar 1933 folgt ein weiteres Gesetz über die Kontrolle neuer Industrieanlagen. Die Privatinitiative wurde damit der vorherigen Autorisierung durch die Regierung unterstellt, was, wie Guarnieri, einer der führenden faschistischen Wirtschaftsfachleute, schrieb [51]), zur leitenden Norm der faschistischen industriellen Politik wurde. Aufgrund dieses Gesetzes konnte weder eine neue Industrieanlage eingerichtet noch eine bereits bestehende erweitert werden ohne staatliche Genehmigung, die zunächst vom Ministerium für die Korporationen ausgegeben wurde, später (1936) von den Korporationen des jeweiligen Sektors, d. h. von den unmittelbar Betroffenen, die der Konkurrenz der neuen Anlage ausgesetzt gewesen wären.

Während Antifaschisten wie z. B. Gramsci schon seit langem das grundlegende Verhältnis des Faschismus zur Wirtschaft als ein Verhältnis charakterisiert hatten, in dem die Verluste nationalisiert werden, die Profite privat bleiben [52]), machten Mitte der 30er Jahre auch die Technokraten des Regimes in zunehmendem Maße geltend, daß dies ein unhaltbarer, weil ineffizienter Zustand sei [53]).

Bei der 1932 einsetzenden direkten Kontrolle und dem direkten Eingriff des Staates in ein Großteil von Unternehmen, in denen er die Aktienmehrheit erwarb, lassen sich im wesentlichen drei Hauptformen unterscheiden:

a) die direkte Kontrolle, die durch normale staatliche Verwaltungsorgane wie das Finanzministerium, das Schatzministerium und das Ministerium für Transport ausgeübt wurde;

50) A. Turati/G. Bottai, La Charta del Lavoro, Roma 1929, Art. IX.
51) Felice Guarnieri, Battaglie economiche tra le due grandi guerre, 2 Bde. Milano 1953, Bd. I, S. 301 f.; Guarnieri war ehemaliges Direktionsmitglied der Confindustria, später faschistischer Devisenminister und Präsident des Banco di Roma.
52) Antonio Gramsci, Parsato e Presente, Torino 1966, S. 96.
53) So schreibt Ernesto Rossi, ... a. a. O., S. 131 unter Berufung auf einen Bericht von Donato Menichella (12 Jahre lang Gouverneur der Banca d'Italia), daß der Staat sich genötigt sah, das IRI zu gründen, um nicht weiterhin ohne jede Gegenleistung Hunderte von Mio von Liren in die Banken und sanierungsbedürftigen Industrien zu werfen. Vgl. dazu vor allem auch den Theoretiker der sogenannten (technokratischen) Links-Faschisten des späten Regimes, Ugo Spirito, in: Capitalismo e corporativismo, Firenze 1933, der in der Einrichtung von Besitz-Korporationen auf der Basis einer vollständig programmierten Wirtschaft die Lösung des bislang noch bestehenden „Dualismus" von staatlicher und privater Ebene sah.

b) die indirekte Kontrolle der eigens dafür geschaffenen staatlichen Institute wie IMI und IRI;

c) die Kontrolle durch öffentliche Institutionen (enti pubblici), Institutionen öffentlichen Rechts, Institutionen mit öffentlichen Funktionen etc. [54]).

Das IRI (Istituto di Ricostruzione Industriale) und seine Vorläuferin, das IMI (Istituto Mobiliare Italiano), sind als spezifische, vom Faschismus geschaffene Organisationsformen staatlicher und privater Zusammenarbeit von besonderem Interesse, weil sie am direktesten die sich herausbildenden Verbindungslinien zwischen Staat und Monopolgruppen beleuchten.

Das IMI wurde als Institution öffentlichen Rechts Ende 1931 gegründet, wurde autonom verwaltet und besaß ein Anfangskapital von 500 Mio Lire. Seine Aufgabe war es, die Kreditanstalten bei der Vergabe mittel- und langfristiger Industriekredite zu ersetzen und sich Aktienanteile an den entsprechenden Privatunternehmen zu sichern, ohne jedoch auf die Banca d'Italia zurückzugreifen, sondern auf öffentliche Spareinlagen. Damit wurde die bisherige Rettungs- und Stützungsaktion des Staates zugunsten der Banken und Industrien zur permanenten Einrichtung. Es begann die organische Neuordnung des gesamten italienischen Kreditwesens. Als Nachwirkung der Weltwirtschaftskrise brach die Vorherrschaft der Banken über die mit ihnen verbundenen Industriegruppen zusammen. Die neue Phase des italienischen Kapitalismus beginnt mit der Aufgabe des alten Systems der „gemischten Bank". An ihre Stelle treten scharf voneinander getrennte Kreditanstalten einerseits und Depositen und Diskontbanken andererseits. Von nun an steht der Staat im Zentrum des neuen Banksystems mit Schiedsrichterfunktion über die Aufteilung des Kredits. Mit dem Gesetz von 1936 nimmt er die Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kreditfunktionen in die Hand. Er kontrolliert Qualität und Quantität der Investitionen und teilt die Kompetenzen der einzelnen Banken auf. Unmittelbare Ursache für diese Umstrukturierung war der durch die Krise von 1929 hervorgerufene Zusammenbruch des alten Kreditwesens, der die drei größten Kreditinstitute mit sich zog, vor allem die Banca Commerciale, dann den Credito Italiano (Nachfolger der Sconto-Bank) und den Banco di Roma. Diese Institute, die teils seit ihrer Gründung, teils später nach dem deutschen Banksystem organisiert waren, kontrollierten faktisch die mit ihnen assoziierten Industriegruppen. Während diese Großbanken nun einerseits riesige Mengen von Industrieaktien angehäuft hatten, ihre industriellen Schuldner aber wegen der wirtschaftlich prekären Situation unfähig waren, ihre kurzfristigen Kredite an die Banken zurückzuzahlen, sahen sich die zahlungsunfähigen Banken genötigt, entweder mit ungeheuren Verlusten diese inzwischen entwerteten Papiere abzustoßen oder aber sie einem finanzstärkeren Institut ohne Wertverlust anzubieten, das diese faktische Konkursmasse dann bei besserer Gelegenheit wieder zum Kauf anbieten konnte. Nachdem der Staat über ein eigens für solche Zwecke eingerichtetes „Bankhospital" (Grifone), das seit 1926 bestehende „Istituto di Liquidazioni", in der bisher größten Rettungsaktion der italienischen Wirtschaftsgeschichte in einer großangelegten Transaktion über verschiedene holdings die entwerteten Aktienpakete ohne Verlust für die Banken übernommen hatte, wird wenig später das IMI gegründet, mit dem die Konsequenzen aus dieser riesigen Sanierung gezogen wer-

54) Hierzu und zum folgenden vor allem das schon genannte, für die faschistische Wirtschaftspolitik sehr wichtige Buch von Guarnieri, sowie: Confederazione Generale del Lavoro, Struttura dei monopoli industriali in Italia, Roma 1949; Ministero per la Costituente, Rapporto della commissione economica presentato all'Assemblea Costituente, 21 Bde. Roma 1946—47; und Paola Fiorentini, Ristrutturazione capitalistica e sfruttamento operai in Italia negli anni '20, in: „Rivista storica del socialismo", 30, 1967, S. 134 ff., um hier neben der Untersuchung von Grifone nur einige der wichtigsten zu nennen.

den sollen. Dieses Institut soll hinfort die Banken bei der Kreditvergabe ersetzen und dabei nicht mehr, wie das Istituto di Liquidazioni, auf die Staatsbank zurückgreifen, sondern sich auf die mit Staatsgarantien versehenen Sparguthaben stützen, um wenigstens den Schein von Autonomie zu erhalten. Da sich diese wirtschaftliche Autonomie jedoch nicht einstellte und der Staatsschatz nach wie vor stark belastet wurde, gründete man am 23. Januar 1933 ein weiteres staatliches Institut mit autonomer Verwaltung, das IRI, dem der Staat die Aufgabe übertrug, die Sanierung des Kreditwesens zu vollenden, gleichzeitig aber auch den „industriellen Wiederaufbau" in Angriff zu nehmen.

Während die Banken vor 1933 die Schaltstellen der Macht über die von ihnen finanzierten Industriegruppen waren, wurden sie nun zwar „gerettet", d. h. ihre Zahlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, gleichzeitig wurden ihre Kompetenzen aber auf die reiner Handelsbanken reduziert. Das Zentrum der Aktivität und Initiative verlagerte sich damit auf die großen industriellen Komplexe selbst, die sich nun die Banken wie Dependancen „hielten", gleichzeitig aber direkt mit dem Staat zusammenarbeiteten, der über das IRI und das IMI die Kontrolle des gesamten Kreditwesens in die Hand nahm. Das IRI wird zur entscheidenden Schaltstelle zwischen Staat und Privatwirtschaft, über die der Staat direkt in den wirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eingreifen kann.

Der Staat gelangte so binnen kurzem in den Besitz von Aktienmehrheiten aller der Betriebe, die die drei genannten Großbanken bisher kontrolliert hatten, insbesondere der Terni, der Ilva, der Salmine-Werke, der ehemaligen Ansaldo, der hauptsächlichsten Schiffahrtsgesellschaften, vieler Werften etc., d. h. ab 1933/34 war praktisch die gesamte italienische Schwerindustrie unter staatlicher Kontrolle [55]).

Im Zusammenhang mit der Kartellgesetzgebung und den seit 1927 bestehenden Steuererleichterungen bei wirtschaftlicher Konzentration muß die Einrichtung des IRI als massivster staatlicher Akt zwecks Begünstigung der am stärksten konzentrierten Industriezweige gewertet werden. Da es sich fast ausschließlich um die Rettung und Sanierung strukturell schwacher Unternehmen handelte, die grundsätzlich in Privatbesitz bleiben sollten, ist es völlig verfehlt, von einer „Staatsindustrie" oder gar von Verstaatlichung zu sprechen. Der Aufgabenbereich dieser staatlichen bzw. halbstaatlichen Institutionen beschränkte sich nur auf finanzielle Hilfe und rein administrative Kontrolle [56]), ohne programmatisch tätig zu werden. Genau das nahmen die Technokraten des späten Faschismus zum Ausgangspunkt ihrer Kritik und forderten die „programmazione".

Am 23. März 1936 hatte Mussolini in seiner programmatischen Rede über den „Regulationsplan der neuen italienischen Wirtschaft" für den staatlichen Eingriff folgende Möglichkeiten aufgezeigt und dabei besonders die Stellung der staatlich und privat gemischten Gesellschaften (società miste) betont, wie sie schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges diskutiert worden waren (die sogenannten „economia associata"): „Wird der staatliche Eingriff in diesen großen Industrieeinheiten direkt oder indirekt sein? Wird er die Form der Verwaltung oder der Kontrolle annehmen? In einigen Zweigen kann es direkte Verwaltung sein, in ande-

55) Vgl. Grifone, a. a. O., S. 105, und Ministero per la Costituente, a. a. O., Bd. Ind. I, S. 25: „In der Eisenindustrie ist der staatliche Anteil beachtlich; sie wird in der Tat vorwiegend durch das IRI kontrolliert. 84 % der Gußeisen- und Stahlproduktion ist in nur 6 Betrieben oder Industriegruppen konzentriert, und 57 % ist Produkt aus staatlichen Betrieben".

56) Vgl. auch R. Morandi, a. a. O., S. 287 f.: „Obwohl er von Rechts wegen alle Besitztitel hatte, entzieht sich der faschistische Staat mit äußerster Unbefangenheit den Verpflichtungen, die daraus entstehen, ein solches Vermögen zu verwalten und einen derartig riesigen Schalthebel im Interesse der Allgemeinheit zu benutzen. (. . .) Wie man sieht, ist es also unpassend, von einer Staatsindustrie zu sprechen . . ."

ren indirekte, in anderen eine wirksame Kontrolle. Man kann auch an gemischte Unternehmen denken, in denen Staat und Privatleute das Kapital bilden und die Verwaltung gemeinsam organisieren" [57]).

Am 24. Juni 1937 wurde das IRI schließlich auch offiziell zur permanenten Einrichtung erklärt. In seiner definitiven Form übernahm es die Rolle eines Finanzinstituts mit Aktienanteilen (Holding); seine hauptsächliche Aktivität bestand nach wie vor in der Sanierung, dem „salvataggio", der in Schwierigkeiten geratenen Finanz- und Industriegruppen. Während es sich in dieser Zeit immer stärker denjenigen Industriezweigen zuwendet, die für die Landesverteidigung und die wirtschaftliche Autarkie von Interesse sind (wenig später werden es nur noch die sogenannten „Schlüsselindustrien" sein [58]), und sich der Staat somit das geeignete Instrument für die Kriegsvorbereitung schuf, behalten die vom IRI kontrollierten Gruppen und Unternehmen die Form von Aktiengesellschaften bei, um den Übergang in reinen Privatbesitz zu erleichtern, wenn erst einmal die Schwierigkeiten behoben sein würden [59]).

Die Bedeutung des IRI für den Konzentrations- und Reorganisationsprozeß des italienischen Kapitalismus läßt sich mit Grifone folgendermaßen zusammenfassen: „Mittels des IRI verbindet sich der Staat mit der Privatinitiative, saniert die Unternehmen, deren Haupt er schon ausschließlich ist, und beschreitet neue und riskante Wege. In der Zwischenzeit stärken sich die Privatgruppen mit Hilfe des Staates, gehen zu größeren Konzentrationen über und schicken sich an, wieder völlig in den Besitz der Betriebe zu gelangen, die sie teilweise oder ganz während einer Periode der Erholung dem Staat überlassen haben" [60]).

Doch der faschistische Staat kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn er, um als glaubwürdiger Mittler zwischen den Kreditinstituten und den Sparern auftreten zu können, rigoros für die Geldwertstabilität eintritt, was ab 1934 immer schwieriger wird.

Die tatsächliche Konzentration von Besitztiteln in staatlicher Hand mag aus den wichtigsten Operationen des IRI Mitte der 30er Jahre hervorgehen: 1936 wird mit Hilfe von staatlich garantierten Obligationen im Werte von 900 Mio Lire die Holding Finmare gegründet, über die das IRI in den Besitz des größten Teils der Schiffahrtlinien gerät. 1937 findet für die Metallindustrie eine ähnlich groß angelegte Operation statt, wobei das IRI die Holding Finsider gründet und ihr wiederum über Staatsobligationen den „Wiederaufbau" und die Erweiterung der ohnehin schon in ihrem Besitz befindlichen großen Eisen- und Stahlwerke (Terni, Ilva, die Ex-Ansaldo [Siac] etc.) überträgt. Zwischen 1937 und 1939 schließlich erwirbt es nicht nur die hauptsächlichen Werften und metallverarbeitenden Unternehmen (vor allem die gerade erst gerettete Alfa-Romeo), sondern dehnt seine Aktivitäten auf die Telephongruppe Stet, auf die Elektro-Industrie und auf die Fabrikation von Kunstfasern, Zellulose und synthetischem Gummi (zusammen mit Pirelli) aus. Der Grad der hier erreichten Konzentration geht aus der Zahl der Fusionen hervor. Während von 1883 bis zu Beginn der faschistischen Herrschaft nur 219 Fusionen stattgefunden haben, so steigen ab 1923,

57) Opera Omnia, XXVII, S. 245.
58) Außerhalb des IRI bleiben hauptsächlich Elektro-Industrie-Unternehmen wie Edison, Sip, Montecatini etc., die in der holding „Ferrovie Meridionali", sozusagen dem privatwirtschaftlichen Gegenstück zum IRI, organisiert waren.
59) Dazu bes. Grifone, a. a. O., S. 175; über die Rolle des IRI bei der Kriegsvorbereitung vgl. auch den schon erwähnten faschistischen Wirtschaftsfachmann Guarnieri, a. a. O., Bd. I, S. 314, sowie R. Romeo, Breve storia della grande industria in Italia, Bologna 1963, S. 125 f.
60) Grifone, a. a. O., S. 175.

kurz danach auch infolge von Steuererleichterungen, die Fusionen sprunghaft an, allein im Jahre 1943 auf 452 mit einem Kapital von 3 Mrd Lire [61]).

Schon am 26. Mai 1934 hatte Mussolini erklären können: „Ich muß lachen — lachen und weinen, beides zusammen, wenn ich diejenigen höre, die noch von einer liberalen Wirtschaft sprechen. Aber 3/4 der italienischen industriellen und landwirtschaftlichen Ökonomie ist doch auf den Armen des Staates! Und wenn ich darauf aus wäre (...) in Italien den Staatskapitalismus oder den Staatssozialismus einzuführen (...), so hätte ich heute die notwendigen und objektiven Bedingungen, um es zu tun" [62]).

Doch weit entfernt von einem derartigen Ziel, vergesellschaftet der Staat nur die Verluste und kann die damit verbundenen Konsequenzen: Erhöhung der Staatsausgaben, Erhöhung des Geldumlaufs. Preissteigerung, Geldentwertung, Lohnkürzungen, Steuererhöhungen etc. trotz der verzweifelten Anstrengung, den Kurs der Lira von 1927 beizubehalten, nicht aufhalten.

Aufgrund der besonderen Ausgangsposition des italienischen Kapitalismus konnte der Staat, der seit jeher das „Sicherheitsventil" der Wirtschaft gewesen war, nun in der Krisensituation der beginnenden 30er Jahre früher und mit effizienterer politischer Absicherung als andere Staaten staatliche Regulationsmechanismen durchsetzen und die Vorteile einer „gemischten Wirtschaft" (wie z. B. die auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch florierenden Unternehmen Anic und Agip) erproben. Es muß noch einmal betont werden, daß damit weder Nationalisierungs- noch Planungsvorhaben verbunden waren. Der Staat wurde lediglich als „deus ex machina" [63]) zwecks Sanierung und Rationalisierung der privaten Unternehmen angesehen, und der bereits mehrfach zitierte Guarnieri schreibt dazu in schöner Offenheit: „Mir scheint, man kann es als sicher annehmen, daß die Verständigungspolitik (zwischen Staat und Privatwirtschaft, K. P.) der Industrie half, die Krise der Jahre 1930—1934 zu überwinden, so wie er ihr geholfen hatte, die vorhergehende, die die Währungsreform begleitete, zu überwinden, weil sie wenigstens zeitweise die Formen der destruktiven Konkurrenz ausschloß. Indem sie die Märkte ordnete und die Konzentration der Arbeit begünstigte, gestattete sie der Industrie, sich mit größter Ruhe der eigenen inneren technischen und administrativen Reorganisation zu widmen, dadurch, daß sie die Ausgaben verkürzte, die Maschinen erneuerte, neue Arbeitsquellen und neue Produkte suchte (...)" [64]).

Schlußbemerkungen

Der symbiotische Antagonismus zwischen kleinbürgerlichem, potentiell antikapitalistischen Faschismus der Massen und dem großbürgerlich-bürokratischen Faschismus „von oben" wird überwunden zugunsten des letzteren, der nun allerdings ideologisch der „Bewegung" Rechnung tragen muß. Jeder historisch relevant gewordene Faschismus, der deutsche, der italienische, der japanische [65]), kennt diesen „Umschlag".

Man würde allerdings unhistorisch verfahren, wollte man darin eine gesetzmäßige Konstante, eine konstitutive Grundvoraussetzung sehen, die gegeben

61) Angaben nach: Ministero per la Costituente . ., a. a. O., Bd. Ind. I, S. 330 ff., vgl. auch Grifone, a. a. O, Kap. VIII, bes. S. 176 ff.
62) Opera Omnia, XXVI, S. 256.
63) S. Lombardini, Italia Fascism and the Economy, in: The Nature of Fascism, a. a. O., S. 161.
64) Guarnieri, a. a.O., Bd. I, S. 287.
65) Vgl. Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, dt. Ausg. Frankfurt/M 1969, S. 350 f.

sein muß, wenn man auch in Zukunft von Faschismus sprechen will. Von Marx stammt das Wort, daß sich historische Erscheinungen das erstemal als „Tragödie", das zweitemal als „lumpige Farce" darstellen. Politische Erscheinungen der Gegenwart, die sich mechanisch und nostalgisch als Wiederholung und Reproduktion historischer Erfahrungen verstehen (z. B. neofaschistische Gruppierungen) verdecken als (keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmende) Farce Tendenzen, die den Keim einer neuen „Tragödie" in sich tragen. Schon der historische Faschismus ist nicht einfach durch Kennzeichnungen wie „Führerprinzip", „Aufhebung des Rechtsstaats", „Terrorregime" zu fassen. Der japanische Faschismus kam ohne „Führer" aus [66]), der italienische mußte, gerade um den prekären Terror der eigenen Basis auszuschalten, legal werden. Fatal wäre es allerdings, umgekehrt daraus zu folgern, jede reaktionäre Äußerung, jeder Polizeieinsatz seien folglich faschistisch. Schon 1928 stellte Togliatti auf dem Hintergrund einer begrenzten historischen Erfahrung fest, daß es sich dabei nicht einfach um eine terminologische Frage handele: „Wenn man es für richtig hält, die Bezeichnung Faschismus auf jede Form der Reaktion anzuwenden, so möge man es tun. Aber ich verstehe nicht, welchen Vorteil dies hätte außer vielleicht in der Agitation. Die Realität ist eine andere. Der Faschismus ist eine besondere, spezifische Form der Reaktion, und es ist notwendig, zu verstehen, worin diese Besonderheit besteht" [67]).

Diese „Besonderheit" aber gilt es, jeweils historisch neu zu bestimmen.

Während Rocco bereits nach dem Ersten Weltkrieg eine gesellschaftliche Organisation nach dem Modell eines Industriebetriebes vorschwebte (das „integrale Syndikat", in dem die „autodifesa" von Kapital und Arbeit ersetzt wird durch die staatliche Konfliktregulierungskompetenz), wurde dieser Entwurf historisch erst 1932/33 eingeholt mit der sich abzeichnenden Perspektive einer tendenziellen Fortentwicklung des Staates zum „realen Gesamtkapitalisten". Hier scheint mir derjenige Aspekt des italienischen Faschismus zu liegen, der, historisch verfrüht und nicht voll zum Zuge gekommen, Modell der Zukunft sein könnte [68]).

Zu fragen wäre, ob heutige „präventive Formierungstendenzen" auf eine neue Form des Faschismus „von oben" hinauslaufen und damit die alten Verlaufsmodelle auf den Kopf gestellt würden [69]), oder ob es sich dabei nicht vielmehr um Vorbeugemaßnahmen handelt, die genau das vermeiden könnten, was den historischen Faschismus so störanfällig, so irrational in seinen Erscheinungsformen und letztlich auch so inkonsequent hat werden lassen: das Einlassen auf eine Massenbewegung. Von einem Faschismus ohne Massenbasis zu sprechen aber hat wenig Sinn, theoretisch wie praktisch.

---

66) Ebd., S. 355.
67) Palmiro Togliatti, A proposito del fascismo, in: C. Casucci (Hrsg.): Il fascismo, Antologia di scritti critici, Bologna 1961, S. 281 f.
68) Die Aktualität Roccos wird deutlich, wenn man (stellvertretend für andere Analysen über den gleichen Sachverhalt) liest: Gert Schäfer, Leitlinien stabilitätskonformen Verhaltens, Entwicklungsperspektiven und Gewaltpotentiale rationalisierter Herrschaftsinteressen, in: Der CDU-Staat 2, Analysen zur Verfassungswirklichkeit, hrsg. von G. Schäfer und C. Nedelmann, Frankfurt/M 1969, S. 425 ff.
69) Vgl. dazu André Glucksmann, Der alte und der neue Faschismus, in: Foucault/Geismar/Glucksmann u. a.: Neuer Faschismus, Neue Demokratie, Berlin (West) 1972, der diese Umkehrung bereits für eine ausgemachte Sache hält und trotz z. T. scharfsichtiger Bemerkungen nicht immer der Gefahr entgeht, offenkundige Faschisierungstendenzen mit bereits vollzogenem Faschismus gleichzusetzen bzw. jede Form von Repression für faschistisch zu erklären. Daß er gerade bei der Frage nach möglichen neuen Formen von Massendisziplinierung etc. die alte (und schon damals falsche) Sozialfaschismus-These bemühen muß (S. 67) bringt das Problem nicht um einen Schritt weiter. Dazu auch: Johannes Agnoli, Zur Faschismus-Diskussion (1), in: „Berliner Zeitschrift für Politologie", Nr. 2, 1968, S. 24 ff., der die Frage nach einer möglichen „neuen Qualität" eines zeitgenössischen Faschismus ebenfalls als Problem aufwirft.

Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker*)

Von Peter Hess

Politische Hintergründe

Die Diskussion zu Fragen des heutigen Kapitalismus hat auch in der Bundesrepublik einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, und das ist zwar günstig für die Entwicklung der Theorie, wie immer man im einzelnen die Beiträge einschätzt, macht es aber auch notwendig, sich der Mühe zu unterziehen, aus der Fülle von Einzelfragen die Kernprobleme herauszufinden. Ich mußte mich hierbei entscheiden, ob ich mich im Gewühl der „rein" politökonomischen Gefechte herumschlagen und dabei auch *im einzelnen* gegen Mißverständnisse, falsche Auffassungen, Fehlinterpretationen und direkte Fälschungen zur Wehr setzen oder den Versuch machen sollte, meine Position ohne viel Polemik zu einigen Hauptfragen darzulegen, um von daher zu einigen politischen Fragen vorzudringen, die, ausgesprochen oder unausgesprochen, bewußt oder unbewußt der Diskussion zugrundeliegen. Das letztere schien mir nicht nur geboten, sondern auch am ehesten in der kurzen Zeit machbar. Je mehr ich in Vorbereitung auf die heutige Veranstaltung die Ansichten der Kritiker der kommunistischen Auffassung vom heutigen Kapitalismus studierte, desto stärker wurde allerdings der Reiz, auf eine Vielzahl einzelner politökonomischer Fragen einzugehen. Erst vor einigen Tagen habe ich beispielsweise die Kritik Margarethe Wirths [1]) an Robert Katzensteins Beitrag zum staatsmonopolistischen Kapitalismus während der Diskussion am Otto-Suhr-Institut in Westberlin im vorigen Jahr gelesen. Da stellte sich zu meiner großen Überraschung heraus — ich habe nämlich Margarethe Wirth in Frankfurt einmal als überlegte Diskussionsteilnehmerin erlebt —, daß bereits der nur vier Druckseiten umfassende einleitende Teil ihres Beitrags eine verwirrende Vielfalt von nach meiner Überzeugung grundlegenden Fehlleistungen im Hinblick auf die Marxsche ökonomische Theorie bietet. Als ich dann Arbeiten anderer Kritiker zur Hand nahm, z. B. von Christel Neusüß [2]) und Joachim Schubert [3]), mußte ich die gleichen teilweise frappierenden Unkenntnisse und Fehlinterpretationen feststellen. Dabei dreht es sich nicht um Randprobleme oder offene Fragen. Es geht um solche Fragen wie Wertgesetz und Konkurrenz, um den grundlegenden Mechanismus des Kapitals, um das Wesen und die Rolle der Krisen u. a. m.

Damit das nicht als unbewiesene Behauptung im Raum stehen bleibt, darf ich ein Beispiel anführen, das durchaus keinen Ausnahmecharakter trägt. Joachim

*) Bei dem nachstehenden Artikel handelt es sich um die vom Verfasser für den Abdruck in den „Blättern" durchgesehene Fassung eines Vortrags, der am 8. April 1974 an der Universität Marburg gehalten wurde und starke Beachtung gefunden hat. Professor Peter Hess, Abteilungsleiter am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin, ist einer der profiliertesten Kenner der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der DDR. D. Red.

1) Margarethe Wirth, Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: „Probleme des Klassenkampfes" („Prokla"), 8/9 1973.

2) Christel Neusüß, Imperialismusanalyse und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972.

3) Joachim Schubert, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — Kritik der zentralen Aussagen. In: „Mehrwert", Nr. 4, September 1973, S. 1—102.

Schubert hat in der Zeitschrift „Mehrwert" [4]) einen fast hundertseitigen Beitrag zur Kritik — wie er sagt — zentraler Aussagen des staatsmonopolistischen Kapitalismus veröffentlicht. Da heißt es auf S. 45 z. B., daß die Ware zur herrschenden Kategorie wird in dem Maße, „wie sich die freie Konkurrenz als Synonym für die kapitalistische Produktionsweise historisch durchsetzt". Und dann zitiert er Marx wie folgt: „Keine Kategorie der bürgerlichen Ökonomie, nicht die erste, z. B. die Bestimmung des Werts, wird daher erst wirklich durch die freie Konkurrenz, d. h. den wirklichen Prozeß des Kapitals, der als Wechselwirkung der Kapitalien aufeinander erscheint . . ." [5]). Schlimm ist, daß Schubert nicht einmal merkt, daß sein Marx-Zitat genau das Gegenteil dessen besagt, was er gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus beweisen will. Man soll nicht meinen, daß ich hier kleinlich an einer geringfügigen Ungenauigkeit herumdeuteln würde. Diese Frage ist deswegen grundlegend, weil Schubert wie Neusüß, Wirth und andere unserer Auffassung vom Monopol als Negation der freien Konkurrenz damit entgegentreten, daß damit faktisch die Wahrheit der allgemeinen Bestimmungen des Kapitals aufgehoben würde. Ähnliches findet man beispielsweise bei Neusüß [6]), wo diese nebenbei vom Wesen eines ökonomischen Gesetzes eine Auffassung vertritt, daß Gott erbarm. Ich gestatte mir, noch ein Zitat zum Gebrauch durch die Hohepriester der Marx-Rezeption, die uns unentwegt „mangelhafte Marx-Rezeption" vorwerfen, hinzuzufügen: „Die Konkurrenz überhaupt, dieser wesentliche Lokomotor der bürgerlichen Ökonomie, etabliert nicht ihre Gesetze, sondern ist deren Exekutor. Illimited competition ist darum nicht die Voraussetzung für die Wahrheit der ökonomischen Gesetze, sondern die Folge — die Erscheinungsform, worin sich ihre Notwendigkeit realisiert" [7]).

Wer unvoreingenommen ist, wird zugeben müssen, daß schon hier eine Grundprämisse der „linken" Kritik an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus arg angeschlagen ist.

Aber genug der Zitate. Wenn die strengen Kritiker Lenins (das ist jetzt bei einigen Leuten Mode) und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (das gehört bei ihnen zum guten Ton) sich nicht dem Verdacht der wissenschaftlichen Unredlichkeit zugunsten eines politischen Vorurteils aussetzen wollen, dann müssen sie sich schon theoretisch gründlicher und unvoreingenommen in die Probleme hineindenken. Es wird immer noch Raum für Diskussionen geben, auch wenn es ihnen nicht gelingen kann, uns der Unkenntnis oder der Fehlinterpretation von Marx zu überführen. Wir jedenfalls erheben keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit. Unsere Ansichten entwickeln sich mit dem Gegenstand, in der Diskussion und der Auseinandersetzung. Man kann immer noch diskutieren, ohne Lenin zu fälschen [8]). Man kann immer noch diskutieren, ohne Kommunisten dumme Unterstellungen zu machen. So z. B. zitiert Schubert ein DDR-Ökonomenkollektiv, das sagt, daß die staatsmonopolistische Entwicklung Probleme in den Mittelpunkt rückt, deren Lösung nicht unmittelbar Sozialismus bedeutet, und schließt daraus, daß diese Ökonomen damit der ökonomischen Überfälligkeit des kapitalistischen Systems keine zentrale Bedeutung beimessen [9]). Neusüß, Wirth und Schubert sind nur drei von denjenigen, die heutzutage mit großem polemischen Aufwand und einer Überfülle von meist falschplazierten Marxzitaten einen eigentlich nicht ganz verständlichen Kampf führen. Was ihnen

4) Ebd.
5) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 545.
6) Christel Neusüß, a. a. O., S. 64.
7) Karl Marx, Grundrisse . . ., S. 450.
8) So z. B. Wirth, „Prokla", 8/9 1973, S. 24 ff.; Schubert, a. a. O., S. 9; Neusüß, a. a. O., S. 38 ff.
9) A. a. O., S. 65.

aber klar ist, und darin stimmen wir überein, ist die Bedeutung der Theorie für den Klassenkampf. Es gibt andere „Kritiker", die ein solches Verständnis total vermissen lassen. Von den bürgerlichen und rechten sozialdemokratischen Ideologen des Imperialismus will ich gar nicht erst reden. Das trifft beispielsweise aber auch auf die „Anti-Stamokap"-Diskutanten bei den Jungsozialisten zu, die die Revolutionstheorie der Kommunisten als systemstabilisierend begreifen — wie z. B. bei Horst Heimann nachzulesen ist [10]). Bei ihm, wie bei Strasser oder bei Christian Schmidt und Genossen in ihrem Beitrag zur Strategiedebatte in der Juso-Landesorganisation Hamburg, wird weitgehend atheoretisch und vordergründig politisch diskutiert.

Mir schien es notwendig, diese Bemerkungen der Darstellung meines Standpunktes zu einigen Hauptfragen vorwegzuschicken. Es ist offenkundig, daß die Leninsche Imperialismustheorie, deren immanenter Bestandteil die Auffassung vom heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistischem Kapitalismus ist, als Abweichung von Marx dargestellt wird, um eine der Plattform der kommunistischen Parteien entgegengesetzte Linie zu begründen. Diejenigen, die da scheinbar als Gralshüter der Theorie auftreten, zeigen aber — um es ganz unterkühlt zu formulieren — zumindest eine nicht ganz zureichende Beherrschung der Theorie und der Methode von Marx. Wem kann man es da verübeln, wenn der Verdacht aufkommt, daß es vielleicht gar nicht um die Verteidigung von Marx ginge? Dennoch ist es meine Überzeugung, daß die Mehrzahl derjenigen Intellektuellen, die links denken und fühlen, aber den Kommunisten in grundsätzlichen Fragen kritisch gegenüberstehen, von theoretischen Irrtümern zu politischen Positionen gelangen, denen man natürlich widersprechen muß, während einige wenige von einer politischen Antiposition ausgehen und dieser ihre sogenannten „Theorien" unterordnen. Bei diesen ist es wichtig und berechtigt, ihre Motive aufzuzeigen, statt sich in detaillierte Diskussionen einzulassen. Möge sich jeder die Jacke anziehen, die ihm paßt. Was mich betrifft, so führe ich die theoretische Diskussion in der Hoffnung, einen kleinen Beitrag zum Bemühen der Kommunisten leisten zu können, alles was wirklich antikapitalistisch ist und sich dem Kampf der Arbeiterklasse und dem Sozialismus verpflichtet fühlt, auf gemeinsamen theoretischen Positionen zu vereinigen.

Die Auffassung, daß der Imperialismus, der heutige Kapitalismus eben staatsmonopolistischer Kapitalismus ist, ergibt sich aus der Untersuchung der objektiven Bedingungen des kapitalistischen Profitsystems auf seiner heutigen Entwicklungsstufe, d. h. aus den objektiven Bedingungen, unter denen die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft leben und kämpfen, d. h. also aus den objektiven Bedingungen der revolutionären Arbeiterbewegung. Deswegen, im Gegensatz zu den vordergründig verleumderischen Auffassungen von Mandel oder auch von Petrowsky [11]), ist diese Auffassung die theoretische Grundlage der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung, der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt. Und deswegen wird sie so heftig von den Gegnern der kommunistischen Weltbewegung bekämpft. Das wird verschiedentlich auch offen gesagt. So Rolf Ebbinghausen und Rainer Winkelmann: „Zum Angriffspunkt ist sie (die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — d. Verf.) dabei bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer aktuellen Relevanz als analytischer Begründungszusammenhang für die gegenwärtige Taktik der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas geworden" [12]).

10) Horst Heimann, Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramme, Reinbek 1973, S. 22.
11) In: „Prokla", Heft 1.
12) Rolf Ebbinghausen/Rainer Winkelmann, Zur aktuellen politischen Bedeutung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und zum Stellenwert einer Kritik ihrer Marx-Rezeption. In: Dieselben (Hrsg.), Monopol und Staat, Frankfurt/M 1974, S. 9.

Natürlich stimmt diese Aussage im einzelnen weder hinten noch vorne. Denn es handelt sich weder nur um den „Begründungszusammenhang", noch nur um „Taktik" oder nur um die „kapitalistischen Länder Europas". Aber daß die Kritik politisch bedingt ist, stimmt völlig, und nur so ist sie zu begreifen und auch im einzelnen zu verstehen, nur so ist ihr zu begegnen.

Vordergründig liegt allen Meinungsverschiedenheiten, soweit sie theoretisch begründet werden, die unterschiedliche Auffassung vom Monopol zugrunde. Ich will und kann hier nicht alles wiederholen, was Dutzende von Malen geschrieben und gesagt wurde. Vielmehr möchte ich die Aufmerksamkeit zunächst auf einige theoretische Gesichtspunkte lenken, die mir zum Verständnis wesentlich erscheinen.

Profittheorie als theoretisch-methodologische Grundlage

Der Kapitalismus ist immer ein Profitsystem und nur als solches in jeder Hinsicht zu begreifen. Muß das so betont werden, ist das nicht unbestritten? Verbal wohl, aber oft wird diese Aussage wie ein nicht weiter zu erläuterndes Axiom behandelt. Es scheint jedoch notwendig zu sein, weiter über sie nachzudenken; denn sie darf kein Glaubensbekenntnis werden, das man als Fahne vor sich herträgt, um dann in der aktuellen Arbeit zu sogenannten konkreten Dingen überzugehen. Die wissenschaftliche Antwort auf die Frage, was es heißt, daß der Kapitalismus auf allen Stufen der Entwicklung seinem Wesen nach ein Profitsystem ist, kann nur sein, daß hier der Profit — darin eingeschlossen die *Bedingungen* seiner Produktion, d. h. die Anforderungen der Kapitalakkumulation, seine Rückverwandlung in Kapital — *objektiver Selbstzweck* ist, dessen zwangsweise Verfolgung die gesamte ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung bestimmt, dem alle subjektiven Handlungen der Kapitalisten, ob individuell oder kollektiv, zugrundeliegen. Als Privateigentümer von Produktionsmitteln, als Personifizierung des Kapitals kann der Kapitalist nur existieren, wenn er soviel Profit produziert, wie ihm *unter den gegebenen Produktionsbedingungen* von der Konkurrenz *aufgezwungen* wird. Hinter den Konkurrenten im Hinblick auf das Ausmaß der Profitproduktion zurückzubleiben, heißt enteignet zu werden. Hieraus folgt, daß das Kapital (und subjektiv folglich der Kapitalist) *nur* auf Profitzwänge reagiert und bei Strafe des Untergangs auch nur reagieren kann.

Auch für die Monopoltheorie gilt, daß man absolut *nichts* vom Kapitalismus verstehen kann, wenn man nicht hiervon ausgeht. Die Grundlage des geschichtlichen Prozesses der Gesellschaftsentwicklung überhaupt ist die Entwicklung der Produktivkräfte. Das Kapital als historisch notwendige und vorübergehende Form entwickelt die Produktivkräfte als Voraussetzung und Mittel der Profitproduktion und verschlechtert eben dadurch tendenziell die Möglichkeiten der Profitproduktion. Das ist der Kern der ökonomischen Theorie von Marx, der Kern der „Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft", wie Lenin „Das Kapital" nannte.

Denn es genügt nicht, wenn man anerkennt, daß die Produktion von Profit erstes Ziel im Kapitalismus ist. Dieser Satz wird heute auch von vielen bürgerlichen Theoretikern anerkannt. Die Dialektik, die den revolutionären Zündstoff enthält und deren Verständnis folglich das Klasseninteresse der Arbeiter voraussetzt, besteht darin, daß Produktivkraftentwicklung als Voraussetzung und Mittel der Profitproduktion unabdingbar die Kapitalverwertung immer wieder in Frage stellt, daß das Ziel der kapitalistischen Produktion ständig in Konflikt mit den zu seiner Verwirklichung angewandten Mitteln gerät, daß die Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft unvermeidlich ihren kapitalistischen Ausdruck in einer

sinkenden Tendenz der Profitrate findet. Für den Kapitalismus ergibt sich gerade hieraus einerseits der schrankenlose Trieb zur Entwicklung der Produktivkräfte, ohne Rücksicht auf seine Schranken, wodurch diese ständig neu und höher errichtet werden, andererseits die fortwährende Produktion von Kapital, das bei den gegebenen Profitbedingungen und Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion unfähig zur Anlage, also relativ überschüssig ist. Beide Tendenzen sind Ausdruck des grundlegenden Widerspruchs des Kapitalismus in allen Phasen seiner Entwicklung zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, der zu einem wachsenden Druck auf die Verwertungsbedingungen führt. Dieser Druck besteht darin, daß zur Bewältigung der sich entwickelnden Produktivkräfte, der jeweils neuen Produktionsanforderungen der Gesellschaft, deren Berücksichtigung im Kapitalismus durch die Konkurrenz erzwungen wird, das Kapital in *konzentrierten Massen* und in *Formen* vorhanden sein muß, daß diese Aufgaben nicht *überhaupt,* sondern *profitbringend,* als privatkapitalistisches Geschäft durchzuführen sind.

Ist somit der schrankenlose Trieb zur Entwicklung der Produktivkräfte Ausdruck des Profitstrebens, so gleichermaßen der *ständige Zwang,* die objektiv notwendigen *Bedingungen* der Profitproduktion, die die Tendenz haben, sich zu verschlechtern, zu entwickeln. So nur, *und grundlegend durch nichts anderes,* lassen sich Konzentration und Zentralisation des Kapitals erklären, hier ist die objektive Triebkraft für die Herausbildung des Monopols und seiner Formen sowie für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. *Deswegen* ist dieses Gesetz das vom historischen Standpunkt wichtigste, das für die bürgerliche Ökonomie wegen seines revolutionären Inhalts ein „großes Mysterium" war, ist und bleibt.

Es ist geradezu witzig, wenn Neusüß [13]), Wirth [14]), Schubert [15]) und andere Konzentration und Zentralisation, Monopol und seine Attribute usw. der Verwertungsproblematik *gegenüberstellen.* Zugegeben, verschiedene Autoren räumen der Verwertungsproblematik einen unterschiedlichen Stellenwert ein, hierüber wird unter Marxisten, gerade weil es eine zentrale Frage ist, lebhaft diskutiert. Wenn aber die „Kritiker" unentwegt sagen, nicht Konzentration, nicht Herrschaft und Gewalt, nicht Staat, *sondern* die Verwertungsbedingungen lägen den Widersprüchen und Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft zugrunde, dann ist das, um es höflich auszudrücken, ein grundlegendes Mißverständnis.

Profit und Monopol — die Eigentumsfrage

Kein Marxist trennt die Monopolproblematik vom kapitalistischen Profitstreben. Der Profit aber ist eine bestimmte historische Aneignungsweise der Ergebnisse der Produktion. Diese Aneignungsweise ist identisch, setzt voraus und hat immer wieder zum Ergebnis, daß die *sachlichen* Bedingungen der Produktion sich als kapitalistisches *Eigentum* mit ihrem Träger, dem Kapitalisten, gegenüber den von den sachlichen Produktionsbedingungen getrennten *subjektiven* Produktionsbedingungen, also dem eigentumslosen Arbeiter, dem Träger der Lohnarbeit, darstellen. Die durch die Entwicklung der Produktivkräfte sich verändernden Anforderungen an die Produktion von Profit stellen sich so notwendig dar als Stufen in der Entwicklung des kapitalistischen Eigentums. *Diese Entwicklungsstufen des kapitalistischen Eigentums sind notwendige Formen eines kapitalistischen Enteignungsprozesses,* ohne den es keine Entwicklung in dieser

13) So z. B. a. a. O., S. 31.
14) So z. B. a. a. O., S. 24.
15) An vielen Stellen.

Ausbeuterordnung gibt. Diese Überlegung spielt bei unseren „Kritikern" überhaupt keine Rolle, obwohl es die Frage aller Fragen ist. *Das Monopol ist nur begreiflich als eine Entwicklungsstufe des dem Kapitalismus immanenten Enteignungsprozesses,* nicht als irgendein fertiges oder irgendwie sich schlechthin vergrößerndes Machtgebilde. Nur als Enteignungsprozeß kann man die innere Kerngestalt des Monopols, seinen Funktionsmechanismus begreifen. Von dieser Seite erweist sich das Monopol als eine zwangsläufige *Stufe* der Entwicklung des Kapitalverhältnisses. *Auch von dieser Seite erweist sich die Monopoltheorie als untrennbarer Bestandteil der gesamten Theorie des Kapitalismus, und ihre Gesetze sind von dieser abzuleiten.* Man versteht, wie merkwürdig es klingt, wenn z. B. Christel Neusüß oder Petrowsky unentwegt davon sprechen, daß das Monopol *an die Stelle* des Kapitalbegriffs gesetzt würde, und Lenin eine falsche Marxrezeption vorwerfen.

Die historische Berechtigung des Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus bestand darin, daß die Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln bei den Funktionären des Kapitals, die die Produktionsmittel zur Ausbeutung des doppelt freien Lohnarbeiters zwecks Produktion von Profit einsetzten, eine gewaltige und rücksichtslose Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichte. Daß der Kapitalismus aber nur eine historisch begrenzte Produktionsweise ist, äußerte sich frühzeitig darin, daß die Enge der Eigentumsverhältnisse gegenüber der Entwicklung der Produktivkräfte durch die breite Entwicklung des Kredits, des zinstragenden Kapitals und seine vielfältigen Formen des fiktiven Kapitals, eine *Trennung des Kapitals als Eigentum, d. h. die bloße Verfügungsgewalt über Profit, vom Kapital als Funktion erzwang.*

Diese für das Verständnis des Monopols ebenfalls wesentliche Fragestellung sucht man vergeblich bei unseren theoretischen Kritikern. Diese Trennung war einerseits unerläßlich, um die historische Aufgabe des Kapitals, die Produktivkraftenwicklung, mit seiner inneren Natur, der Profitproduktion, in Übereinstimmung zu bringen und damit im Zusammenhang andererseits Ausdruck dafür, daß das Kapital seinen Reproduktionsprozeß nur vollziehen konnte, *indem seine Funktionäre zunehmend enteignet wurden.* Andererseits war sie Ausdruck der „Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise" (Marx), eben weil *die Entwicklung des kapitalistischen Eigentums* als Rahmen für Produktivkraftentwicklung *die zunehmende Enteignung, also die Durchbrechung der Eigentumsschranken der vielen Kapitalfunktionäre* voraussetzt. Und dies ist nur der historische Anzeiger für die Notwendigkeit der Enteignung der Ausbeuterklasse überhaupt. Marx sprach in diesem Zusammenhang von der „Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst", von der „Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf der Grundlage des kapitalistischen Systems selbst . . ."

Wenn wir nun den Sprung in die kapitalistische Gegenwart machen, so bleibt die rücksichtslose Entwicklung der Produktivkräfte in der Form des industriellen Kapitals einziges Mittel, Profit zu produzieren. Ist das einzelne industrielle Kapital im Ergebnis dieses Triebs rasant gewachsen und wächst es auch weiter, so noch unvergleichlich mehr die Notwendigkeit, seine Grenzen eigentumsmäßig zu durchbrechen. Das stellt sich so dar, daß das kapitalistische Eigentum in Form des monopolistischen Konzernkapitals, Bankkapitals, des staatlich mobilisierten und verwendeten Kapitals usw. jedes für sich und um so mehr in ihrer Verflechtung und Verschmelzung die Grenzen der vielen individuellen industriellen Kapitale weit überschreiten. Dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion

entspricht mehr und mehr der gesellschaftliche Charakter des Kapitals. Auf einer unendlich höheren Stufe stellt sich das Kapital heute einerseits als Eigentum *außerhalb* des Produktionsprozesses, andererseits als Funktion *im* Produktionsprozeß dar. Bedeutete die Trennung von Eigentum und Funktion im vormonopolistischen Kapitalismus die bewußte und gewollte Aufteilung des Profits in Form einer juristischen Transaktion, so handelt es sich jetzt um die Herstellung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse. Dieser von Wirth, Neusüß, Schubert u. a. so verschmähte, so mißdeutete Begriff heißt im Kern aber folgendes: Die monopolistischen Eigentümer reduzieren mit ökonomischer und außerökonomischer Macht und Gewalt alle anderen Eigentümer dauerhaft in ihren Profit- und Einkommensansprüchen, reduzieren aber auch die Masse der Funktionäre des Kapitals in ihren Ansprüchen auf einen Teil des Profits und verwandeln sie tendenziell in Bezieher eines (in der Regel recht hohen) Verwaltungslohns. Das ist nichts Subjektives, keine Aufhebung des Wertgesetzes usw. usf., wie überhaupt das von Marx wiederholt gebrauchte Wort von der Kapitalmacht, der gesellschaftlichen Macht des Kapitals, der Konzentration von Kapitalmacht die Kritiker auf sonderbare Weise reizt.

Natürlich — das muß ich gegen einige der genannten Kritiker sagen — kann man das Wesen des Monopols nur verstehen, wenn man das Wesen der Konkurrenz verstanden hat. Sie ist im Kapitalismus die notwendige Form, in der sich die Produktivkräfte innerhalb des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung durchsetzen. In einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft kann der gesellschaftliche Zusammenhang nur durch das gegenseitige Aufeinanderwirken der Kapitale hergestellt werden. Die Konkurrenz bringt den inneren Zusammenhang der äußerlich getrennten Kapitale zur Geltung, also die Erfordernisse der gesellschaftlichen Produktion unter den Bedingungen der privaten Aneignung. Da das Kapital nur als viele Kapitale existieren kann, ist kapitalistische Produktion ohne Konkurrenz nicht einmal vorstellbar. Nur: Da die Konkurrenz eben keine nur logische Abstraktion ist, wie z. B. Margarethe Wirth meint, sondern auch, und ganz im Gegensatz zu ihrer Meinung, eine *historische* Kategorie, muß man als Marxist nach den *spezifischen Formen* der gegenseitigen Einwirkung der Kapitale fragen, was die Kritiker überhaupt nicht tun. Im vormonopolistischen Kapitalismus war es die freie Konkurrenz (das ist eigentlich eine Tautologie, weil Monopol ja die Einschränkung der Freiheit des Kapitals bedeutet). Die freie Konkurrenz und nur sie bewirkte, daß der gesellschaftlich produzierte Profit sich entsprechend der Größe der beteiligten Kapitale aufteilte, was entsprechend dem damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung und der Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit eine Notwendigkeit war. Über den Durchschnittsprofit wurde die gesellschaftliche Arbeit entsprechend den damaligen Bedingungen verteilt. Das entsprach dem Begriff des Kapitals, denn der Kapitalismus entwickelte sich *historisch* seinem Begriff gemäß. Dies hat Marx analysiert. Aber der Kapitalismus seinem Begriff gemäß ist ein lebendiger Widerspruch, und Marx hat auch gezeigt, wohin dieser Widerspruch im Rahmen des Kapitalismus treibt.

Warum fällt es so schwer zu begreifen, daß die Existenzbedingungen des Kapitals, d. h. die Bedingungen, unter denen es Profit produzieren muß, sich beständig entwickeln, daß diese widerspruchsvolle Formation zu Bedingungen seiner Existenz gelangt, die seinem Begriff *tatsächlich* nicht mehr entsprechen, da sie mehr und mehr *gesellschaftliche* Anforderungen an die Produktion von Profit stellen und folglich die Negation der Freiheit des Kapitals, also der freien Konkurrenz voraussetzen? Die Begriffe Zwang, Macht, Herrschaft wollen die

Kritiker nur moralisch, nur als Kampfbegriffe, wie sie sich ausdrücken, verstehen und gelten lassen. Sie begreifen nicht, daß es um *ökonomische Notwendigkeiten* geht, solange der Kapitalismus auf dieser hohen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung fortexistiert. Sie begreifen auch nicht, daß Marx, abgesehen von vielen Einzelbemerkungen, das ökonomische Wesen der Sache im Kapital anhand der Grundrente ausführlich dargestellt hat (warum geht keiner der gestrengen Kritiker hierauf ein?), daß das für den Kapitalismus auf jener Stufe aber ein zufälliges Monopol war. Sie begreifen nicht, daß der Kapitalismus sich selbst zu negieren beginnt, wenn die objektive, ökonomische Notwendigkeit der Reduzierung aller Einkommens- und Profitbezieher zugunsten des herrschenden Großkapitals gegeben ist und durchgesetzt wird. Es sind Zwang und Herrschaft in den *ökonomischen Beziehungen,* auch und gerade in den Beziehungen der Kapitale, also monopolistische Konkurrenz, die jetzt der Exekutor der ökonomischen Gesetze wird; das ist der Inhalt der spezifischen Form der Konkurrenz, die nun wirkt; sie ist nun die Erscheinungsform, worin sich die Notwendigkeit der ökonomischen Gesetze realisiert. Dies wird in unserer Auffassung grundlegend gerade aus der Zuspitzung der Verwertungsproblematik auf einer bestimmten Stufe der Produktivkraftentwicklung erklärt. Es handelt sich um die notwendig gewaltsame Ausdehnung des für den Kapitalismus typischen Enteignungsprozesses über die unmittelbaren Produzenten hinaus auf die Kapitalisten selbst. Es ist eine Stufe des Kapitalverhältnisses, die — wie es Lenin in voller Übereinstimmung mit Marx formulierte — die Negation wesentlicher Grundeigenschaften des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus selbst bedeutet. Und ich wiederhole gern den von den Kritikern so heruntergeputzten Satz: Das Monopol widerspricht bereits dem Kapitalismus seinem Begriff gemäß, entspricht dem Kapitalismus im Stadium seines Sterbens. Von dieser sogenannten „2-Phasentheorie" wollen die Kritiker nichts wissen. Sie haben wohl nie davon gehört, daß der Kapitalismus historisch ein System *war,* das dem Fortschritt der Menschheit diente, und sich zu einem System *entwickelt hat,* das den Fortschritt aufhält und es bis zur Bedrohung der physischen Existenz der Gesellschaft gebracht hat. Wer das aber leugnet, wie alle Genannten, der kann doch nicht als Revolutionär auftreten. Worin besteht denn dann eigentlich der wissenschaftliche Inhalt seiner Kapitalismuskritik? Der ist doch aufs Moralisieren beschränkt.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Von hier aus wird die Kategorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verständlich. Ich muß auch hier auf alle Einzelheiten und auf die so dringend gebotene Widerlegung der Kritiker im einzelnen verzichten. Gehen wir von unleugbaren Fakten aus. Der imperialistische Staat vollzieht ökonomische Funktionen in der kapitalistischen Gesellschaft, aber er ist kein Produzent von Wert und Mehrwert. Dies ist, im Unterschied zu jedem Kapitalisten, auch nicht das *Ziel* seiner ökonomischen Tätigkeit. Seine Rolle im Kapitalverwertungsprozeß wird von den herrschenden Eigentumsverhältnissen und den daraus resultierenden Produktionsverhältnissen bestimmt, deren Sicherung und Aufrechterhaltung sein Ziel ist. Daß er nicht selbst dem Zwang der Kapitalverwertung unterliegt, ist der eigentliche springende Punkt zur Erklärung seiner Rolle. Er kann und muß Kapital so mobilisieren und verwenden, daß die Verwertung des monopolistischen Kapitals ermöglicht, gestützt, verbessert wird. Heutzutage kann, das wird keiner leugnen, nur dadurch die Produktion als Kapitalproduktion überhaupt noch betrieben werden. D. h. daß die ökonomische Funktion des Staates nur

auf der mit staatlichem Zwang durchgesetzten Umverteilung des Nationaleinkommens beruhen kann. Diese Umverteilung ist gegen den Mechanismus der gleichmäßigen Verteilung des Profits gerichtet, daher nennen wir sie, wissenschaftlich korrekt, „monopolistische Umverteilung", und der Staat tritt so als Monopolist kraft staatlichen Zwangs auf.

In seiner Umverteilungsfunktion erfaßt der imperialistische Staat alle Kapitalisten und Einkommensbezieher. In einem außerordentlich komplizierten System, dessen Differenzierung von großer politischer und ideologischer Bedeutung ist, reduziert er mit vielfältigen direkten und indirekten Methoden Einkommen und Profit der einen, um Profit und Einkommen der Begünstigten zu erhöhen. Dies bedeutet aber, daß der Staat gleichzeitig die Bewegung aller ökonomischen Beziehungen des Systems beeinflußt, diese in ihrer Bewegung jetzt *auch* staatlich bestimmt sind. Die staatlich Begünstigten können relativ unabhängig von ihren — sozusagen inneren — Verwertungsbedingungen akkumulieren, die Nichtbegünstigten werden relativ und auch absolut eingeschränkt. So wirkt die staatliche Monopolisierung auf die Konkurrenzverhältnisse ein, die staatlichen Maßnahmen sind niemals neutral, sie müssen letztendlich immer in Richtung einer Verstärkung der Konzentration und Zentralisation wirken. Die Darlegung zeigt aber auch, daß entgegen allen Anwürfen der Kritiker, die uns die gegenteilige Meinung unterschieben wollen, die den wirklichen Prozeß aber gerade nicht verstehen, der Staat nur *innerhalb des Kapitalverwertungssystems* seine Funktion erfüllen kann, aber auch muß, und diese Funktionen vom Kapitalverwertungssystem *bestimmt* werden.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß das staatlich mobilisierte und verwendete Kapital für sich genommen kein selbständiges Kapital ist. Kapital wird es nur im Mechanismus der Kapitalverwertung insgesamt. Dies denjenigen, die sagen, weil es sich nicht als staatliches Kapital verwertet, könne es auch kein Kapital sein. Es verwertet sich selbstverständlich. Durch den Staat wird es erst für das Monopolkapital verwertbares Kapital. Abgesehen davon beschränkt sich die staatliche Monopolisierung nicht auf staatliche Kapitalmobilisierung. So z. B. braucht eine neue Differenzierung innerhalb der Profitbesteuerung das Steueraufkommen nicht zu erhöhen und kann doch den Kapitalverwertungsprozeß stark beeinflussen; das gleiche gilt für die Veränderung von Wechselkursen usw. Der Staat kann somit der Monopolherrschaft nicht gegenübergestellt werden; er ist ein Instrument ihrer Ausdehnung und Vertiefung.

Nun ist der Staat aber eine politische Machtorganisation, die die Gesellschaft umfaßt, mit Attributen wie Parlament und Regierung, Gerichten und Gefängnissen usw. Er treibt eine Innen- und eine Außenpolitik. Er ist — im Gegensatz zu jeder Kapitalorganisation — gewissermaßen öffentlich. Er ist als politischer Apparat, nicht als Kapitalverwertungsapparat organisiert. Wenn dieser Staat im Kapitalverwertungsprozeß und nicht nur in der allgemeinen Regelung der Klassenbeziehungen eine solche Rolle spielt, und zwar zunehmend, dann stellen sich die Widersprüche eben dieses Kapitalverwertungsprozesses — das sind aber Widersprüche zwischen Klassen und innerhalb der Klassen — auch staatlich dar. Dann ist die Frage des Lohns eben nicht mehr nur eine Frage zwischen Arbeiter Müller und Kapitalist Meyer, sondern auch eine Frage der staatlichen Politik; und um so mehr alle anderen Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Das bleibt aber staatliche Politik, und um diese Politik kann, muß und wird gekämpft werden, und daher entsteht selbst für die Monopolbourgeoisie das Problem, wie sie dieses ihr Instrument sicher und dauerhaft beherrscht — im eigenen wohlverstandenen Interesse. Die Konzeptionen darüber gehen selbst inner-

halb der Monopolbourgeoisie auseinander, und der Kampf um diese Konzeptionen hat aller rhythmischen Begleitmusik ungeachtet immer einen realen Kern.

Politische Schlußfolgerungen

Ich möchte deshalb auf einige politische Schlußfolgerungen unserer Auffassung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus eingehen. Betrachten wir nur die Diskussion, die innerhalb der Arbeiterbewegung geführt wird, dann wird uns grundsätzlich Kritik aus zweierlei Richtungen entgegengehalten: Strasser, Heimann, Weisskirchen u. a. — sich auf Basso, Gorz u. a. stützend — sagen uns, wir würden die Rolle des Staates als Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals versimpeln, die Frage des antimonopolistischen, demokratischen Kampfes nur als Taktik betrachten, die Möglichkeit zum Sozialismus über „systemüberwindende Reformen" verkennen, mit der Theorie von der Revolution das System stabilisieren usw. Neusüß, Wirth, Schubert u. a. — sich teilweise auf Mandel stützend — sagen uns, wir würden die Theorie ihres revolutionären Inhalts berauben, die Fragestellung der Durchsetzung revolutionär-demokratischer Forderungen, des antimonopolistischen Bündnisses, der Erkämpfung antimonopolistischer Demokratie sei ein Abgehen von der Revolution, vom Sozialismusziel usw.

Die einen werfen uns also vor, wir seien hinterhältige Revolutionäre, die anderen, wir seien hinterhältige Nichtrevolutionäre. Gelegentlich treffen und durchkreuzen sich beide Richtungen. Eine schwierige Lage. Wie sehen wir's wirklich? Für den heutigen Kapitalismus ist die widersprüchliche Verflechtung und gegenseitige Bedingtheit ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller und ideologischer Prozesse sowie das Zusammenwirken der auf ihrer Basis entstehenden Konflikte kennzeichnend. Das rührt daher, daß der Kapitalismus als Profitsystem heute eine Vielzahl von komplexen Bedingungen der Profitproduktion berücksichtigen muß, die zum Teil auch außerhalb des unmittelbaren Produktions- und Verwertungsprozesses liegen.

Die objektiven Bedingungen, unter denen das Monopolkapital heute Profit produzieren muß, stellen gerade vielfältige *gesellschaftliche* Anforderungen im Bereich der Wissenschaft und Bildung, bei der Gestaltung der Struktur der großen gesellschaftlichen Produktionsbereiche, bei der Raumplanung, dem Umweltschutz usw. Sie stellen gleichzeitig Anforderungen im Bereich der Innen- und Außenpolitik, der Ideologie, der Gesellschaftspolitik und in anderen Bereichen. Die Schärfe des Konflikts liegt auf der Hand: In einem Produktionssystem, das auf *privater* Aneignung der Produktionsergebnisse beruht, auf der Produktion des Privatzwecks Profit, müssen in gewaltigen *gesellschaftlichen* Maßstäben Aufgaben bewältigt, müssen innere und weltweite politische Umstände, die auf die Monopolbourgeoisie zum Teil schon keinen oder mindestens keinen ausschließlichen Einfluß mehr haben, berücksichtigt werden, und das bereits teilweise *gegen* das eigentliche kapitalistische Motiv, nämlich unmittelbar, d. h. in möglichst kurzer Frist möglichst hohen Profit zu produzieren.

Zu den Bedingungen der Profitproduktion in der heutigen Welt gehört vor allem die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital im Weltmaßstab, d. h. die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus. Der Kapitalismus stößt bei der Entwicklung der Produktivkräfte sowie der Eigentums- und Produktionsverhältnisse, bei der Gestaltung seiner Herrschaftsstrukturen und der Formen der Kapitalmachtausübung beständig auf die Schranken des Sozialismus im Weltmaßstab. Der Sozialismus erscheint dem Monopolkapital in der Gegenwart als eines der wesentlichen Zwangsgesetze des Handelns.

Unausbleiblich sind die Reproduktionserfordernisse des Kapitals heute mehr und mehr komplexer Natur, die einander in ihrer Durchsetzung bedingen. Eine neue technische Stufe der Produktion verlangt zum Beispiel mehr und andere Bildung. Bildung ist aber ein Faktor, der gesellschaftliche Aufwendungen und Systeme verlangt, die ohnehin nur der Staat gewährleisten kann, so daß diese ökonomische Frage von vornherein eine politisch-staatliche wird. Bildung wirft aber auch Probleme auf im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Bildungsmonopols — das heißt letztlich auch der Herrschaft der Bourgeoisie —, mit dem Umfang, dem Inhalt und der Richtung der Bildung, bei der verschiedene Varianten der bürgerlichen Ideologie mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse konfrontiert werden. Bildung ist auch ein Kulturproblem. Wenn die politisch-gesellschaftlichen Organe der herrschenden Klasse sich mit der Bildung befassen müssen, stehen sich sofort die Kultur der Arbeiterklasse und die Kultur der Monopolbourgeoisie feindlich gegenüber. Der Einfluß des Sozialismus wirkt hier über die Forderungen der Arbeiterklasse in unmittelbarer Weise.

Wird unter diesen Bedingungen Kapital angelegt, so wird die neue Stufe des Zusammenwachsens ökonomischer, politischer, technischer, sozialer und ideologischer Probleme sichtbar. Auf dieser Basis entstehen gesellschaftliche Konflikte, die entsprechend komplexe Reaktionen des Kapitals herausfordern und eben dadurch die ökonomischen Anforderungen zu Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung machen, zu Fragen des Klassenkampfes.

Bedeutungsvoll sind hier vor allem jene Konflikte, die, heute schon absehbar, sich in den 70er und 80er Jahren zunehmend aus den neuen Reproduktionserfordernissen des Kapitals im Angesicht der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben werden. Die neuen Probleme, die mit den Erfordernissen auf dem Gebiete der Infrastruktur, dem Umweltschutz, wie überhaupt der Sicherung der physischen Lebensbedingungen, der Raumordnung, der Bildung und anderen, zusammenhängen, können vielfach nur unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Anforderungen in Angriff genommen werden.

Es sind dies zumeist gleichzeitig auch qualitativ neue Elemente der Reproduktion der wichtigsten Produktivkraft, der Arbeitskraft. Diese neuen objektiven Reproduktionsbedingungen zeigen die veränderte Stellung der Arbeiter im Reproduktionsprozeß an. Gegen diese Veränderung bzw. gegen deren reale Anerkennung stemmt sich das Kapital, weil sie letztlich die Grundvoraussetzung der kapitalistischen Ausbeutung negiert und die revolutionäre Ablösung des kapitalistischen Ausbeutungssystems voraussetzt. Die Reproduktion des Wertes der Ware Arbeitskraft kann sich auch hier nur im Kampf gegen die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals durchsetzen. Gleichzeitig ist offensichtlich, daß sich viele der neuen Elemente des Wertes der Ware Arbeitskraft nur in Form gesellschaftlicher Konsumtion realisieren können, in Formen also, die über die Möglichkeiten des privaten Kapitalverwertungssystems hinausgreifen.

Von seinen historischen Möglichkeiten her kann der Kapitalismus allen Pressionen auf die Kapitalverwertung nur durch die Vertiefung und Erweiterung seiner Ausbeutungsbasis entgegenwirken, indem der kapitalistische Enteignungsprozeß über die unmittelbaren Produzenten hinaus auf die Kapitalistenklasse selbst ausgedehnt wird, Profit umverteilt und mehr und mehr die gesamte Gesellschaft (zunehmend auch gleichgültig gegenüber den nationalen Grenzen innerhalb des kapitalistisch beherrschten Weltsystems) in das Ausbeutungsfeld

des monopolistischen Großkapitals verwandelt wird. Das bedeutet eine fortschreitende Durchbrechung der Schranken des Privatkapitals durch neue Formen und Stufen der Kapitalmachtausübung. Die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution erreichte Stufe der Vergesellschaftung spitzt diese Problematik gewaltig zu.

Es ist folglich klar, daß der imperialistische Staat, um die Herrschaft der Monopole und damit das Profitsystem aufrechtzuerhalten, mehr und mehr die Bedingungen für den Verwertungsprozeß des Kapitals schaffen muß, vor allem als monopolistischer Umverteiler von Profit und Einkommen zugunsten der Finanzoligarchie. Der Staat muß aber auch eine Vielzahl weiterer, mit seiner ökonomischen Rolle im Kapitalverwertungsprozeß eng verflochtener, aber mit dieser Rolle nicht identischer Aufgaben übernehmen. Er muß die Arbeiterbewegung in einen Rahmen zwängen, der die Verwertung einerseits nicht in Frage stellt, das System andererseits, angesichts des wachsenden Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und des Einflusses des Sozialismus, nicht gefährdet. Er muß die Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten so regeln, daß trotz verschärfter Gegensätze die Konflikte in dem heute erzwungenen Rahmen gehalten werden können. Er muß dafür sorgen, daß die monopolkapitalistische Gesellschaft auf den Kampf gegen den Sozialismus ökonomisch, politisch, militärisch und ideologisch eingestellt ist. Indem der Staat in all seinen Funktionen die Existenzbedingungen der Masse der Bevölkerung immer stärker beeinflußt, werden die ökonomisch-sozialen Auseinandersetzungen auch zu Auseinandersetzungen mit dem Staat.

Nur der imperialistische Staat kann die Bedingungen schaffen, die zur Inangriffnahme vieler neuer Aufgaben der Reproduktion des Werts der Ware Arbeitskraft, soweit das vom kapitalistischen Standpunkt überhaupt möglich ist, notwendig sind. Die Tatsache, daß der Staat eine so unerläßlich große und wachsende Rolle im Verwertungsprozeß des monopolistischen Kapitals und in der gesamten kapitalistischen Gesellschaft spielt, wirft daher auch neue Probleme für die Finanzoligarchie auf. Die Formen der Beherrschung all der politisch-gesellschaftlichen Kräfte, die auf den Staat Einfluß haben oder erlangen können, gewinnen immer größere Bedeutung für sie. Da der Staat genötigt ist, ein *historisch überlebtes System* mit Gewalt zu stützen, da er sich gegen den von der Arbeiterklasse repräsentierten historischen Fortschritt wenden muß, ist sein Wirken notwendigerweise reaktionär, repressiv, monopolistisch. Wenn in den ökonomischen Beziehungen das Prinzip des Monopols herrscht, dann kann im Überbau nicht mehr das Prinzip bürgerlicher Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit herrschen, sondern, wie Lenin sagte, politische Reaktion auf der ganzen Linie. Die Demokratisierung der Gesellschaft wird somit angesichts der immer stärkeren Zentralisation der Entscheidungen, die für die Bedürfnisbefriedigung eine wesentliche Bedeutung erreicht haben, zu einem *objektiv bedingten materiellen Bedürfnis* der Arbeiterklasse und anderer arbeitender Schichten. Dies zwingt die Monopolbourgeoisie aber, neben Repressionsmaßnahmen zu scheindemokratischen Manövern zu greifen, und auch, in Abhängigkeit von der Stärke der Arbeiterklasse, zu Zugeständnissen, um einen offenen Ausbruch der Klassenkonflikte im Maßstab der Gesellschaft zu vermeiden. Über das Ob, das Wie und das Wieviel wird innerhalb der Monopolbourgeoisie und ihrer ideologischen und politischen Wortführer mit großer Heftigkeit gestritten.

Der imperialistische Staat kann seine Aufgaben immer nur nach kapitalistischen Prinzipien durchführen, entsprechend seiner historischen Funktion im Verwer-

tungsprozeß des Kapitals. Die neuen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft werden so zu einer entscheidenden objektiven Grundlage für die Verflechtung der heutigen Reproduktionserfordernisse des Kapitals mit dem Entstehen, der Erweiterung und der Zuspitzung neuer Sozial- und Gesellschaftskonflikte. Die Arbeiterklasse gerät auf der Grundlage dieses objektiven ökonomischen Zusammenhangs direkt mit dem Staat in Konflikt, mit der gesamten gesellschaftlichen Herrschaftsorganisation, die heute in erheblichem Maße alle gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflußt. Wie gesagt, die Arbeiterklasse kann den Staat in Abhängigkeit von der Kraft und Klarheit ihrer Bewegung zu vielerlei ökonomisch-politisch-ideologischen Manövern und selbst Zugeständnissen zwingen, ist aber selbst der Gefahr der Illusionen über diesen kapitalistischen Staat und über die Ursachen der gesellschaftlichen Zwänge, die auf ihr lasten, ausgesetzt. Das wirft die Frage der Beziehung von Reform und Revolution auf. Sie ist aber mitnichten neu. Lenin kannte seine strengen Kritiker von heute.

Reform und Revolution

Während es zu Lenins Zeit die Kautskyaner waren, die Forderungen *reformistisch* stellten, die nur *revolutionär* zu stellen waren (d. h. im Hinblick auf die Vorbereitung der Revolution, nicht auf eine evolutionäre Entwicklung des Kapitalismus), wollte Bucharin diese Forderungen als „unrealisierbar" überhaupt nicht stellen, wollte folglich das Minimalprogramm der Partei über Bord werfen. Demokratische Losungen schon im Kapitalismus aufzustellen, meinten die „Imperialistischen Ökonomisten", wäre Verrat an der Losung des Sozialismus. Ich denke, einige Kritiker werden sich da wiedererkennen. Ihnen antwortete Lenin:

„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion — und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die ‚idealsten' demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen" [16]) Gerade durch die Klarstellung der Beziehungen des Kampfes für Demokratie und für Sozialismus hat Lenin im Kampf mit dem Opportunismus die Theorie der sozialistischen Revolution weiterentwickelt. Die theoretische Begründung hierfür lieferte aber die wissenschaftliche Analyse des neuen, monopolistischen Stadiums des Kapitalismus, des Imperialismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Interessante Aufschlüsse enthalten in diesem Zusammenhang die verschiedenen Diskussionen um das Parteiprogramm; ich will nur zwei eng miteinander verbundene Punkte kurz angeben: der zu verschiedenen Zeiten von Bucharin, Pjatakow, Smirnow und anderen geführte Kampf einerseits zur Streichung aller Ausführungen über den „alten Kapitalismus" und andererseits zur Liquidierung des Minimalprogramms.

Auf die erste Forderung antwortete Lenin vor allem mit folgendem wesentlichen Hinweis: „Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus" [17]).

[16]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 14.
[17]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 465.

Vom Standpunkt der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterklasse war dieser Hinweis deshalb von so großer Bedeutung, weil unter den herrschenden Bedingungen die sozialistische Revolution nicht mit einem Schlage siegen konnte. Es durfte folglich kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Teilsiege, die man über den Imperialismus errang bzw. erringen konnte, noch nicht den Endsieg über den Kapitalismus bedeuteten. Sollte der Kampf gegen den Imperialismus proletarisch-revolutionären Charakter tragen, so durfte bei der Forderung nach und der Durchsetzung von antimonopolistischen, antiimperialistischen demokratischen Maßnahmen dieser Endsieg nicht aus den Augen verloren gehen. Das zu tun, hätte bedeutet, in den vornehmlich durch Kautsky repräsentierten Sumpf der faktischen Aussöhnung mit der Bourgeoisie, des Verzichts auf die Macht der Arbeiterklasse und die revolutionäre, sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu geraten.

Lenin wies nach, daß demokratische Reformen von Revolutionären *nur* vom Standpunkt des Endziels der proletarischen Revolution gestellt werden dürfen. Den Kautskyanern hielt er entgegen: „Wir sind *für* demokratische Forderungen, wir *allein* kämpfen für sie *ohne Heuchelei,* denn die objektive historische Lage gestattet nicht, sie ohne Zusammenhang mit der sozialistischen Revolution zu stellen" [18]).

Die Forderung nach Liquidierung des Minimalprogramms aus dem Programm der Partei lief dagegen in dieser Frage faktisch darauf hinaus, auf revolutionärdemokratische Forderungen überhaupt zu verzichten, da sie ohnehin im Imperialismus „undurchführbar" seien und der Sozialismus auf der Tagesordnung stand. Das war eine „links"opportunistische Haltung. Lenin wies aber nach, daß gerade der Imperialismus die objektive Notwendigkeit hervorbringt, den Kampf um den Sozialismus mit dem Kampf um Demokratie zu verbinden, und daß der Verzicht auf diese Verbindung die Preisgabe der Revolution überhaupt bedeute. Gerade deswegen ist Lenin auf diese Frage wiederholt und in den verschiedensten Zusammenhängen in den Jahren vor der Revolution zurückgekommen. So sagte er in einem Brief an Inès Armand gegen Bucharin und Pjatakow:

„Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution *zu vereinigen,* indem man den ersten dem zweiten *unterordnet.* Darin liegt die ganze Schwierigkeit; darin liegt das ganze Wesen der Sache" [19]).

Lenin hob gegenüber dem „linken" und dem rechten Opportunismus hervor, daß, wer wirklich die proletarische Revolution anstrebe, unbedingt für Demokratie noch innerhalb der bürgerlichen Ordnung kämpfen müsse. Gerade der Kampf um die Erweiterung der Demokratie *für die Arbeiterklasse* heißt, die Positionen der Arbeiterklasse auf Kosten der Macht des Monopolkapitals zu stärken: zur Überwindung der ausweglosen Konflikte des Imperialismus, *als Schritte zur Vorbereitung der revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse* von der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt.

Dem Opportunismus aller Schattierungen hielt Lenin folgende wissenschaftliche Auffassung entgegen:

„Die sozialistische Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten

18) W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 167.
19) W. I. Lenin, Werke, Bd. 35, S. 241.

um *alle* Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endzieles müssen wir *einer jeden* unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben. Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, *bevor* sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat als eine geschichtliche Klasse die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus" [20]).

Es geht also darum, Reformen als Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Staat mit dem Blick auf die proletarische Revolution, auf die Errichtung des Sozialismus aufzufassen. In den verschiedenen Varianten gegenwärtiger bourgeoiser Ideologie ist der Staat natürlich nicht einmal Klassenstaat. Aber auch im Konzept der „systemüberwindenden Reformer" fehlt nicht nur die Revolution, es fehlt sogar ein tieferes Verständnis des Klassenkampfes, indem, gewollt oder nicht, vorausgesetzt wird, die Kapitalisten würden sich der allmählichen sozialistischen Umgestaltung durch parlamentarische Mehrheiten beugen. Die „links"opportunistischen Auffassungen vom kapitalistischen Staat laufen aber darauf hinaus, die soziale, politische und ideologisch-theoretische Vorbereitung der Revolution zu „verbieten" und dabei revolutionäre Losungen auszustoßen. Wenn wir von der großen Bedeutung des subjektiven Faktors angesichts der objektiven Reife des Systems für die Revolution sprechen, dann nennen das unsere strengen Kritiker von „links" Voluntarismus. Der Kampf um revolutionär-demokratische Forderungen wird als Verzicht auf die sozialistische Revolution denunziert.

Das heißt aber in Wirklichkeit, sein Desinteresse zu zeigen an den wirklichen, komplexen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, wie sie objektiv im Monopolkapitalismus gegeben sind und maßgeblich durch die staatsmonopolistische Herrschaftsform des Finanzkapitals bestimmt werden. Was den Staat betrifft, so sagte Lenin, der von den heutigen „Links"opportunisten nicht nur „kritisiert" wird, sondern von diesen gelegentlich auch gegen die heutigen Leninisten ausgespielt werden soll:

„Die Sozialisten treten für die Ausnutzung des modernen Staates und seiner Institutionen im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ein . . ." [21]).

Und gegen die halbanarchistischen Ansichten Bucharins, der davon redete, daß der Krieg gezeigt habe, wie tief die „Wurzeln der Staatlichkeit in die Seelen der Arbeiterschaft hineingedrungen" seien, schrieb Lenin 1916:

„Nicht die ‚Staatlichkeit' ist mit der Negation der Staatlichkeit zusammengeprallt, sondern die opportunistische Politik (d. h. die opportunistische, reformistische, bürgerliche Einstellung zum Staat) ist mit der revolutionären sozialdemokratischen Politik zusammengeprallt *(d. h. mit der revolutionären sozialdemokratischen Stellung zum bürgerlichen Staat und zur Ausnützung des Staates gegen die Bourgeoisie zum Sturz der Bourgeoisie)*" [22]).

Dieser Kampf ist angesichts seiner Kompliziertheit und der Heterogenität der neu zur Arbeiterklasse stoßenden Kräfte weniger denn je ohne die Führung durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse möglich.

[20]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 415 f.
[21]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 165/166.
[22]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 166; Hervorhebung v. Verf.

Entgegen allen bürgerlichen und revisionistischen Verfälschungen geht der Marxismus-Leninismus davon aus, daß die *Bedingungen* der sozialen Revolution nicht identisch sind mit ihrer *Durchführung*. Die Bedingungen sind überreif, das ist der Inhalt der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Krise des staatsmonopolistischen Systems. Die Durchführung hängt nicht zuletzt von der Reife der politischen Bewegung ab. Daher organisieren und führen die kommunistischen und Arbeiterparteien das Proletariat für den Kampf um seine unmittelbaren ökonomischen Interessen in enger Verbindung mit dem Kampf gegen das gesamte gesellschaftliche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, was auch den Kampf gegen den im Imperialismus unvermeidlichen Krebsschaden des Opportunismus aller Schattierungen einschließt.

Der Druck der Monopole auf alle Schichten der Gesellschaft, der Zwangstribut, den das Monopol von Arbeitern und Nichtarbeitern, selbst von kleinen und mittleren Kapitalisten erhebt, muß die antimonopolistische, die antiimperialistische Bewegung, selbst wenn man die imperialistischen Länder nur für sich betrachten würde, vielschichtig und kompliziert gestalten. Daraus ergibt sich: „Wer eine ‚reine' soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben" [23]).

Und Lenin fügte hinzu: „Die sozialistische Revolution in Europa *kann nichts anderes sein* als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen — ohne eine solche Teilnahme ist ein *Massen*kampf *nicht* möglich, ist *überhaupt keine* Revolution möglich, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineintragen. *Objektiv* aber werden sie das *Kapital* angreifen, und die klassenbewußte Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern" [24]).

[23]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 364.
[24]) Ebd.

Erziehung und Bildung

K.-H. Heinemann, Arbeit und Technik in der Erziehung. Studien zum polytechnischen Unterricht in der DDR. 173 S., DM 14,80.

F. Hofmann, Allgemeinbildung. Eine problemgeschichtliche Studie. 175 S., DM 12,80.

W. Kienitz (Hrsg.), Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen. Ein internationaler Vergleich. 389 S., DM 19,80.

J. Lompscher, Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins. 315 S., DM 19,80.

A. W. Lunatscharski, Über die Volksbildung. Aus dem Russischen. 215 S., DM 12,80.

G. Neuner, Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung. 307 S., DM 14,80.

Pahl-Rugenstein

Eindrücke eines Polen in der BRD im Sommer 1974

Von Ryszard Wojna, Warschau

Als ich Mitte der 60er Jahre als Korrespondent der polnischen Presse in Bonn tätig war, überlegte ich oft, wie die nächste Generation der Deutschen in der BRD wohl sein würde — jene Generation also, die den Hitlerismus nicht mehr aus eigener Erfahrung kennt, die aber doch auch ihre Väter auf der Anklagebank der Weltöffentlichkeit gesehen hat. Mir scheint, daß der politisch denkende Teil der heutigen jungen Generation hinsichtlich der Rolle und der Haltung ihrer Eltern aus der Zeit vor dreißig Jahren nicht den geringsten Zweifel hat. Dies läßt eine tiefe Kluft zwischen der heute im gesellschaftlichen und politischen Leben wirkenden Generation und jener, die der Nazismus beeinflußte und die jetzt von der Bühne abtritt, vermuten.

Wie tief ist diese Kluft? Die Geschichte jeder Nation ist eine Kontinuität. Wie sieht es nun mit der Kontinuität in diesem Falle aus? Eine direkte Kontinuität gibt es nicht, es kann sie nicht geben, und keine relevante politische Macht in der BRD will sie. Man muß also auf die Zeit vor Hitler zurückgreifen.

Meiner Ansicht nach hat sich die BRD in die Kontinuität der deutschen Geschichte nicht einbauen können. Wäre die bereits längst nicht mehr aktuelle These vom provisorischen Charakter dieses Staates der Grund für sein provisorisches Verhältnis zur Geschichte? Vielleicht war der Bruch vom Mai 1945 einfach zu tief, um irgendeine Fortsetzung der *alten* Fäden der deutschen Geschichte möglich zu machen?

Im ersten Halbjahr 1974 war ich erneut einige Male in der BRD. Das Ergebnis dieser Besuche war unter anderem eine Artikelreihe über die Haltung der jungen bundesrepublikanischen Generation, also jener Menschen, die mit jungen Polen den Prozeß der Normalisierung der Beziehungen, wie er durch den Vertrag vom 7. Dezember 1970 begonnen wurde, verwirklichen werden.

Ich unterhielt mich vorwiegend mit politisch engagierten Menschen, die ihre Sympathie mehr oder weniger den Jugendorganisationen der drei im Bundestag vertretenen Parteien schenken. Mein Bild von der jungen Generation in der BRD ist also nicht vollständig, weil es die labile Haltung der nicht politisch denkenden jungen Leute nicht berücksichtigt, obwohl einige Gespräche vermuten ließen, daß diese Apolitischen in einem höheren Grade die Wählerreserven der CDU/CSU als der SPD/FDP sind.

Den polnischen Lesern übermittelte ich in groben Umrissen folgendes aus diesen Gesprächen, die ich mit jungen Bundesbürgern führte:

In Tübingen kam ich mit einer Gruppe junger Lehrer — vorwiegend SPD-Mitglieder — zusammen. Einige von ihnen unterrichten Geschichte. Ich fragte sie: Welches ist die Hauptströmung der deutschen Geschichte, die die BRD fortsetzt bzw. fortsetzen möchte? Sie verstanden meine Frage nicht. Ich fragte präziser: die Macht, das Reich, der Imperialismus . . .? Schließlich sagte einer: Das ist nicht so; geschichtliche Bezüge taugen für uns nicht viel; außerdem, wenn sich Deutsche mit Geschichte befassen, dann ist es gefährlich . . .

Danach begann eine viele Stunden dauernde Diskussion. Dasselbe Thema griff ich nachher auch in Stuttgart, Hamburg, Düsseldorf, Bonn und Frankfurt auf. Meine Gesprächspartner waren nicht immer Vertreter der Linken. In den hochindustrialisierten Ländern werden die Menschen heute nicht durch die Geschichte, sondern durch den ständig wachsenden Druck der Gegenwart und der Zukunft geformt.

Folgende Ansichten kehrten immer wieder: Das Bewußtsein der geschichtlichen Kontinuität wurde zweimal in einer Generation angeschlagen; 1918 wurde das Kaiserreich gestürzt, und mit der Zerschlagung der Wahnträume vom tausendjährigen Reich wurde 1945 das zerschlagen, was vom vorigen Reich übriggeblieben war. Für viele junge Menschen verbindet sich der Begriff „Deutsches Reich" hauptsächlich mit dem Hitlerismus.

Meine Gesprächspartner stellten fest, daß einer der Beweise für die Wandlung der bundesrepublikanischen Gesellschaft die Tatsache ist, daß sich die junge Generation weniger für Geschichte interessiert. Am häufigsten hörte ich die These, daß sich die Jugend so lange unter dem psychischen Druck der Abrechnung ihrer Väter mit der Geschichte befand, daß dies bei ihr einen Abscheu gegen die Geschichte hervorrief. Dies kam in einer Flucht vor Geschichte zum Ausdruck und bewirkte, daß sich die Jugend in die rein auf die Gegenwart bezogenen Gesellschaftswissenschaften stürzte.

Während der Gespräche kam es auch manchmal vor, daß mich manche Eiferer unter den Jusos für einen Konservativen hielten, da ich ein, ihrer Meinung nach, allzu großes Interesse für Geschichte zeigte. Die fortschrittlichen Menschen soll angeblich nur die Zukunft interessieren . . .

Ein anderer Gesprächspartner dagegen, ein Historiker, der sich die von mir gestellten Fragen, in denen immer wieder Begriffe wie Nation und Vaterland auftauchten, anhörte, zog die Schlußfolgerung, daß ich durch mein Interesse für diese Probleme unwillkürlich den Beweis für eine spezifisch polnische „Abweichung" liefere. Er sagte zu mir: Ist es wahr, daß die polnische Kavallerie im Jahre 1939 gegen deutsche Panzer anritt? Fürchten Sie nicht, daß ihr mit eurem polnischen Verhältnis zu solchen Begriffen wie Nation und Vaterland von der modernen Welt abweicht? Daß Sie hier mit Ihren Fragen wie ein Kavallerist gegen uns anreiten, während alle in der BRD auf das Denken in Kategorien der Panzer umzuschalten versuchen . . .?

Ich polemisierte mit ihm nicht. Ein so naives stereotypes Bild des Polen hat sich im Bewußtsein eines großen Teils der bundesrepublikanischen Gesellschaft befestigt, sogar jenes Teils, der uns gegenüber freundlich gesonnen ist. Aufgrund anderer Äußerungen meines Gesprächspartners konnte ich mir einen Begriff von seinem Standpunkt machen. Er wollte einfach keinen Standpunkt in diesen grundsätzlichen Fragen haben, am besten paßte es ihm, die Position eines Zuschauers, der sich einen Umzug vom Bürgersteig aus ansieht, zu beziehen.

Von der Geschichte gingen wir in unseren Diskussionen am häufigsten über zur Diskussion der Krise der Wertskala. Einem Polen muß auffallen, daß die Krise der alten, einst für traditionell angesehenen deutschen Werte in der jungen Generation der BRD allgemein ist. Die Risse in den bisherigen gesellschaftlichen Strukturen werden breiter. Mir ist ebenfalls aufgefallen, daß man mir als die wichtigsten Daten, die das gesellschaftliche Bewußtsein beeinflußten, neben den Jahren 1918 und 1945 auch das Jahr 1968 nannte — das Jahr der großen Unruhen unter der Jugend. Ich hörte folgende Ansicht: Zwei Weltkriege waren teilweise

der Ersatz für eine soziale Revolution in Deutschland. Infolge des Ersten Weltkriegs wurde der deutsche Feudalismus zerschlagen. Der Zweite Weltkrieg und das Ende Preußens, das der Zement des Deutschen Reiches war, haben viele von den Überbleibseln der Strukturen aus dem 19. Jahrhundert endgültig zertrümmert. Die Jugendwirren des Jahres 1968 waren eine Erscheinung der weiteren Erosion des Obrigkeitsstaates.

An dieser Stelle kann ich mich nicht einer Reflexion enthalten. Als ich vor elf Jahren in die BRD kam und Beamten und Ämtern begegnete, fiel mir oft der Wille zur Fortsetzung oder Nachahmung der alten äußeren Merkmale des preußischen Staatswesens auf; heute bekommt man das am Rhein viel seltener zu sehen. Ein hoher Beamter in Bonn erklärte mir die Ursache dafür folgendermaßen: Unser Verhältnis zum Staat hat sich geändert, die SPD hat in den Staatsapparat die Atmosphäre ihres Parteiapparates eingeführt, und infolgedessen behaupten immer mehr Menschen bei uns, daß sie mit dem Staat auf Du stehen . . .

Die SPD bildete zwar einen Teil des westdeutschen Establishments, schon lange bevor sie an die Macht kam; wäre es anders, hätten die über den Staat entscheidenden Machtzentren den Eintritt der SPD in die Regierung nicht akzeptiert. Aber die Sozialdemokraten haben mehr neue politische Inhalte mit eingebracht, als es den Anhängern einer Fortsetzung der alten deutschen staatlichen Traditionen hätte passen können. Die Ausführung meines Bonner Gewährsmannes endete mit einer düsteren Bemerkung: Immer weniger Platz gibt es in der BRD für den Beamten alten Stils . . .

Ich stellte meinen jungen Gesprächspartnern oft Fragen, die an die westeuropäische Integration anknüpften, genauer westeuropäische und nicht „europäische", wie man das in der BRD zu nennen pflegt. Der Begriff „Europa", bezogen nur auf die neun EWG-Länder, ist eine Anmaßung und eine Usurpierung des Titels und des Schildes, der ja uns allen auf unserem Kontinent gehört. Deshalb, wenn wir über Integrationserscheinungen in Europa sprechen, sollten wir das im geographischen oder im Maßstab der Gesellschaftsordnungen sehen und für die Beibehaltung des gemeinsamen Nenners „Europäertum" sorgen; er kann für uns in der Zukunft noch nützlich sein.

Im Laufe von zehn Jahren persönlicher Kontakte mit der BRD erlebte ich ein paar Wellen von Integrationsüberschwang und -enttäuschung. Unter viele Äußerungen, die ich zu diesem Thema während meiner letzten Reise hörte, steht der Wirklichkeit, glaube ich, diese, die ich in Stuttgart zu hören bekam, an nächsten: wir sind enttäuscht von dem Europa, das sich auf Milch- und Rindfleischpreise reduzieren läßt; diesen Preisen zuliebe wird niemand auf sein Vaterland verzichten; wenn heute Wahlen zu einem gemeinsamen EWG-Parlament stattfänden, würde die Mehrheit der Bundesbürger ihre nationalen Parteien und nicht die allgemeineuropäischen wählen.

Oft begegnete ich hierbei der Ansicht, daß die Haltung der nächsten Jahrgänge der Jungwähler dem Dilemma „europäische oder nationale Politik" zu Ungunsten der Integrationskonzeptionen ausgesetzt sein kann. Nach einer solchen Antwort stellte ich mir die Frage: Die heutige politisch engagierte Jugend der BRD ist fortschrittlicher als irgendeine vorige Generation in der Geschichte des kapitalistischen Deutschland; aber ist das nur eine vorübergehende Erscheinung — weil die heute Dreißigjährigen keinen dominierenden Einfluß auf die um zehn Jahre Jüngeren ausüben können? Ich konnte keine Antwort auf diese Frage finden.

Ein Ergebnis meiner letzten Reise ist auch eine Korrektur, die ich in meine Vorstellungen über die bundesrepublikanische Gesellschaft eintragen muß. Ich erwähnte bereits das Dilemma der europäischen und nationalen Politik. Es war eins der Leitmotive meines Buches „Und ruhig fließt der Rhein", das ich vor sechs Jahren schrieb. Heute überlege ich, ob es weiterhin ein Dilemma ist. Aber die Antwort auf diese Frage ist sowohl mit dem Verhältnis des westdeutschen Staates zu sich selbst verbunden als auch mit dem, was man in der BRD die deutsche Frage nennt.

Die junge Generation in der BRD sieht ihren Staat nicht mehr als Provisorium an. Als sie zur Welt kam, fand sie die heutige Landkarte Europas vor. Die Wirklichkeit zweier verschiedener Gesellschaftsordnungen in zwei deutschen Staaten dominiert entscheidend im Bewußtsein dieser Generation über die Elemente der Gemeinsamkeit, die sich aus der Geschichte ergeben. Mehrmals hörte ich die Ansicht, daß sich „das Vaterland mit der Gesellschaftsordnung identifiziert". Diese Ansicht äußerten sowohl die Jusos als auch Mitglieder der Jungen Union. Im Grunde genommen den gleichen Standpunkt vertritt die DDR — zur Entrüstung der westdeutschen Bourgeoisie ... Ein immer größerer Teil der westdeutschen Jugend sieht das politische Ziel seines Lebens nicht mehr in der Vereinigung Deutschlands. Dieses Problem hat deutlich an Schärfe verloren.

In Hamburg hörte ich von einem jungen Mädchen von den Jusos: Die DDR ist für mich ein gleiches Land wie Polen. Sogar wenn bei uns in der BRD der Sozialismus siegt, sehe ich keinen Grund für die Vereinigung. Nur deshalb, weil wir deutsch sprechen? Dabei kam mir ein Gespräch in den Sinn, das ich mit einem Professor von der Universität Regensburg führte. Er sagte: Wissen Sie, bei uns gibt es keine deutsche Literatur mehr, es gibt nur eine in der deutschen Sprache verfaßte Literatur. Das ist nicht bloß ein Wortspiel.

Doch kehren wir noch einmal zu diesem vergangenen Dilemma „europäische oder nationale Politik" zurück. Der europäische Eifer war für viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg eine eigentümliche Form der Reinigung von der Vergangenheit, gleichzeitig auch ein Zeugnis, daß ihre Bestrebungen zur Einheit Deutschlands und der Deutschen nichts mehr von ihrem alten nationalistischen Charakter in sich haben, sondern daß sie höheren, allgemeinen Idealen untergeordnet sind. Heute, da das Problem der Vereinigung einer allmählichen Abstumpfung unterliegt und das Bewußtsein von der Endgültigkeit des westdeutschen Staates sich bei seinen Bürgern immer tiefer einwurzelt, wird das Bedürfnis nach einem „europäischen" Aushängeschild immer geringer. Um so mehr, wenn man die von Schuldgefühl befreite Haltung der westdeutschen Jugend der Welt gegenüber berücksichtigt. Deshalb glaube ich, daß dieses Dilemma als Gegenüberstellung der Begriffe „europäisch" und „national" zu existieren aufgehört hat. Gegenwärtig haben wir es mit westeuropäischer Politik des westdeutschen Staates zu tun, die eines der Elemente der „raison d'état" ausmacht — zwar ein fundamentales Element, aber immer nur ein Element. Ein anderer Bestandteil dieser Politik ist die Ostpolitik — obwohl man den Eindruck hat, daß die Regierung des Bundeskanzlers Schmidt nach der Verschmelzung aller bisher nicht immer miteinander in Einklang stehender Elemente in einer BRD-Außenpolitik streben wird.

Während meiner letzten Reise fragte ich die jungen BRD-Bürger meistens nicht nach ihrem Verhältnis zu Polen und seinen Einwohnern, auch diskutierte ich recht wenig über bilaterale Probleme zwischen unseren Ländern. Sie liegen gegenwärtig nicht in der Hauptströmung der Interessen der politischen Mächte und der

Gesellschaft in der BRD. Ich war mir auch darüber im klaren, daß, wenn ich dieses Thema aufgreife, ich höfliche Antworten bekommen werde, da ich Gast bin, und somit werden es auch freundliche Ansichten über mein Land sein. Ich wollte aber kein falsches Bild, was die Stellung Polens in der BRD-Politik anbelangt, bekommen. Ich griff also dieses Thema nur dann auf, wenn es sich aus dem Gespräch ergab.

Am häufigsten tauchte es im Kontext der Ostpolitik auf. Einmal jedoch erschien das polnische Thema in einer Diskussion über Nation und Vaterland. Dies war in Hamburg. Ich sagte einer Gruppe junger Menschen: Wenn ihr euch mit solchen Begriffen wie Vaterland und Nation nicht auseinandersetzen wollt, weil ihr sie für altmodisch haltet, so bin ich nicht sicher, ob ihr den moralischen Aspekt der Ostpolitik des Kanzlers Brandt versteht. Man antwortete mir: Wissen Sie, ehrlich gesagt, verstehen wir nicht, warum die Alten bei uns so empört waren, als Brandt vor dem Gettodenkmal in Warschau niederkniete. Sie sind der Meinung, daß ein deutscher Kanzler vor niemandem knien soll, auch nicht vor den Opfern der deutschen Verbrechen. Für uns hat das keine Bedeutung.

Und dann kam die Pointe: Ihr täuscht euch selbst — hörte ich —, wenn ihr glaubt, daß die Ostpolitik irgendein moralisches Gefühl auslöst, z. B. so etwas wie Reue. Meiner Meinung nach — hörte ich — kann es sich herausstellen — hoffentlich bin ich kein guter Hellseher —, daß die Ostpolitik in der Auffassung mancher Leute eben erst jetzt Voraussetzungen für den westdeutschen Nationalismus schuf. Manche bei uns denken jetzt so: die Verträge mit den sozialistischen Staaten haben uns von den Lasten der Vergangenheit sowie von der Furcht, daß man uns des alten deutschen Nationalismus verdächtigen könnte, befreit. Gut — als wir die Oder-Neiße akzeptierten, lieferten wir den Beweis, daß wir uns nicht nach dem Nationalismus richten. Jetzt können wir uns ungezwungen nicht nur dem Westen zeigen und versuchen, Gespräche auf gleichrangigen Ebenen zu führen. Die Ostpolitik drückt sich also nicht in moralischen, sondern in machtpolitischen Kategorien aus. Sie schuf Voraussetzungen für eine politische Diskontierung der reellen finanziellen und wirtschaftlichen Positionen der BRD in der Welt.

Als ich darauf die Frage nach der Erfüllung der Normalisierungsprozesse mit Leben stellte und von der Notwendigkeit der Wiedergutmachung für die an Polen begangenen Verbrechen des deutschen Faschismus sprach, da machten mir dieselben jungen Menschen, die in Diskussionen über innenpolitische Angelegenheiten der BRD so stark den Primat der moralischen Probleme unterstrichen, den Vorwurf, daß ich „die Politik mit der Moral" verwechsle.

In solchen Momenten kam ich zu meiner privaten Schlußfolgerung, daß die Unterschiede zwischen der älteren und der jüngeren Generation in der BRD doch kleiner sind, als man es dort behauptet.

Das Bewußtsein, daß die BRD in der sogenannten freien Welt wieder jemand geworden ist, sehen junge Leute am Rhein als etwas Selbstverständliches an. Sie haben z. B. keine Komplexe mehr Frankreich gegenüber — diese Komplexe, die ihren Vätern Rücksicht auf die Haltung der gaullistischen Politik geboten. Bei jungen, politisch denkenden Bundesbürgern überwiegt in ihrem Verhältnis zu den westlichen Nachbarn eine Art Ungehaltenheit. Vielen jungen Menschen in der BRD kommt es einfach lächerlich vor, daß sich Frankreich manchen Schritten der BRD auf der EWG- oder NATO-Ebene zu widersetzen versuchte, wenn man die Differenzen zwischen den Potentialen beider Länder und den seriösen Charakter des westdeutschen Staates berücksichtigt . . .

Es ist eben so, daß die überwiegende Mehrheit der bundesrepublikanischen Jugend an ihren Staat glaubt. Sie identifiziert sich mit ihm. Einerseits ist das gut. Andererseits aber veranlaßt die Tatsache, daß die westdeutsche Jugend wieder vom Gefühl der Stärke des eigenen Staates gekennzeichnet ist, zur Reflexion. In der Geschichte Deutschlands hat das schon zu verschiedenen Schlüssen geführt. Bis jetzt ist die Bestrebung nach Besserung des gesellschaftlichen Charakters ihres Staates der dominierende Trend unter jungen Bundesbürgern. Es muß aber nicht immer so bleiben.

In Hamburg sprach ich mit einem der Mitgründer der Gesellschaft für deutsch-polnische Freundschaft. Ich fragte ihn, ob er eine Möglichkeit für die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus sehe, wenn man die finanzielle und ökonomische Stärke der BRD berücksichtigt. Zu meinem Erstaunen sagte er, daß das in hohem Grade von den sozialistischen Ländern abhänge, darunter auch von Polen. Nämlich davon, ob man mit uns gute und offene Beziehungen haben könne. Ich war versucht, mit Bitterkeit zu erwidern: Also, es wäre *unsere* Schuld, wenn euer Imperialismus wiedererstehen würde, weil wir euch gegenüber nicht nachgiebig genug waren . . .? Doch unterdrückte ich meine Reaktion, weil ich das alles von einem tief überzeugten Menschen hörte, der Polen gegenüber freundlich gesinnt ist und diese Gesinnung auch verbreitet.

Das wäre in Kürze, was ich meinen polnischen Lesern nach dem letzten Aufenthalt in der BRD berichtete. Die Schlußfolgerung? Sie ist nicht eindeutig. Darüber hinaus bitte ich, nicht zu vergessen, daß meine Kriterien der Einschätzung der westdeutschen Jugend andere sind als die diesbezüglich allgemeingültigen in der BRD. Ich berücksichtige nur manche Elemente in der Haltung junger Menschen. Und vor allem vom polnischen Standpunkt aus gesehen, habe ich keineswegs alle polnischen Kriterien ausgeschöpft. Im Grunde genommen war es die Skizze zu einer Korrektur meines eigenen Bildes der BRD aus der Zeit vor zehn Jahren.

Wenn ich aber den Versuch einer alles zusammenfassenden Schlußfolgerung unternehmen sollte, so sähe er folgendermaßen aus:

Viele unter uns dachten und denken bis heute, daß wir infolge der tragischen polnisch-deutschen Geschichte die Beziehungen zwischen Polen und der BRD auf der Ebene der Haltungen zweier Völker zueinander, d. h. auf nationaler Ebene regeln werden. Dies war vielleicht mit der älteren Generation in der BRD noch möglich. Demgegenüber sind die Jugendlichen geneigt, den Dialog mit uns auf der Ebene der Konfrontation der Gesellschaftsordnungen aufzunehmen. Eine Neuigkeit für mich in den im Frühling 1974 geführten Gesprächen im Vergleich mit der Situation aus der Zeit vor zehn Jahren war die Feststellung, daß ich meine jungen Gesprächspartner am Rhein viel mehr als Kommunist und nicht als Pole interessierte.

Das bedeutet aber nicht, daß damit die Probleme, die unsere bilateralen Beziehungen aufgrund der Verbrechen des deutschen Faschismus immer noch belasten, zu existieren aufhören.

Wehrkunde oder Erziehung zum Frieden?

Von Berthold Meyer und Henning Schierholz

I

Die Auseinandersetzung um die Erziehung zur Wehrbereitschaft — kurz Wehrkunde genannt —, die nach dem Bekanntwerden verschiedener Kultusministererlasse [1]) längere Zeit an zentraler Stelle politischer Diskussionsforen stand [2]) und dort sehr kontrovers geführt wurde, ist leiser geworden; es wäre jedoch eine Täuschung, daraus schließen zu wollen, linke Gruppen hätten vom Herbst 1971 an etwas zum Problem aufgebauscht, das sich in der Routine schulischen Alltags nun als belanglos herausgestellt habe.

Das Gegenteil ist der Fall: Das in der BRD vorherrschende pluralistische Selbstverständnis geht davon aus, daß in dieser Gesellschaft auch antagonistische Auffassungen und Interessen im freien Spiel der Kräfte zum Zuge und zu einem irgendwo in der Mitte liegenden Ausgleich kommen könnten, und überträgt diese Vorstellung auch auf die Schule. Auch dort sollen die verschiedenen Anschauungen über einen Sachverhalt zwar ausgebreitet werden können, wobei dem Lehrer — getreu der gesetzlichen Verpflichtung zur politischen Mäßigung — nur die Funktion eines Moderators zukommt. Das Konkurrenzverhältnis Erziehung zur Wehrbereitschaft und Friedenserziehung zeigt jedoch eine deutliche Grenze dieses pluralistischen Verfahrens auf: Da beide gegensätzliche Intentionen verfolgen und beide den Anspruch erheben, diese möglichst weitgehend zu erreichen, können sie weder unverbunden nebeneinander noch ineinander integriert im Schulunterricht bestehen bleiben, d. h. Wehrkunde wird für die Friedenserziehung so lange ein Existenzproblem bleiben, wie beide im Schulunterricht einen Platz beanspruchen. So findet in dem Maße, in dem versucht wird, einer kritischen Friedenserziehung Eingang in den politischen Unterricht zu verschaffen, das von Dieter Senghaas abstrakt benannte, aber vorwiegend auf die makrosozialen Rahmenbedingungen bezogene Dilemma der Friedenspädagogik, „in einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Umwelt" operieren zu müssen, „in der kollektiver Unfrieden zum System geworden ist" [3]), auch auf der Mikroebene der Schule Konkretion. Dabei hat das Fehlen einer allgemein anerkannten Definition des Friedensbegriffs die Lage insofern verschärft, als sich kritische Friedenserziehung und die ihr gegenüber um ihren Besitzstand fürchtende [4]) Erziehung zur Wehrbereitschaft sogar um das Attribut „Frieden" streiten. Letztere geriet nämlich zu dem Zeitpunkt ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, als einige Bundesländer — voran Baden-Württemberg — sich anschickten, ihren einseitig auf die Bejahung militärischer Einrichtungen zugeschnittenen Inhalt auf dem Erlaßweg festzuschreiben.

---

1) Vgl. die Dokumentationen dieser Erlasse in: Henning Schierholz, Wehrbereitschaft — Ziel politischer Erziehung? Heidelberg 1972, S. 118 ff., ebenfalls in „antimilitarismus information", 10/1972, S. III—150 ff.

2) Baden-Württemberg dürfte als Zentrum dieser Auseinandersetzung gelten. Hier vor allem während der von den Jungdemokraten in Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten und dem VK organisierten „Aktionstage gegen Wehrkunde", bei denen es im März 1972 in rund 50 Städten des Landes zu Diskussionsveranstaltungen kam.

3) Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt/M 1969, S. 258.

4) Vgl. dazu die historische Darstellung bei Rüdiger Pusch, Wehrkunde — Sicherung von Massenloyalität, in: „antimilitarismus information", 10/1972, S. III—180 ff.

Das in diesem Zusammenhang von den Kritikern häufig verwandte Wort „Wehrkunde" erregt die Gemüter der meisten Befürworter dieses Unterrichts aufs heftigste. Einer von ihnen, Franz-Hermann Huberti, geht sogar in der „Zeitschrift für alle Wehrfragen", die seit 22 Jahren unter dem Namen „Wehrkunde" firmiert, so weit, daß er einige gängige Lexika bemüht, um nachzuweisen, daß es diesen Begriff im bundesrepublikanischen Wortschatz gar nicht gebe [5]).

Richtig ist hingegen, daß dieser Begriff nicht von linken Kritikern geprägt wurde, sondern in der Zeitschrift „Wehrkunde" spätestens 1969 in Alfred Schickels Aufsatz „Wehrkunde in der Schule" als Bezeichnung für einen von der „Gesellschaft für Wehrkunde" und ihr nahestehenden Kreisen befürworteten Unterricht zur Förderung der Wehrbereitschaft auftaucht [6]). In ihren Repliken betonen die Befürworter dieses Unterrichts häufig, daß der Begriff Wehrkunde an den Lernzielen vorbeigehe, daß kein gesondertes Fach geschaffen werden solle, das über das ganze Schuljahr verteilt und, mit einer oder mehr Wochenstunden bedacht, zum Wehrwillen erziehen solle. Statt dessen sei eine „organische Einbettung der Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in eine Unterrichtung über den Gesamtbereich der internationalen Beziehungen" [7]) anzustreben. Dieses Postulat der Einbettung, oder „daß Verteidigungsbereitschaft und Friedenswahrung dem gesamten politischen Unterricht aufgegeben sind" [8]), entspricht der Tendenz der Integration von militärischem und zivilem Lebensbereich weit eher, als dies in einem gesonderten Fach „Wehrkunde" geschehen könnte. Integration meint nämlich heute nicht mehr in dem Maße, wie es das Baudissinsche Konzept der Inneren Führung anstrebte, die Integration des „Staatsbürgers in Uniform" in die Gesellschaft [9]), als vielmehr eine stärkere wechselseitige Verschmelzung beider Bereiche, wobei der allgemeinen Wehrpflicht eine entscheidende Funktion im Rahmen der politischen Sozialisation zugesprochen wird [10]).

Es ist insofern auch gewiß kein Zufall, daß die in die öffentliche Diskussion geratenen Erlasse, die militärische Landesverteidigung und die Rolle der Bundeswehr verstärkt im Unterricht zu berücksichtigen, zeitlich mit dem sprunghaften Anwachsen der Zahl der Kriegsdienstverweigerungen nach 1967 [11]) und mit dem Rückgang der Angabe christlich-ethischer Gewissensgründe für den Verweigerungsakt zusammentreffen.

Inwieweit dieser Entwicklung, in der „die Frage der Wehrbereitschaft quantifizierbar (...) geworden" ist, nur eine „Indikatorfunktion" [12]) zukommt oder inwieweit sie tatsächlich Ursache des Briefes von Bundeskanzler Brandt vom 19. November 1970 an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder [13]) und die sich darauf berufenden [14]) Kultusminister-Erlasse war, soll hier nicht diskutiert werden [15]). Es geht in diesem Beitrag vielmehr zunächst

5) Franz-Hermann Huberti, Verteidigungsbereitschaft — ein Unterrichtsthema an unseren Schulen, in: „Wehrkunde", 5/1973, S. 244.
6) Alfred Schickel, Wehrkunde in der Schule, Beilage zur Zeitschrift „Wehrkunde", 18. Jg., 1969, S. 20 ff. Auf eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesem Artikel wird hier verzichtet, s. dazu jedoch Berthold Meyer, Konzeptionen der Erziehung zur Wehrbereitschaft und die Aufgaben der Friedenserziehung, in: Arbeitsgruppe Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen (Hrsg.), Funktionen von Unterrichtsmodellen für die Friedenserziehung, Tübingen 1973, S. 173 ff.
7) Klaus Hornung, Vorüberlegungen zu einer Lernzielbestimmung über Fragen der Landesverteidigung im Unterricht, in: „Wehrkunde", 21. Jg., 1972, S. 458.
8) Huberti, a. a. O., S. 249.
9) Vgl. Wilfried v. Bredow, Die unbewältigte Bundeswehr, Frankfurt/M 1973, S. 67 ff.
10) So heißt es im Bericht der Wehrstrukturkommission 1972/73, Bonn 1973, S. 160: „4. Wehrpflichtige gewinnen durch den Wehrdienst — Untersuchungen haben das ergeben — demokratisches Staatsbewußtsein; diese Sozialisationsleistung der Bundeswehr stärkt das demokratische Potential in der Gesellschaft."
11) Vgl. die Tabelle im Bericht der Wehrstrukturkommission 1971, Bonn 1971, S. 49.
12) Pusch, a. a. O., S. III—184.
13) Vgl. „Bulletin", hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung v. 27. 3. 1971, S. 488.
14) Vgl. z. B. Presseerklärung des Kultusministeriums Baden-Württemberg v. 6. 9. 1971.
15) Über die Zusammenhänge und Hintergründe von Wehrkunde-Erlassen, Extremisten-Beschlüssen, Gründungen von Bundeswehrhochschulen s. Pusch, a. a. O.; ebenfalls Horst Bethge, Militarisierungstendenzen im

darum, auf die Kritik an den Erlassen einzugehen, um zu hinterfragen, inwieweit sie dem Problem der unterrichtlichen Behandlung der Funktionen von Militärapparaten gerecht wird. Sodann soll an zwei weitverbreiteten Handreichungen zur Unterrichtsgestaltung aufgezeigt werden, wie versucht wird, Erziehung zur Wehrbereitschaft als Friedenserziehung zu tarnen. Dies führt schließlich zu den Fragen, warum kritische Friedenserziehung diesen Rahmen verlassen und gegen seine Aufrechterhaltung vorgehen muß und welches ihre alternativen Unterrichtskriterien sind.

II

Im ersten Jahr der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Wehrkunde-Erlassen wurde sehr häufig die Frage behandelt, ob Offizieren der Bundeswehr Gelegenheit gegeben werden dürfe, vor Schulklassen aufzutreten, und ob nicht dann der Objektivität halber Vertreter der Organisationen der Kriegsdienstverweigerer ebenfalls — unter Umständen zu einer gemeinsamen Diskussion — eingeladen werden müßten [16]).

Für die Diskussion der Erlasse selbst ist dieser Aspekt zweifellos wichtig, aber er darf nicht die unserer Meinung nach wesentlichere Frage, ob und auf welche Weise ein Problembereich wie der der äußeren Sicherheit und eine Einrichtung wie die Bundeswehr im Schulunterricht behandelt werden sollen, in den Hintergrund drängen.

Demonstrationen von Gruppen der Linken und Pazifisten gegen Wehrkunde-Erlasse unter dem Slogan „Bundeswehr raus aus der Schule" entsprachen zwar der Forderung, die Schultore vor Jugendoffizieren verschlossen zu halten, vielfach wurde jedoch auch die Meinung laut, der gesamte Problembereich gehöre nicht in den Schulunterricht.

Eine solche Einstellung widerspricht der Forderung, den Schonraum der Schule aufzubrechen und sie in stärkeren Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit treten zu lassen, einer Wirklichkeit, in der Bundeswehr und Sicherheitspolitik schon allein durch ihren Anteil am Bundeshaushalt [17]), viel stärker aber noch durch die Tatsache, daß trotz der Zunahme von Kriegsdienstverweigerungen nach wie vor rund 50 % der Männer eines jeden Geburtsjahrganges zum Wehrdienst eingezogen werden und diese Zahl durch die Verkürzung der Wehrdienstzeit sogar noch steigt, als nicht zu unterschätzende Faktoren angesehen werden müssen. Die Ablehnung der Forderung, diesen gesellschaftlichen Bereich aus dem Schulunterricht fernzuhalten, bedeutet nicht, die Intentionen der Wehrkunde-Erlasse zu billigen, im Gegenteil. Neben der gerade beim baden-württembergischen Erlaß ins Auge springenden einseitigen Ausrichtung, die als „Therapie zur Hebung des Wehrwillens" [18]) angesehen werden muß, ist vor allem zu kritisieren, daß die so betont hervorgehobene Möglichkeit, dieses Thema durch Bundeswehr-

Bildungswesen, in: „Blätter", 2/1972, S. 192 ff.; sowie Johanna Büchele/Joachim Hager/Berthold Meyer/Dietmar Schöning, Militarisierung des Bildungswesens am Beispiel bundeswehreigener Hochschulen, Frankfurt/M 1973.

16) Dieser Frage widmen sich sehr eingehend Wilfried Schwamborn und Thomas Schmitt, Wehrkunde — Militär in den Schulen, in: „Blätter", 8 und 9/1972, S. 815 ff. und 971 ff.; s. ebenfalls Schierholz, a. a. O., S. 86 ff.

17) Der Schwierigkeit, die genaue Summe der Verteidigungsausgaben, die in verschiedenen Haushaltstiteln über den Verteidigungsetat hinaus untergebracht sind, zu ermitteln, versucht der ehemalige Bundesverteidigungsminister und Bundesfinanzminister Helmut Schmidt in einem Leserbrief im „Spiegel", 38/1973 v. 17. 9. 1973, S. 11 f., entgegenzukommen: danach belaufen sich die Gesamtausgaben 1973 auf 27 098,3 und 1974 auf 28 828,6 Mio DM.

18) Wilfried v. Bredow, „Sinkender Wehrwillen", in: „liberal", 2/1973, S. 111.

offiziere im Schulunterricht behandeln zu lassen, die Lehrer von einer intensiven Beschäftigung mit diesem Problembereich zu entlasten scheint. Es steht zu befürchten, daß mancher Lehrer auf diese Art veranlaßt wird, das Thema „Bundeswehr" nach einer oder zwei durch schulfremde Personen gestalteten Schulstunden als erledigt zu betrachten und abzuhaken.

Das hätte zur Folge — und nichts, vor allem nicht die den Lehrern zusätzlich angebotene einseitig ausgerichtete Literatur zur Unterrichtsvorbereitung, spricht dagegen, daß diese Folge eingeplant ist —, daß den Schülern allenfalls die bei Besuchen von Bundeswehreinheiten oder in Bundeswehr-Filmen zur Schau gestellte „schimmernde Wehr", die Möglichkeiten des Aufstiegs innerhalb der Militärhierarchie und der beruflichen Weiterbildung durch die Bundeswehr sowie der vermeintliche Hauch des Abenteuers im Gedächtnis bleiben [19]). Der gesellschaftspolitische Bezug würde aber, wenn er nicht zufällig von dem einen oder anderen kritischen Schüler als Frage in den Unterricht eingebracht würde, gar nicht erst hergestellt, oder er äußerte sich in plakativen Begriffen wie „Verteidigung der Freiheit" oder „Sicherung der territorialen Unverletztheit", hinter denen offen oder versteckt die Ideologie des Kalten Krieges steht.

Man sollte von dem naiven Verlangen, entweder Offiziere nicht in die Schule zu lassen oder zusätzlich Vertreter von Kriegsdienstverweigerern hineinzuholen, ablassen, zumal inzwischen diese Art der Unterrichtsgestaltung auch von Autoren, die der Bundeswehr sehr positiv gegenüberstehen, nur als Hilfskonstruktion betrachtet wird.

„Notwendig, das möchte ich hier betonen, ist eine solche Einladung (von Jugendoffizieren und Kriegsdienstverweigerern — d. Verf.) nicht ... Der Einladung des Offiziers haftet, ob man will oder nicht, für viele von vornherein der Geruch der Wehrpropaganda an, der Kriegsdienstverweigerer macht ohnehin in der Regel politische Propaganda, die darauf hinausläuft, daß dieser Staat gar nicht wert sei, verteidigt zu werden ... Eine unmittelbare Konfrontation von Jugendoffizier und Kriegsdienstverweigerer, so sehr dies das Unterrichtsgeschehen beleben kann und so gerne manche Bundeswehroffiziere das tun, halte ich nicht für eine ideale Lösung. Denn hier wird erstens die Gleichheit von Ungleichem vorgetäuscht, und zweitens werden die beiden Gäste in die Rollen von Werber und Abwerber gedrängt" [20]).

Daß Jugendoffiziere unbeschadet der Formulierung des baden-württembergischen Erlasses „sachlich und ohne Werbung" zumindest *auch* werbend auftreten, kann keinem von ihnen persönlich angelastet werden, sondern hängt damit zusammen, daß niemand, der freiwillig einen exponierten Beruf ergriffen hat, in der Lage sein dürfte, völlig aus seiner eigenen Rolle herauszutreten. Die Studie von Schwamborn und Schmitt behandelt das Thema Werbung der Bundeswehr sehr ausführlich, es braucht daher hier nicht weiter darauf eingegangen zu werden [21]).

19) Josef Frey legt in seinem Aufsatz „Die Problematik Schule — Bundeswehr" in: „Wehrkunde", 3/1970, großen Wert darauf, daß der Lehrer klaren „Hinweis auf die Möglichkeiten, die dem einzelnen in der Bundeswehr für seine menschliche und berufliche Fortbildung gegeben sind", gibt. „Sollte die Bundeswehr in dieser zweifachen Hinsicht keinen Beitrag leisten können, würde es sich nicht lohnen, über sie zu diskutieren" (S. 128).

20) Klaus Oesterle, Fragen der Landesverteidigung im Schulunterricht — Grundsätze und Leitlinien, in „Wehrkunde" 21, 7/1972, S. 363.

21) Schwamborn/Schmitt, a. a. O., seien um zwei Zitate ergänzt. So räumt Notker Siebert, Das Verhältnis von Schule und Bundeswehr, in: „Wehrkunde", 1/1971, ein: „Gezielte Werbung ist ihm verboten, sie tritt allenfalls als Nebeneffekt auf" (S. 36). Ähnlich heißt es bei Frey, a. a. O.: „Die von der Bundeswehr den Schulen gegebene Information ist nicht immer frei von Propaganda" (S. 128).

Die Position gegenüber den Wehrkunde-Erlassen — einschließlich des ausgewogeneren niedersächsischen Entwurfes — sollte ihren Ausdruck finden in der Forderung nach einem fundierten, an Erkenntnissen der kritischen Friedensforschung orientierten und nicht an den Personalbedürfnissen der Bundeswehr ausgerichteten Unterricht über die primären und sekundären Funktionen militärischer Institutionen und die innergesellschaftliche wie internationale Bedeutung einer hochgerüsteten Verteidigungsbereitschaft.

Auch wenn es als Hauptfunktion der Erlasse angesehen werden muß, den Jugendoffizieren — und nur ihnen — den Zugang zu den Schulen zu ermöglichen, darf ihre Relevanz nicht überschätzt werden. Welche Themen ein Lehrer im politischen Unterricht behandelt, hängt weitgehend von seinen eigenen Auswahlkriterien und den vorhandenen Unterrichtsmaterialien ab; und ob die Lernziele im Sinne der Erlasse erreicht werden, ist nicht zuletzt Angelegenheit derjenigen, die sie erreichen sollen, also der Schüler [22]).

Dies haben die Wehrkunde-Verfechter offenbar inzwischen auch erkannt, denn der Wandel ihrer Strategie ist unübersehbar. Nicht nur die Jugendoffiziere — vgl. oben —, auch die Wehrkunde-Erlasse selbst treten stark in den Hintergrund, statt dessen werden erstens nur noch die Lehrer als kompetent anerkannt, den Unterricht über „Probleme der Landesverteidigung" durchzuführen, und zweitens infolgedessen die Bemühungen der Bundeswehr und der „Gesellschaft für Wehrkunde", Fortbildungsveranstaltungen für Pädagogen anzubieten, verstärkt.

Weiterhin, so wird man nicht müde zu betonen, muß sich jene neue Konzeption durch Ausgewogenheit, strikte Sachorientierung, Objektivität, ja zum Teil sogar durch Problemhaltigkeit auszeichnen. Und schließlich ist diese Strategie eifrig darauf bedacht, sich als Beitrag zur Anwendung von Ergebnissen der Friedensforschung auszuweisen, zumindest aber die Friedensforschung im Rahmen der Unterrichtung über Fragen der Landesverteidigung „angemessen" zu berücksichtigen.

Daß sich die Ziele dieser revidierten, subtileren Wehrkunde-Konzeption nicht geändert haben, bleibt allerdings bei gründlicher Lektüre nicht verborgen; so heißt es in dem schon erwähnten Artikel von Oesterle: „Eine Mehrheit der Schüler wird dann (wenn wie hier skizziert verfahren wird — d. Verf.) sicher Sinn und Absicht der Verteidigungsbemühungen bejahen. Von Begeisterung in dieser Richtung wollen wir ohnehin nichts wissen . . ."[23]).

Auf jenen Lehrer aber, der trotz Sachlichkeit, Objektivität, Ausgewogenheit und integrierter Friedensforschung die dargestellten Wehrkunde-Bemühungen ablehnt, warten administrative Schwierigkeiten: Seit dem Extremisten-Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 — weniger revidiert als bekräftigt am 20. September 1973 — kann die Kritik eines Lehrers an der Bundeswehr, selbst wenn sie zurückhaltend geäußert wird, als Gegnerschaft zur Verteidigungsnotwendigkeit unseres Staates und damit als Verfassungsfeindlichkeit schlechthin aufgefaßt werden, was möglicherweise die Entbindung vom Sozialkundeunterricht und eventuell sogar die Entlassung aus dem Schuldienst nach sich zieht.

Die Vermittler einer „Friedens"-Erziehung, die in ihrem Selbstverständnis und in den Lernzielen ihres Unterrichts der neuen Wehrkunde-Konzeption angepaßt

[22]) Vgl. H. Kupffer, Ein Mißverständnis schulischer Erziehung, in: „Die Zeit" v. 29. 9. 1972.
[23]) Oesterle, a. a. O., S. 364.

sind, also am verordneten Axiom der „Notwendigkeit einer ausreichenden (militärischen) Verteidigung" (so damals unisono Bundeskanzler Brandt und der Wehrkunde-Erlaß Baden-Württemberg) nicht rüttelt, brauchen mit derartigen beruflichen Schwierigkeiten nicht zu rechnen.

III

Schon kurz nach Beginn der öffentlichen Wehrkunde-Diskussionen begannen Dienststellen der Bundesregierung damit, ihren speziellen Beitrag zu dieser „Friedens"-Erziehung zu leisten. Waren es bis dahin nur einige wenige Publikationen aus dem Bereich der Sicherheits- bzw. Friedenspolitik, die von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegeben wurden, so werden die Schulen seitdem von der Flut der Schriften zu diesem Themenbereich geradezu überschwemmt. Die beiden wichtigsten dieser Veröffentlichungen sind einer genaueren Betrachtung wert; denn sie sind nicht nur in Anlehnung an die erwähnte neuere Wehrkunde-Strategie konzipiert worden, sondern liefern wichtige Hinweise für das bei Autoren und Herausgebern vorhandene Verständnis von Friedenserziehung. Auflagenstärkstes Druckerzeugnis der Bundeszentrale mit 950 000 Exemplaren sind die „Informationen zur politischen Bildung", deren Hefte 149 und 150 sich mit dem Thema „Frieden und Sicherheit" beschäftigen. Wer nach der Überschrift erwartet, daß „Frieden und Sicherheit" aus dem Blickwinkel der Friedensforschung thematisiert werden, sieht sich enttäuscht: Dieser Eindruck wird zwar in recht massiver Weise zu erwecken versucht, aber nicht erfüllt. Die einführende Darstellung des Autors Vizeadmiral a. D. Friedrich Ruge zum Friedensbegriff (Heft I, S. 1 f.) bleibt beim negativen Friedensbegriff stehen und unterläßt die Diskussion des Verhältnisses von Gewalt und Frieden. Die undifferenzierte Behandlung des Konfliktbegriffs schließlich beseitigt den letzten Zweifel, daß der oder die Autoren den Stand der Diskussion in der bundesdeutschen und internationalen Friedensforschung, wenn überhaupt, dann nur sehr unzulänglich zur Kenntnis genommen haben. Im Vordergrund steht in beiden Heften trotz des Anspruchs auf Sachlichkeit und Ausgewogenheit der Darstellung eindeutig und einseitig die Abhandlung des militärischen Sicherheitsaspekts. Das zeigt sich nicht nur darin, daß in den Heften stellenweise die Kalte-Krieger-Mentalität der 50er Jahre zum Ausdruck kommt, sondern auch dann, wenn die inhaltlichen Probleme der Friedens- und Konfliktforschung allenfalls am Rande Berücksichtigung finden. Ein reduziertes Verständnis von Friedensforschung liegt auch dort zugrunde, wo ihre Funktion hauptsächlich darin gesehen wird, „dem Staatsmann brauchbare Unterlagen (zu geben), um den Weg zum Frieden sicher zu finden" (Heft I, S. 23).

Obwohl sie auch kaum als solche verstanden werden wollen, dürften die Bemerkungen von Klaus v. Schubert zu „Das Thema im Unterricht" einen sowohl unzureichenden als auch verzerrten Beitrag zu einer Didaktik der Friedenserziehung darstellen. Abgesehen davon, daß es eine vollständige Ignoranz der aktuellen Diskussion in der Politik-Didaktik bedeutet, den Begriff „Sicherheit" zur zentralen Kategorie der politischen Bildung zu erheben (Heft II, S. 31 bzw. 36), wird das Verhältnis von politischer Bildung und Friedenserziehung an keiner Stelle der Reflexion unterzogen. Man kann sich bei Schuberts Ausführungen des Eindrucks nicht erwehren, daß er krampfhaft bemüht ist, unter Verwendung aktueller pädagogischer Schlagworte (Curriculum, Gruppenarbeit, team teaching, Austragung von Konflikten) die Behandlung sicherheitspolitischer Fragestellun-

gen vorzubereiten und zu rechtfertigen — und das natürlich so, wie es sein Co-Autor Ruge auf den vorhergehenden Seiten durchführt. So bleiben seine didaktischen Vorstellungen Versatzstücke einer pädagogischen Konzeption, deren oberstes Ziel die Durchsetzung von Wehrkunde ist: Bestes Beispiel dafür ist seine Formulierung vom „mündigen Bürger, der seine Interessen selbstbestimmt, aber sozial-integrativ wahrnimmt" (Heft II, S. 33), die dem pädagogischen Denken allenfalls der frühen 60er Jahre entstammt.

Daß „Frieden und Sicherheit" eine Wehrkunde-Publikation ist, also ihren Lesern die Notwendigkeit militärischer Landesverteidigung verdeutlichen will, dokumentiert neben den zahlreichen tendenziösen Passagen, Verdrehungen und Geschichtsverfälschungen [24]) am besten die Behandlung der Kriegsdienstverweigerung. Indem eingangs festgestellt wird: „Die Frage der Wehrdienstverweigerung kann hier nur vom Gesichtspunkt der Sicherheit behandelt werden", und dann nicht ein einziges Wort zu den diversen Argumentationsansätzen der Verweigerer gesagt wird, werden sie als eine Gruppe hingestellt, die der Sicherheits- und Friedenspolitik nur ablehnend gegenüberzustehen scheint. Folglich werden sie im Text auch eindeutig als „Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik" (Heft II, S. 14) und als in keiner Weise friedensfördernd diskriminiert [25]).

Rhetorischer Höhepunkt dieser Publikation ist dann zweifellos die Behauptung v. Schuberts (Heft II, S. 31), ein Fach „Wehrkunde" sei nicht der geeignete Weg, die Probleme der Bundeswehr und der Sicherheitspolitik im politischen Unterricht angemessen zu behandeln.

Obwohl hier nicht alle Unzulänglichkeiten dieser Schriften aufgezeigt werden konnten, läßt sich feststellen, daß „Frieden und Sicherheit" von der Bundesregierung eingesetzt worden ist, um die Wehrbereitschaft zu fördern, auch wenn das mit dem Anspruch der Sachlichkeit, Objektivität und Angemessenheit und einer oberflächlichen Behandlung von Problemen der Friedensforschung garniert ist.

IV

In ihrer Untersuchung „Wehrkunde — Militär in den Schulen" charakterisieren Schwamborn und Schmitt die Unterschiede in der Militärpolitik zwischen SPD/FDP und CDU/CSU als bei „weitgehender Übereinstimmung in den Grundsätzen" sich „in der Methodik der Durchsetzung der Ziele" unterscheidend. „Während die CDU-regierten Bundesländer auf offen administrative Regelungen bedacht sind und damit Kritik und Widerstand provozieren, erweisen sich die sozialdemokratisch geführten Regierungen als Vertreter einer ‚fortschrittlichen' scheinpluralistischen Politik", wird von der SPD die kapitalistische Wirtschaftsordnung als reformbedürftig gekennzeichnet, „während zugleich und verdeckt alle Mittel der Systemstabilisierung, einschließlich der Bundeswehr, ausgeschöpft werden" [26]). Auch wenn der weiteren Argumentation dieser Autoren nicht ganz gefolgt werden kann, trifft die zitierte Beobachtung zumindest auf die erste Phase der Wehrkunde-Auseinandersetzung und auf den baden-württembergischen CDU-Erlaß und auf diesen Erlaß peinlich genau befolgende Unterrichts-

[24]) Siehe dazu die Rezension von Burkhard Luber in: „Information: Zukunfts- und Friedensforschung", 1/1972, S. 59 ff.
[25]) Vgl. das Gutachten der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung zu diesem Themenkomplex (bisher noch nicht veröffentlicht).
[26]) Schwamborn/Schmitt, a. a. O., S. 828 f.

modelle zu [27]). Sollte Schwamborn und Schmitts These über das im Grunde gleichartige, nur „subtilere Vorgehen der SPD" [28]) sich als Charakteristikum der zweiten Phase herausstellen, so müßte dies schon anhand des von der Bundesregierung in einer Auflage von 50 000 Exemplaren an Lehrer und Erzieher verteilten Buches von Günter Walpuski, „Verteidigung + Entspannung = Sicherheit" [29]), dessen Nähe zur SPD durch die im Vorwort erwähnte Mitarbeit des Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Wolfgang Duysen, durch das Erscheinen im Verlag Neue Gesellschaft und nicht zuletzt durch des Autors hauptberufliche Tätigkeit im der Friedrich-Ebert-Stiftung gehörenden Haus Frankenwarte hinlänglich belegt ist, nachzuweisen sein.

Walpuski verzichtet wegen der uneinheitlichen Lehr- und Stundenpläne und der jeweils unterschiedlichen Schul- und Klassensituation darauf, „detaillierte Unterrichtseinheiten zu konzipieren" (S. 9), und legt statt dessen nur eine Text- und Materialsammlung vor.

Da jedoch jede Sammlung, die nicht alle handhabbare Maße sprengen will, nach bestimmten Sichtungskriterien zusammengestellt ist, muß auch diese, aus der „nach der zur Verfügung stehenden Zeit sowie den Kenntnissen und Interessen der Schüler ... in diesem Rahmen ausgewählt und kombiniert werden ' kann (S. 12), danach befragt werden, welche Kriterien angelegt wurden und warum diese und andere nicht, sowie, ob nicht die vom Verfasser getroffene Vorauswahl präjudizierend wirkt und in welcher Richtung.

27) Vgl. dazu die Rezension des Unterrichtsmodells von Friedrich Deuschle, in: Berthold Meyer, a. a. O. (s. Anmerkung 6).
28) Schwamborn/Schmitt, a. a. O., S. 829.
29) Bonn-Bad Godesberg 1973.

Neuerscheinung

Claus Grossner / Henning Schierholz

Projekt MRCA

Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte

Grossner und Schierholz dokumentieren und analysieren das Rüstungsgroßprojekt MRCA (Multi Role Combat Aircraft – Mehrzweckkampfflugzeug), vom heutigen Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal als „das größte technologische Projekt seit Christi Geburt" bezeichnet, als ein militärisch fragwürdiges und haushaltspolitisch ruinöses Vorhaben, das die Fortsetzung der Entspannung in Europa wie die Aussichten demokratischer Reformbestrebungen in der Bundesrepublik gleichermaßen zu belasten droht. Zugleich werden die Möglichkeiten und Bemühungen aufgezeigt, durch die Mobilisierung öffentlicher Kritik eine Einstellung des Projekts MRCA zu erwirken.
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, Bd. 17

Doppelband, 64 Seiten, DM 6,–
Auslieferung Ende Juli

Pahl-Rugenstein

Schon der Titel dieses Buches ist Programm. Mit ihm wird nicht nur darüber informiert, daß es um die Themen Verteidigung, Entspannung, Sicherheit geht, sondern die drei Begriffe werden zu einer — Kalte Krieger und kritische Friedensforscher vielleicht in gleichem Maße provozierenden — Gleichung zusammengesetzt und sowohl auf dem Einband, wie auf den Seiten 1 und 3 optisch als solche präsentiert: „Verteidigung + Entspannung = Sicherheit". Ihr soll der Leser am Ende der Lektüre nur noch sein „Stimmt!" hinzusetzen.

Walpuski spricht mit dieser Gleichung eine „Zwei-Säulen-Theorie" an, die „zur Zeit immer schärfer in den Vordergrund (trete), wonach Sicherheit auf Verteidigung und Entspannung beruhen soll" (S. 20). „Die Regierung der sozial-liberalen Koalition hat... dabei stets herausgestellt, daß Sicherheit in unserer Zeit auf Entspannung und Verteidigung, ob wir das gutheißen oder nicht, beruhen muß und daß, wer für Entspannung eintritt, auch bereit sein muß, seinen Beitrag zur Verteidigung zu leisten" (S. 20) [30]).

Das Buch gliedert sich in fünf Lektionen, die über die außen- und sicherheitspolitische Entwicklung allgemein und die der Sicherheitsbündnisse in Europa im besonderen nach 1945, über die Wehrverfassungen in BRD und DDR, über Friedensforschung und über die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierungen seit 1966 unterrichten sollen und jeweils einen referierenden Text und einen Anlagenteil, der vorwiegend aus amtlichen Dokumenten besteht, enthalten. Mißt man Walpuski an seinen eigenen Maßstäben, nämlich eine sachliche, ausgewogene und kritische Darstellung zu liefern, so hält seine gesamte Veröffentlichung dem nicht stand. Das Buch ist zum ganz überwiegenden Teil eine Fakten- und Schaubildsammlung, die an keiner Stelle über den Grad des Problembewußtseins im regierungsoffiziellen „Weißbuch 1971/72" zur Sicherheitspolitik hinausgeht und unterschiedliche Positionen auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik ins Literaturverzeichnis verbannt. Ein sicherheitspolitisch unvorbelasteter Leser muß nach der Lektüre von „Verteidigung + Sicherheit = Entspannung" geradezu zu dem Schluß kommen, daß „die da oben" schon alles richtig machen und Sicherheitspolitik ja im Grunde eine ganz unproblematische Sache ist. So werden z. B. die in jahrelanger Kleinarbeit gewonnenen Erkenntnisse der Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" einfach unterschlagen und das — zumindest wissenschaftlich — stark umstrittene Prinzip der Abschreckung als lebensnotwendig hingestellt. Der Schüler „hat sich z. B. (!) zu entscheiden zwischen der Befürwortung der militärischen Verteidigung und den damit erforderlichen Ausgaben oder der Verneinung der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit; ob er aktiv an der Gestaltung einer friedlicheren Welt mitarbeiten oder aber an den Zukunftsproblemen der Menschheit vorbeisehen will" (S. 10).

Diese Entscheidungsalternative ist gleich zweifach verzerrt: 1) ist nicht anzunehmen, daß Walpulski hier das Stilmittel der Kreuzstellung angewandt hat, daß also Befürwortung von Verteidigungsanstrengungen dem Vorbeisehen an Zukunftsproblemen entsprechen soll und Verneinung der Verteidigungsbereitschaft mit Gestaltung einer friedlicheren Welt zu assoziieren wäre; 2) wird so getan, als

[30]) Da Walpuski seine Argumentation meist emotionslos und oft hinter regierungsoffiziellen Zitaten verschanzt vorträgt, fällt der Mangel an Ausgewogenheit dem oberflächlichen Leser kaum auf. Seine distanzwahrende Darstellungsart ermöglicht es ihm auch, jederzeit Relativierungen anzubringen. So räumte er in einem Gespräch über die Zwei-Säulen-Theorie ein, daß „Verteidigung" verkürzt und darunter die Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung zu verstehen sei. Weiterhin deutete er das Zwei-Säulen-Modell als eine Übergangsstrategie aus, bei der neben der Säule Verteidigung zunächst die Säule Entspannung hochgezogen werden sollte, um dann nach einem Brückenschlag, auf der Entspannung aufbauend, den Abbau der Abschreckungskapazitäten beginnen zu können. Da jedoch diese Überlegungen im Buch selbst nicht deutlich werden, können wir sie hier nur als Randbemerkung wiedergeben und müssen uns in der Kritik an das Buch selbst halten.

gäbe es für den Schüler auch noch andere Entscheidungen in diesem Zusammenhang als die für oder gegen den Dienst bei der Bundeswehr.

Zugleich ist dieser den Kriegsdienstverweigerern zumindest indirekt gemachte Vorwurf charakteristisch für die Haltung des Autors gegenüber dem Problem Kriegsdienstverweigerung schlechthin. Da werden den Kriegsdienstverweigerern Vorschriften gemacht, wann sie das Recht einer freien Gewissensentscheidung in Anspruch nehmen können, und durchgängig ist die restriktive Trennung von Gewissensentscheidung auf der einen und politischer Entscheidung auf der anderen Seite, die nicht einmal mehr vom Bundesverwaltungsgericht vertreten wird (S. 62 f.).

Überhaupt ist das Kapitel über die Wehrverfassungen von BRD und DDR ein Musterbeispiel für die institutionenkundliche Vorgehensweise von Walpuski. Grundgesetzartikel werden in Fülle zitiert und angeführt, aber nirgendwo findet sich eine Überprüfung, inwieweit die Aufträge des Grundgesetzes in der gesellschaftlichen Realität verwirklicht sind. Daß bei der Wehrverfassung der BRD „von einem uneingeschränkten Primat des Politischen (gegenüber dem Militärischen — d. Verf.) gesprochen werden" kann, ist bei einer solchen Betrachtungsweise dann selbstverständlich.

Es mag angesichts dieses formalen Vorgehens verwundern, daß der Friedensforschung eine ganze Lektion gewidmet ist, hat sie doch immerhin dazu beigetragen, daß einiges von dem, was Walpuski vorher als statistische Größen behandelt, überhaupt erst problematisiert wurde. Doch ihre Behandlung paßt in sein Konzept, da er ein Verständnis von Friedensforschung entwickelt, das diese in die — von ihm konstatierte — derzeit praktizierte „Friedenspolitik "vollständig integriert. So unterteilt er Karl Kaiser [31]) folgend Friedensforschung in „mittelfristig" und „langfristig", um dann praktisch allein ihre „mittelfristige" Variante als realistische Konzeption auszuweisen. Kurz, die derzeitige Entspannungspolitik der BRD wird — da mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet — zu *der* Friedenspolitik hochstilisiert, in deren Rahmen Friedensforschung und Friedenserziehung ihre Gedanken vortragen dürfen, allerdings ohne die Gewißheit, auch politisches Gehör zu finden. So wundert es nicht, daß Walpuskis Darstellung inhaltlicher Probleme der Friedensforschung sehr oberflächlich und dürftig bleibt. Probleme wie soziale Verteidigung werden verzerrt, solche der Rüstungspolitik und Rüstungsdynamik — und damit der Kriegsursachen — überhaupt nicht dargestellt. Seine Ausführungen sind insofern ein Beispiel dafür, wie „der zeitgemäße Bundeswehrunterricht... die Friedensforschung in den Griff kriegen kann" [32]), ohne daß ein Bumerang daraus wird.

Es muß ausdrücklich betont werden, daß mit der vorangegangenen Kritik nicht die Legitimität der Darstellung sicherheitspolitischer Fragen bestritten wird. Eine solche Darstellung liefert „Verteidigung + Entspannung = Sicherheit" durch die Gliederung und Aufmachung in für den Lehrer handlicher und übersichtlicher Weise. Bestritten werden muß aber die Legitimität der Verwendung von Texten und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik *im politischen Unterricht,* die elementare Prinzipien der didaktischen Diskussion nicht berücksichtigen und darüber hinaus inhaltlich zumindest diskussionsbedürftig, an manchen Stellen

[31]) Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970, S. 42; zur inhaltlichen Kritik an dieser Aufteilung s. Dietmar Schöning, Friedensforschung in der BRD, Kritik und Perspektiven, in: Paul Ackermann (Hrsg.), Erziehung und Friede, München 1971, S. 7 ff.
[32]) Richard Müller, Die „sachgerechte Information" — zu neuen Formen der Wehrkunde, in „antimilitarismus information", 10/1972, S. III—186.

auch unpräzise oder falsch sind. Eine Verwendung des Buches im Unterricht ist nur für denjenigen Lehrer sinnvoll, der seinen Schülern nahebringen will, wie das Bundespresseamt Schülern und Lehrern die regierungsamtliche Sicherheitspolitik zu verkaufen beabsichtigt.

V

Die beiden Hefte der „Informationen zur politischen Bildung" und Walpuskis Buch haben, wie gezeigt werden konnte, nicht mit dem Feuer gespielt, als sie die Friedensforschung in den Griff nahmen, einige ihrer Arbeitsgebiete oberflächlich beschrieben und dabei Ergebnisse und erst recht deren Anwendbarkeit in den Raum ferner Zukunft hinausschoben.

Wenn jedoch Müllers Überlegung zutrifft, daß sich die Mittel, deren sich der „‚sachgerechte' Bundeswehrunterricht ... bedient — streng rationale Argumentation, ‚offene' Diskussion unterschiedlicher Standpunkte — ... genausogut gegen die herrschende Militärdoktrin" wenden können [33]), deutet dann nicht die Ausklammerung einiger wichtiger Teilbereiche darauf hin, daß weniger Ruge und v. Schubert, möglicherweise aber Walpuski oder seine Auftraggeber diese „Gefahr" gesehen haben und ihr deshalb so auszuweichen versuchten? Schwamborn und Schmitt dürften hierin eine Bestätigung ihrer These vom subtileren Vorgehen der SPD sehen.

Es ist zu überlegen, inwieweit die Behandlung des militärisch-industriellen Komplexes oder der rüstungspolitischen Interessen an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau eines großen Militärapparates in diesen Publikationen ein Spiel mit dem Feuer hätten sein können. Da wir diese Schriften aus der Perspektive kritischer Friedensforschung in den Bereich der Erziehung zur Wehrbereitschaft einordnen mußten, führt diese Frage zu der nach dem Verhältnis von Friedenserziehung und Politik und zu den abschließenden Überlegungen, wie eine grundlegend alternativ zur Erziehung zur Wehrbereitschaft zu konzipierende Friedenserziehung auszusehen hätte.

Mit der Behandlung des Themas militärisch-industriell-(politisch-wissenschaftliche) Komplexe hätte Walpuski einen Problembereich berührt, über dessen Inangriffnahme durch die SPD/FDP-Regierung sich nicht so positiv schreiben läßt wie über ihre Entspannungspolitik [34]). Im Gegenteil: Hier hätte er zunächst zugeben müssen, daß eine Anzahl von Wählern beider Regierungsparteien — und nicht gerade der unpolitische Teil ihrer Anhängerschaft — 1969 SPD und FDP gewählt hatten, weil sie auf ein Einfrieren des Verteidigungsetats oder sogar auf eine Verminderung der Militärausgaben gesetzt hatten, und daß die Regierung diese Wähler enttäuscht hat.

Um dieses so dicht neben dem „Erfolgskonzept" der Zwei-Säulen-Politik liegende Defizit zu erklären, hätte auch Walpuski eine Analyse wie die des Sozialdemokraten Arno Klönne vortragen müssen, daß nämlich sozialdemokratische Reformpolitik nur in dem Maße wirksam sein kann, wie sie den Interessen der privaten Großindustrie und des Großkapitals nicht massiv zuwiderläuft, wie sie also nicht dem politischen Willen dieser Kreise widerspricht, „die auf außerordentlich nachhaltige Weise auch in aktuelle Entscheidungsprozesse der formellen politischen Entscheidungsinstanzen eingreifen (können) und deren Ein-

[33]) Müller, a. a. O., S. III—172.
[34]) Vgl. Rainer Rilling/Hartmut Sychla, Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, in: „Blätter", 6/1972, S. 598 ff., und 8/1972, S. 862 ff.

flußnahme überwiegend gerade dort zu finden ist, wo sie sich keineswegs naiv-öffentlich darstellt" [35]).

Und es hätte auch dieses Eingeständnisses bedurft: „Unter den gegenwärtigen Umständen kann keine sozialdemokratische oder sozialdemokratisch geführte Regierung in der Bundesrepublik (...) jenem Grundgesetz zuwiderhandeln, das zwar nicht in der Verfassung steht, das aber die politische Ökonomie dieser Gesellschaft beherrscht, nämlich dem Gesetz der Kapitalverwertung und Gewinnmaximierung in privater Hand" [36]).

Eine solche Beschreibung des Herrschaftsmechanismus liefert gleichzeitig die Begründung dafür, warum eine kritische Auseinandersetzung mit den Rüstungsinteressen in einem Buch für Lehrer und sonstige Pädagogen nicht auftaucht, das von der Bundesregierung verteilt wird. Selbst wenn Walpuski diese Auseinandersetzung hätte einbringen wollen, wäre sie ihm entweder gestrichen oder das Buch nicht regierungsoffiziell vertrieben worden.

Da jedoch beim Spielen mit dem Feuer das Risiko auch eine Frage der Windrichtung ist, sollte eine weitere Bemerkung Klönnes zu denken und für die Friedenspädagogik hilfreichen Anstoß geben: „Der beschriebene Herrschaftsmechanismus hat freilich seine Achillesferse: er läuft nur dann reibungslos ab, wenn die Mehrheit der Bevölkerung keine Einsicht in eben diesen Mechanismus hat (und demzufolge z. B. einer Regierung oder einer Partei die negativen Folgen der Konterstrategien privatwirtschaftlicher Machteliten anlastet)" [37]).

An dieser Stelle zeigt sich einer der Ansatzpunkte einer Friedenserziehung. Die aus der Analyse der Texte der Bundeszentrale und von Walpulski abzuleitende Forderung, daß Friedenserziehung sich scharf von der Erziehung zur Wehrbereitschaft abzugrenzen habe, bedeutet ja nicht, daß sie sich im luftleeren Raum einer Utopie vom Ewigen Frieden anzusiedeln habe oder daß zu einem friedlichen Verhalten des „alles Erduldens" erzogen werden solle.

Friedenserziehung hat vielmehr eine aufklärerische Funktion, z. B. über die Ursachen von Kriegen und in diesem Zusammenhang über die Bedeutung der Rüstung, und gleichzeitig eine handlungsanleitende Funktion im Sinne der Maxime Krippendorffs: „Wenn Du den Frieden willst, verändere jene Voraussetzungen, die bisher immer wieder zum Krieg geführt haben" [38]).

Dies gilt für andere Konfliktebenen in gleichem Maße. So darf eine Friedenserziehung, die die Unfriedlichkeit unserer Städte behandelt, nicht am konfliktschaffenden Gegensatz zwischen dem allgemeinen Wohnbedürfnis und den Interessen privater Haus- und Grundstückseigentümer vorbeigehen, ebensowenig, wie eine aktuelle Stunde, die den Putsch gegen die Regierung Allende behandelt, das gleichzeitige Wiederansteigen der Kupferpreise übersehen darf.

Gerade im Bereich der Gegenaufklärung über die Verklammerung von Herrschaftsinteressen, die Status-quo-Orientierung von Militärapparaten und deren ideologische Absicherung durch eine nahezu gleichgeschaltete konservative Publizistik [39]) wäre in der BRD für die Friedenserziehung ein weites Feld zu erschließen.

---

35) Arno Klönne, Sozialdemokratie — eine Agentur kapitalistischer Interessen? in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Der bürgerliche Staat der Gegenwart, Formen bürgerlicher Herrschaft II, Reinbek 1972, S. 82 f.; vgl. hierzu die Rede Helmut Schmidts als Bundesverteidigungsminister am 2. 6. 1970, Stenographische Berichte, Band 73, 1970, S. 2759 A/B und 2760 A.
36) Klönne, a. a. O., S. 83.
37) Ebd.
38) Ekkehart Krippendorff, Friedensforschung, Köln/Berlin (West) 1970, S. 23.
39) Vgl. Der Putsch in Chile im Spiegel der bundesdeutschen Rechtspresse, „PDA-Dokumentation" Nr. 15, München 1973.

Angesichts der ja nicht vereinzelt dastehenden oben behandelten Negativbeispiele ist zu fragen, unter welchen Gesichtspunkten Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Schüler bzw. auch mit welchen Methoden sie von ihnen selbst arrangiert werden müßten, um im Sinne dieser Gegenaufklärung guten Gewissens arbeiten zu können. Wenn sie dem Druck der bildungspolitischen Gegenreform standhalten, so ist in den Hessischen Rahmenrichtlinien zum erstenmal [40]) eine Konzeption von erheblicher Praxisrelevanz entwickelt worden, die sich zwar nicht explizit als Friedenspädagogik bezeichnet — was möglicherweise sogar ein Vorteil ist —, die aber den hier dargelegten Vorstellungen am ehesten entspricht. In Anlehnung an diese Rahmenrichtlinien können die folgenden Lernziele, die ihrerseits thematische Schwerpunkte erschließen und strukturieren, als grober Orientierungsrahmen für eine politische Erziehung zum Frieden [41]) verstanden werden:

— Lernen, innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Konflikte auf die ihnen zugrundeliegenden wirtschaftlichen und politischen Interessen zu befragen;

— untersuchen können, inwieweit solche Interessen gruppen- oder klassenspezifisch sind;

— Instrumente außenpolitischer Herrschaftsausübung unter dem Aspekt ihrer Entstehung, ihrer Veränderung und ihrer Interdependenz zu innergesellschaftlichen Prozessen kennenlernen;

— einsehen, daß Frieden nicht nur Abwesenheit von Krieg bedeutet, sondern die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung voraussetzt;

— die Existenz hochentwickelter Rüstungspotentiale nicht nur als permanente Bedrohung des Weltfriedens begreifen, sondern sie auch darauf befragen, inwieweit ihnen statt außenpolitischer Absicherung von Einflußsphären vielmehr die Funktion eines innenpolitischen Disziplinierungspotentials zuerkannt werden muß;

— lernen, historische und gegenwärtige Formen der Anwendung von Gewalt auf die Frage hin zu untersuchen, ob sie der Ausübung von Herrschaft dienen oder ob sie im Sinne von Gegengewalt zur Bekämpfung politischer, ökonomischer oder militärischer Unterdrückung verstanden werden können [42]).

Selbstverständlich ist dieser Lernzielkatalog unvollständig. Ein vollständiges Lernprogramm — selbst wenn es möglich wäre, ein solches zu konstruieren — müßte auch den Intentionen kritischer Friedenserziehung widersprechen. Es entstünde erstens der irreführende Eindruck, man könne „den Frieden lernen" [43]), darüber hinaus müßte sich ein solches Programm wahrscheinlich Galtungs Vorwurf der Alibi-Funktion gefallen lassen: „Die Gesellschaft hat etwas für den Frieden getan: er hat Eingang in das Curriculum gefunden" [44]).

Dieser Vorwurf gilt allerdings weit mehr noch für die programmatische Erklärung: „Jede Erziehung zur Verteidigungsbereitschaft kann nur sinnvoll sein als integraler Bestandteil einer Erziehung zum Frieden und wird gemeinhin bei uns auch nicht anders verstanden ..." [45]) Es steht zu erwarten, daß Friedenserzie-

[40]) Vgl. dazu Arbeitsgruppe Friedensforschung, a. a. O. (s. Anmerkung 6); s. ebenfalls den Beitrag von Hans Nicklas und Anne Ostermann in: Chr. Wulf (Hrsg.), Kritische Friedenserziehung, Frankfurt/M 1973, S. 315 ff.
[41]) Siehe auch Henning Schierholz, Erziehung zum Frieden als Problem politischer Bildung, Bonn 1973.
[42]) Vgl. Hessischer Kultusminister (Hrsg.), Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre — Sekundarstufe I, o. O., o. J. (Wiesbaden 1973), S. 250 ff.
[43]) So der Titel eines Lernprogramms und eines Werkbuchs für den Lehrer von Fritz Oser und Ansgar Friemelt, Olten und Freiburg 1973.
[44]) Johan Galtung, Probleme der Friedenserziehung, in: Wulf, a. a. O. (s. Anmerkung 40), S. 26.
[45]) „Das Parlament", Nr. 24 v. 16. 6. 1973, S. 15.

hung solchen Integrationsverlockungen der Wehrkunde auch weiterhin ausgesetzt sein wird. Doch nur eine radikale Absage an diese Bestrebungen wird der Friedenserziehung die Chance lassen, ihre Ziele überhaupt mit Aussicht auf Erfolg anzugehen.

Bücher

Abschreckung kontra Sicherheit

Erhard Rosenkranz/Rüdiger Jütte, Abschreckung contra Sicherheit?, Vorwort Graf v. Baudissin, Piper Verlag, München 1974 (Serie Piper, Bd. 77), 136 S., 10,— DM.

Die Literatur über strategische Fragestellungen ist in der Bundesrepublik nicht eben umfangreich. Zwar hat es in der Folge oder auch in Abgrenzung von Senghaas in den letzten Jahren eine Reihe von strategiekritischen Veröffentlichungen gegeben. Stellungnahmen zu diesem Fragenkomplex aus bundeswehrnaher Sicht waren aber spärlich und gingen zumeist nicht auf die vorgebrachte Kritik ein. Zumindest in dieser Hinsicht ist der vorliegende Band von Rosenkranz und Jütte bemerkenswert, wird doch im ersten Beitrag versucht, „die Angemessenheit der These in Frage zu stellen, daß die ‚flexible response" eine bloße Mystifikation sei". Im Aufsatz von Rosenkranz werden somit die Vorgehensweise und die Ergebnisse der sogenannten „Weizsäcker-Studie" — einer der detailliertesten Arbeiten der westdeutschen Abschreckungskritik — aufgegriffen und zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht. Rosenkranz ist Marineoffizier, und die vorliegende Untersuchung stellt eine erweiterte Fassung seiner Jahresarbeit an der Führungsakademie der Bundeswehr dar.

Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildet eine aufschlußreiche Gegenüberstellung einmal der von Afheldt u. a. besorgten Zusammenfassung der Ergebnisse der „Weizsäcker-Studie" in sieben Thesen und zum anderen der in entsprechenden Gegenthesen aus Weißbuch 1970 und NATO-Dokumenten zusammengestellten offiziellen sicherheitspolitischen Argumentation. Die Problematik der letzteren wird dabei mehrfach wohl eher unfreiwillig deutlich, so etwa wenn das Argument, ein Nukleareinsatz zur Verteidigung der BRD würde zu ihrer Vernichtung führen, gar nicht aufgenommen, sondern mit dem Glaubensbekenntnis konfrontiert wird, ein Nukleareinsatz „würde den Angreifer zur Besinnung bringen".

Überhaupt gehen viele traditionelle, aber fragwürdige Denkschemata — z. B. auch die Thesen von der expansiven Politik der Sowjetunion und des Warschauer Pakts — allzu wenig hinterfragt in die Gegenüberstellung ein. Rosenkranz sieht diese Probleme und versucht mit einer „systemanalytischen Betrachtungsweise" ihrer Lösung näher zu kommen, wobei er sowohl „politische Realität" wie „innere Logik der theoretischen Positionen" berücksichtigen will. Hierin äußert sich das durchgängige Bemühen, politische Entscheidungen im nachhinein wissenschaftlich zu legitimieren und die Probleme der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Frage zu reduzieren, ob sie „genügend innovationsgerecht" seien. Aspekte der in diesem Zusammenhang wirksamen und wichtigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden von Rosenkranz zugunsten einer zwar denunzierten, dann aber selbst praktizier-

Medienkritik

MARX ZUR ANSICHT

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24. Juli 1974 war entsetzt: „Vieles hätte das DDR-Fernsehen unter der künstlerischen Oberleitung von Herrn Schnitzler nicht demonstrativer arrangieren können". Was war geschehen? In ihrer Sendereihe „Große Deutsche" hatte die ARD eine zweiteilige Sendung (22. und 25. Juli) über Karl Marx ausgestrahlt. Artur Müller und Urs Jaeggi zeichneten als Autoren. Sie unternahmen den Versuch, sowohl die Person Marx als auch den Marxismus einem Publikum näher zu bringen, das ansonsten mit Antimarxismus und Antikommunismus nicht gerade karg versorgt wird.

Nicht nur aber, daß schon in der Sache selbst genügend Zündstoff angelegt war, ließ der Südfunk die Beiträge auch noch engagiert vortragen. In aller Ruhe konnte im Deutschen Fernsehen ausgesprochen werden, was dort sonst nach besten Kräften und schlechtestem Wissen geleugnet wird: daß die BRD nach wie vor eine Klassengesellschaft ist. Hier freilich, wo „eine journalistische Arbeit ins Tendenziöse" abfiel, konnte die „Frankfurter Allgemeine" nicht schweigen.

Der empörte Kritiker hat recht. Die Sendungen hatten Tendenz. Und der Kritiker irrt sich. Denn die Sendungen waren gut. Sie waren gut, weil sie Tendenz hatten. Sie hatten eine Tendenz, die offen ausgesprochen wurde. Darum waren sie gut.

Tendenz selbst nämlich ist im deutschen Fernsehen nichts Ungewöhnliches. Man muß am 26. Juli, zwischen Marx und Marxismus, nicht unbedingt Löwenthal gesehen haben, wie er gegen die „lasche Handhabung" der Berufsverbote wetterte, um dem zuzustimmen. Tendenz haben nicht nur derlei reaktionäre Klitterungen. In verfeinerter Form steckt sie in Kindersendungen wie in Schlagerparaden, in Modejournalen wie Sportstudios, in der Unterhaltung wie in den Nachrichten.

Dort überall wird über vorhandene Tendenz Schweigen bewahrt. Vor diesen Sendungen weist keine Ansagerin, wie im Fall Jaeggi, darauf hin, daß hier ein Autor den persönlichen und eigenwilligen Versuch einer Interpretation unternehme, für den es im Fall Marx „keine laue, neutral zuwartenden Stellungnahme" (Jaeggi) geben kann. Dort wird nicht die Notwendigkeit der Diskussion beschworen. Vielmehr tritt jeder mit dem Anspruch auf, Wahrheiten zu verkünden. In diesen Sendungen triumphiert die Tendenz der Rechten, eine Strauß-Tendenz, die alles, was ihr zuwiderläuft, als „tendenziös" begeifert.

Zu Marx hingegen wurde argumentiert. Daß dabei Fehler gemacht wurden, tut den Sendungen gerade darum keinen Abbruch.

Hier sollen jedoch nicht alternative Auffassungen ausgebreitet werden. Vielmehr sei auf ein Problem verwiesen, das weniger mit den Inhalten, mehr mit der Form ihrer Darbietung zu tun hat. Dies erscheint schon darum sinnvoll, weil die Form auch den Zugang zum Inhalt erschweren kann.

Was etwa ist zu folgenden Bildern zu denken: Ein Krämerladen / es wird mit Brot und Wurst hantiert / eine Ladenkasse / Fabrikarbeit / Bankportale / die Börse? Daß einer, der an der Börse spekuliert, mehr Brot und Wurst kaufen könne als einer, der in der Fabrik arbeitet? Artur Müller jedenfalls wählte diese Bildfolge, um die Marxsche Arbeitswertlehre und den Ursprung des Mehrwerts zu erklären. Insgesamt bestanden die Bilder ohnehin hauptsächlich aus Porträts, Handschriften, Büchern, dem vorlesenden Autor. Höchstens für Eingeweihte waren einige Aha-Erlebnisse eingestreut: Frigga, Joscha „und die andern Jungens aus Brooklyn . . .".

Beide Autoren werden aus diesen Sendungen lernen müssen, daß auch die Massenmedien ihre Gesetze haben. Im Fernsehen kann man keine Vorlesung halten. Dabei geht zuviel Wichtiges verloren. Die Bilder, vom ans Sprechen gewöhnten Autor nachlässig behandelt, machen sich selbständig, wenden sich gegen die gesprochenen Inhalte, statt diese zu unterstützen und selber inhaltlich zu sein. Wulf D. Hund

Dokumente zum Zeitgeschehen

Resolution 353 des Weltsicherheitsrats vom 20. Juli 1974 zur Zypernkrise

(Wortlaut)

Der Sicherheitsrat,

in Berücksichtigung des Berichtes des Generalsekretärs auf seiner 1779. Sitzung über die jüngsten Entwicklungen auf Zypern,

nach Anhörung der Erklärung des Präsidenten der Republik Zypern und der Erklärungen der Vertreter Zyperns, der Türkei, Griechenlands und anderer Mitgliedstaaten,

nach Erörterung weiterer Entwicklungen auf der Insel auf seiner gegenwärtigen Sitzung, in tiefem Bedauern über den Ausbruch von Gewalt und anhaltendem Blutvergießen,

tief beunruhigt über die Situation, die zu einer ernsten Gefährdung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit geführt und eine hochexplosive Lage in der gesamten Region des östlichen Mittelmeeres geschaffen hat,

gleichermaßen mit der Notwendigkeit befaßt, die durch internationale Abkommen errichtete und garantierte verfassungsmäßige Ordnung der Republik Zypern wiederherzustellen,

unter Bezugnahme auf die Resolution 186 (1964) des Sicherheitsrates vom 4. März 1964 und spätere Resolutionen des Sicherheitsrates in dieser Sache,

im Bewußtsein seiner elementaren Verantwortlichkeit für die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gemäß Artikel 24 der Charta der Vereinten Nationen,

1) ruft alle Staaten auf, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Zyperns zu respektieren;

2) ruft alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Parteien auf, als ersten Schritt alle Kampfhandlungen einzustellen. Er ersucht alle Staaten, äußerste Zurückhaltung zu üben und jegliche Handlung zu vermeiden, die die Situation weiter verschärfen könnte;

3) fordert ein sofortiges Ende ausländischer militärischer Intervention in der Republik Zypern, die im Gegensatz zu § 1 steht;

4) ersucht um den unverzüglichen Abzug allen ausländischen Personals von der Republik Zypern, das sich nicht gemäß internationaler Vereinbarungen aufhält — einschließlich den Abzug, um den der Präsident der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, in seinem Brief vom 2. Juli 1974 ersucht hat;

5) ruft Griechenland, die Türkei und Großbritannien auf, unverzüglich Verhandlungen über eine Wiederherstellung des Friedens in der Region sowie der konstitutionellen Regierung Zyperns einzuleiten und den Generalsekretär unterrichtet zu halten;

6) ruft alle Parteien auf, voll mit der UN-Truppe auf Zypern zusammenzuarbeiten, um ihnen zu ermöglichen, ihr Mandat auszuüben.

Gemeinsames amerikanisch-sowjetisches Kommuniqué zum Abschluß des Moskauer Gipfeltreffens vom 27. Juni bis 3. Juli 1974

(Wortlaut)

Gemäß der Vereinbarung, regelmäßige amerikanisch-sowjetische Konferenzen auf höchster Ebene abzuhalten, und aufgrund der vom Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, L. I. Breschnew, während seines Besuches in den USA im Juni 1973 ausgesprochenen Einladung haben der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Mrs. Richard Nixon der Sowjetunion vom 27. Juni bis zum 3. Juli 1974 einen offiziellen Besuch abgestattet.

Während seines Aufenthaltes hat der Präsident neben Moskau noch Minsk und die Südküste der Krim besucht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten und die sowjetischen Führer haben einen eingehenden und nützlichen Gedankenaustausch über die wichtigen Aspekte der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR sowie über die gegenwärtige internationale Lage geführt.

Auf sowjetischer Seite wurden die Gespräche von L. I. Breschnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, N. V. Podgorny, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, A. N. Kossygin, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, und von A. A. Gromyko, Außenminister der UdSSR, geführt.

Den Präsidenten der USA begleitet und an den Gesprächen teilgenommen hat Dr. Henry A. Kissinger, Außenminister der USA und Berater des Präsidenten für Nationale Sicherheitsfragen.

Bei den Gesprächen waren ferner zugegen:

Auf amerikanischer Seite Walter J. Stoessel jr., amerikanischer Botschafter in der UdSSR, General Alexander M. Haig jr., Berater des Präsidenten, Ronald L. Ziegler, Berater des Präsidenten und Pressesekretär, Generalmajor Brent Scrowcroft, Stellvertretender Berater des Präsidenten für Nationale Sicherheitsfragen, Helmut Sonnenfeldt, Berater des Außenministeriums, und Arthur A. Hartman, Unterstaatssekretär für Europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium.

Auf sowjetischer Seite: A. F. Dobrynin, sowjetischer Botschafter in den USA, A. M. Aleksandrow, Berater des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, L. M. Samjatin, Generaldirektor der TASS, und G. M. Kornijenko, Mitglied des Kollegiums des Außenministeriums der UdSSR.

Die Gespräche wurden in einer sehr sachlichen und konstruktiven Atmosphäre geführt und waren von dem gemeinsamen Wunsch beider Seiten gekennzeichnet, das Verständnis, das Vertrauen und die friedliche Zusammenarbeit zwischen ihnen weiter zu stärken sowie zur Festigung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens beizutragen.

I. Fortschritt bei der Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen

Nachdem beide Seiten im Detail die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR seit dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen im Mai 1972 erörtert hatten, stellten sie mit Genugtuung fest, daß sie durch ihre nachdrücklichen gemeinsamen Anstrengungen innerhalb einer kurzen Zeitspanne eine grundlegende Wende hin zu friedlichen Beziehungen und einer weiten, beiden Seiten zum Vorteil gereichenden Zusammenarbeit erreicht haben, die im Interesse der Völker beider Länder wie auch der ganzen Menschheit liegt.

Sie unterstrichen die besondere Bedeutung der positiven Entwicklung, die die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR bei den Zusammenkünften ihrer Führer auf höchster Ebene genommen haben, die nunmehr zu einer festen Einrichtung werden. Diese Zusammenkünfte bieten Möglichkeiten für eine wirksame und verantwortungsvolle Er-

örterung, für die Lösung grundlegender und wichtiger bilateraler Fragen sowie für beiderseitige Beiträge zur Lösung internationaler Probleme, die die Interessen der beiden Länder berühren.

Beide Seiten begrüßen die Herstellung offizieller Kontakte zwischen dem Kongreß der Vereinigten Staaten und dem Obersten Sowjet der UdSSR. Sie werden eine Weiterentwicklung solcher Kontakte fördern, weil sie der Ansicht sind, daß diese eine wichtige Rolle spielen können.

Beide Seiten haben ihre gemeinsame Entschlossenheit bekräftigt, die Neugestaltung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf der Basis der friedlichen Koexistenz und gleicher Sicherheit in strikter Übereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben der zwischen beiden Ländern erreichten Abkommen und ihren Verpflichtungen aufgrund dieser Abkommen aktiv fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang haben sie erneut die grundlegende Bedeutung der gemeinsamen Dokumente hervorgehoben, die als Ergebnis der Gipfeltreffen in den Jahren 1972 und 1973 verabschiedet wurden, vor allem die Grundsatzerklärung für die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR, das Abkommen über die Verhinderung eines Nuklearkrieges, das Abkommen über die Begrenzung der ABM-Systeme und das Interimsabkommen über bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung von strategischen Offensivwaffen.

Beide Seiten sind zutiefst von der zwingenden Notwendigkeit überzeugt, daß der Fortschritt bei der Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen unumkehrbar sein muß. Sie glauben, daß aufgrund ihrer Anstrengungen eine echte Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Zieles geschaffen worden ist. Dies wird neue Aussichten für eine weitgehende, beiden Seiten zum Vorteil gereichende Zusammenarbeit und für eine Stärkung der Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Volk eröffnen und so zur Lösung zahlreicher dringender Probleme beitragen, denen sich die Welt gegenübersieht.

Geleitet von diesen hohen Zielen, haben beide Seiten beschlossen, ihre gemeinsamen Anstrengungen — in Zusammenarbeit mit den jeweiligen anderen betroffenen Ländern — in erster Linie auf folgende wichtige Gebiete zu richten:

— Beseitigung der Gefahr von Kriegen einschließlich vor allem solcher Kriege, in denen auch Nuklear- und andere Massenvernichtungswaffen angewandt werden.
— Begrenzung und letztlich Beendigung des Wettrüstens vor allem bei strategischen Waffen, wobei das endgültige Ziel die Verwirklichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter einer entsprechenden internationalen Kontrolle ist.
— Beitrag zur Beseitigung der Ursachen internationaler Spannungen und militärischer Konflikte.
— Verstärkung und Ausweitung des Prozesses der Verminderung der Spannungen überall auf der Welt.
— Entwicklung einer breiten, beiden Seiten zum Vorteil gereichenden Zusammenarbeit auf kommerziellem und wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet auf der Basis der Prinzipien der Souveränität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten — mit dem Ziel, vermehrtes Verständnis und Vertrauen zwischen den Völkern beider Länder zu fördern.

Dementsprechend haben beide Seiten im Verlaufe dieses Gipfeltreffens es für möglich befunden, neue konstruktive Schritte zu unternehmen, die ihrer Ansicht nach nicht nur die Weiterentwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen fördern, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und zur Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit leisten werden.

II. Weitere Begrenzung der strategischen Rüstungen und andere Abrüstungsfragen

Beide Seiten haben erneut sorgfältig den gesamten Bereich ihrer gegenseitigen Beziehungen analysiert, soweit sie im Zusammenhang mit der Verhinderung eines Nuklearkrieges und der Begrenzung der strategischen Rüstungen stehen. Sie gelangten zu der gemeinsamen Auffassung, daß die zwischen ihnen auf diesem Gebiet abgeschlossenen grundlegenden Abkommen weiterhin wertvolle Instrumente für die allgemeine Verbesserung

der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und der internationalen Lage insgesamt bilden. Die USA und die UdSSR werden weiterhin strikt die in diesem Abkommen übernommenen Pflichten erfüllen.

Im Verlauf der Gespräche unterzogen beide Seiten alle Aspekte des Problems der Begrenzung der strategischen Rüstungen einer gründlichen Überprüfung. Sie gelangten zu dem Schluß, daß dem Interimsabkommen über strategische Offensivwaffen ein neues Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Begrenzung der strategischen Rüstungen folgen sollte. Sie stimmten darin überein, daß ein solches Abkommen den Zeitraum bis 1985 umfassen und sowohl quantitative als auch qualitative Begrenzungen enthalten sollte. Sie vereinbarten, daß ein solches Abkommen zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgeschlossen werden sollte, noch bevor das Interimsabkommen abläuft.

Sie waren der gemeinsamen Auffassung, daß ein solches neues Abkommen nicht nur im Interesse der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, sondern auch im Interesse einer weiteren Verminderung der internationalen Spannungen sowie im Interesse des Weltfriedens liegen würde.

Ihre Delegationen werden in naher Zukunft wieder in Genf auf der Basis der sich aus dem Gipfeltreffen ergebenden Anweisungen zusammentreten.

Unter Berücksichtigung der Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung offensiver und defensiver Arten von strategischen Waffen und im Hinblick auf die erfolgreiche Verwirklichung des zwischen ihnen im Mai 1972 abgeschlossenen Vertrages über die Begrenzung der ABM-Systeme hielten es beide Seiten für wünschenswert, Begrenzungen für die Dislozierung solcher Systeme anzunehmen. Zu diesem Zweck haben sie ein Protokoll abgeschlossen, durch das jede Seite auf nur ein Dislozierungsgebiet für ABM-Systeme beschränkt wird statt auf zwei solche Gebiete, wie sie jeder Seite in dem Vertrag zugestanden worden waren. Gleichzeitig wurden zwei Protokolle unterzeichnet, die die Überschrift tragen „Verfahren für den Ersatz, die Demontage oder Zerstörung strategischer Offensivwaffen und die Benachrichtigung hierüber" und „Verfahren für den Ersatz, die Demontage oder Zerstörung von ABM-Systemen und ihrer Komponenten und die Benachrichtigung hierüber". Diese Protokolle waren von der Ständigen Beratenden Kommission ausgearbeitet worden, die zur Förderung der Ziele und zur Verwirklichung der Bestimmungen des am 26. Mai 1972 unterzeichneten Vertrages und Interimsabkommens eingesetzt worden war.

Beide Seiten betonten die große Bedeutung, die die USA und die UdSSR ferner der Verwirklichung anderer möglicher Maßnahmen — sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Basis — auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung beimessen.

Unter Hinweis auf die historische Bedeutung des Vertrages über Atomwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, der 1963 in Moskau abgeschlossen wurde und zu dessen Vertragspartnern die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gehören, haben sich beide Seiten dafür ausgesprochen, die Einstellung der Atomwaffenversuche umfassend zu machen. Von dem Wunsche beseelt, zur Verwirklichung dieses Zieles beizutragen, haben die USA und die UdSSR als einen wichtigen Schritt in dieser Richtung den Vertrag über die Begrenzung der unterirdischen Atomwaffenversuche abgeschlossen, der vom 31. März 1976 an die vollständige Einstellung der Versuche mit solchen Waffen über einer bestimmten Sprengkraftschwelle vorsieht und der die übrigen unterirdischen Versuche auf ein Minimum beschränkt.

Die Parteien haben die grundlegende Bedeutung des Atomsperrvertrages unterstrichen. Sie haben ihre beiderseitige Absicht bekräftigt, die von ihnen in diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen einzuhalten, einschließlich Artikel VI des Vertrages, und sich für eine Erhöhung seiner Wirksamkeit ausgesprochen.

Es wurde ferner eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die USA und die UdSSR die wirksamsten möglichen Maßnahmen befürworten, um die Gefahr zu beseitigen, daß Verfahren zur Veränderung der Umwelt für militärische Zwecke verwandt werden.

Beide Seiten bekräftigten ihr Interesse an einem wirksamen internationalen Abkommen, das aus den Arsenalen der Staaten so gefährliche Instrumente der Massenvernichtung wie chemische Waffen ausschließen würde. Aus dem Wunsche heraus, zu einem baldigen Fortschritt in dieser Richtung beizutragen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika und die UdSSR übereingekommen, in der Konferenz des Abrüstungsausschusses eine gemeinsame Initiative mit dem Ziel zu erwägen, als einen ersten Schritt eine internationale Konvention abzuschließen, die sich auf die gefährlichsten tödlichen Mittel der chemischen Kriegführung erstreckt.

Beide Seiten sind überzeugt, daß die neuen wichtigen Schritte, die sie auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung ergriffen haben und zu ergreifen beabsichtigen, wie auch weitere Anstrengungen zur Abrüstung den Abbau internationaler Spannungen erleichtern und einen greifbaren Beitrag zur Erfüllung der historischen Aufgabe darstellen werden, den Krieg aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschließen und dadurch den Weltfrieden zu garantieren. Die Vereinigten Staaten und die UdSSR bekräftigten, daß eine Weltabrüstungskonferenz zu einem geeigneten Zeitpunkt eine positive Rolle in diesem Prozeß spielen kann.

III. Fortschritt bei der Lösung internationaler Probleme

Im Verlaufe des Treffens wurden detaillierte Gespräche über wichtige internationale Probleme geführt.

Beide Seiten brachten ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß ein Nachlassen der Spannungen, eine Festigung des Friedens und die Entwicklung einer beiderseits nutzbringenden Zusammenarbeit in steigendem Maße die Entwicklung der internationalen Lage charakterisieren. Sie gehen von der Annahme aus, daß ein Fortschritt in der Verbesserung der internationalen Lage nicht spontan auftritt, sondern aktive und zielbewußte Anstrengungen erfordert, um Hindernisse zu überwinden und Schwierigkeiten beizulegen, die aus der Vergangenheit verbleiben.

Die überragenden Ziele aller Staaten und Völker sollten darin bestehen, einzeln und kollektiv eine dauerhafte Sicherheit in allen Teilen der Welt, die baldige und völlige Beseitigung bestehender internationaler Konflikte und Spannungsquellen und die Verhütung der Entstehung neuer Spannungsquellen und Konflikte zu gewährleisten. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion treten für die weitgehende und fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit unter allen Staaten — ob groß oder klein — auf der Basis der vollen Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens ein.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bekräftigen ihre Entschlossenheit, getrennt und gemeinsam zur Erfüllung all dieser Aufgaben beizutragen.

Europa

Nach einer Diskussion über die Entwicklung der Lage in Europa seit dem letzten amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen stellten beide Seiten mit tiefer Befriedigung die weiteren merklichen Fortschritte in der Herstellung verläßlicher Beziehungen des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent fest.

Beide Seiten begrüßen den wesentlichen Beitrag, den die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu diesem nutzbringenden Prozeß leistet. Sie sind der Auffassung, daß auf der Konferenz in vielen wichtigen Fragen bereits ein wesentlicher Fortschritt erreicht worden ist. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Fortschritt erkennen läßt, daß die Konferenz in ihrem gegenwärtigen Stadium vereinbarte Dokumente von großer internationaler Bedeutung hervorbringen wird, die die Entschlossenheit der beteiligten Staaten zum Ausdruck bringen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf eine solide, gemeinsam erarbeitete Basis zu stellen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden in Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten alle Anstrengungen unternehmen, um für alle verbleibenden Probleme akzeptable Lösungen zu finden.

Beide Seiten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der erfolgreiche Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein herausragendes Ereignis im Interesse der Herstellung eines dauerhaften Friedens wäre. Von dieser Auf-

fassung ausgehend, haben sich die USA und die UdSSR dafür ausgesprochen, daß die Abschlußphase der Konferenz zu einem baldigen Zeitpunkt stattfindet. Beide Seiten gehen ferner von der Voraussetzung aus, daß die Ergebnisse der Verhandlungen einen Abschluß der Konferenz auf höchster Ebene gestatten werden, was der historischen Bedeutung der Konferenz für die Zukunft Europas entsprechen und der Bedeutung der Entscheidungen der Konferenz größeres Gewicht beimessen würde.

Beide Seiten bekräftigen die dauerhafte Bedeutung der Verträge und Abkommen, die in den letzten Jahren zwischen europäischen Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen abgeschlossen worden sind, für eine günstige Entwicklung der Lage in Europa.

Sie brachten ihre Befriedigung über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in die Vereinten Nationen zum Ausdruck.

Beide Seiten unterstrichen ferner, daß das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Gewährleistung von Stabilität und Entspannung in Europa spielen muß. Die Vereinigten Staaten und die UdSSR sind der Auffassung, daß die strikte und konsequente Einhaltung dieses Abkommens durch alle Beteiligten eine entscheidende Bedingung für die Aufrechterhaltung und Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Stabilität im Herzen Europas ist.

Die USA und die UdSSR sind der Uberzeugung, daß der Abbau der politischen Spannung auf diesem Kontinent durch Maßnahmen zur Verringerung militärischer Spannungen begleitet sein sollte, um Stabilität und Sicherheit in Europa zu festigen. Sie messen daher den gegenwärtigen Verhandlungen über die beiderseitige Verringerung von Streitkräften und Rüstungen und zugehörigen Maßnahmen in Mitteleuropa, an denen sie teilnehmen, Bedeutung bei. Beide Seiten brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Verhandlungen zu konkreten Entscheidungen führen werden, die die unverminderte Sicherheit aller Beteiligten gewährleisten und einseitige militärische Vorteile verhindern werden.

Naher Osten

Beide Seiten sind der Auffassung, daß die Beseitigung der Gefahr des Krieges und der Spannung im Nahen Osten eine Aufgabe von überragender Bedeutung und Dringlichkeit ist und daß daher die einzige Alternative die Erreichung einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung auf der Basis der Resolution 338 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist — eine Friedensregelung, bei der die legitimen Interessen aller Völker des Nahen Ostens einschließlich des palästinensischen Volkes und das Existenzrecht aller Staaten in diesem Gebiet in Rechnung gestellt werden sollten.

Als Co-Vorsitzende der Genfer Friedenskonferenz für den Nahen Osten erachten es die USA und die UdSSR für wichtig, daß die Konferenz ihre Arbeit sobald wie möglich wieder aufnimmt, wobei die Frage der Beteiligung anderer aus dem Gebiet des Nahen Ostens auf der Konferenz erörtert werden soll. Beide Seiten betrachten die Herstellung eines gerechten und stabilen Friedens im Nahen Osten als die Hauptaufgabe der Genfer Friedenskonferenz, zu deren Lösung sie auf jede Weise beitragen werden.

Sie vereinbarten, daß die USA und die UdSSR hinsichtlich der Koordinierung der Anstrengungen beider Länder für eine friedliche Lösung im Nahen Osten weiterhin in engem Kontakt bleiben werden.

Ferner Osten

Beide Seiten stellten bestimmte weitere Verbesserungen in der Lage in Indochina fest. Im Verlaufe des Meinungsaustausches über die Lage in Vietnam unterstrichen beide Seiten, daß Frieden und Stabilität in der Region nur auf der Basis der strikten Einhaltung der Bestimmungen des Pariser Abkommens vom 27. Januar 1973 und des Aktes der internationalen Vietnamkonferenz vom 2. März 1973 durch alle Beteiligten erhalten und gestärkt werden kann.

Was Laos anbetrifft, so stellten sie einen Fortschritt in der Normalisierung der Lage als Ergebnis der dortigen Bildung von Koalitionsregierungs-Gremien fest. Beide Seiten sprachen sich ferner für die strikte Erfüllung der einschlägigen Abkommen aus.

Beide Seiten unterstrichen auch die Notwendigkeit einer baldigen und gerechten Lösung des Kambodscha-Problems auf der Basis der Achtung der souveränen Rechte des kambodschanischen Volkes auf eine freie und unabhängige Entwicklung ohne jede Einmischung von außen.

Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion messen den Vereinten Nationen als einem Instrument zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit und der Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit große Bedeutung bei.

Sie bekräftigen erneut ihre Absicht, ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Vereinten Nationen auf jede mögliche Weise fortzusetzen, einschließlich der Erhaltung des Friedens auf der Basis der strikten Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen.

IV. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

Im Verlauf des Treffens wurde einer Überprüfung des Status und der Aussichten der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR auf kommerziellem und wirtschaftlichem Gebiet große Aufmerksamkeit geschenkt. Beide Seiten bekräftigten, daß sie die Ausbreitung und Vertiefung beiderseits vorteilhafter Bindungen auf diesem Gebiet auf der Basis der Gleichheit und der Nicht-Diskriminierung als einen wichtigen Bestandteil der Grundlage betrachten, auf der das gesamte Gebäude der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen aufgebaut ist. Eine Erhöhung des Umfangs der Handels- und Wirtschaftsbindungen entsprechend den Potentialen beider Länder wird diese Grundlage festigen und dem amerikanischen und sowjetischen Volk zum Wohle dienen.

Dies kam insbesondere in einem wesentlichen Anwachsen des Güteraustausches zwischen beiden Ländern zum Ausdruck, der sich im Jahre 1973 auf schätzungsweise 1,5 Mrd Dollar belief. Es wurde festgestellt, daß die Aussichten günstig seien, das in dem gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Kommuniqué vom 24. Juni 1973 verkündete Ziel zu übertreffen, in der Dreijahresspanne 1973 bis 1975 einen totalen bilateralen Handelsumsatz von 2,3 Mrd Dollar zu erreichen. Die Gemeinsame Amerikanisch-Sowjetische Handelskommission stellt weiterhin einen wirksamen Mechanismus dar, um das Wachstum der Wirtschaftsbeziehung in breitem Umfang zu fördern.

Beide Seiten stellten einen gewissen Fortschritt in der Entwicklung einer langfristigen Kooperation zwischen amerikanischen Firmen und sowjetischen Organisationen bei der Durchführung großangelegter Projekte, einschließlich solcher auf Kompensationsbasis, fest. Sie sind überzeugt, daß eine solche Kooperation ein wichtiges Element für die Entwicklung kommerzieller und wirtschaftlicher Bindungen zwischen beiden Ländern ist. Beide Seiten kamen überein, den Abschluß und die Durchführung geeigneter Abkommen zwischen amerikanischen und sowjetischen Organisationen und Firmen zu ermutigen. Unter Berücksichtigung des Fortschritts, der bei einer Reihe spezifischer Projekte wie der Herstellung von Lastwagen, beim Handelszentrum und bei chemischen Düngemitteln erzielt worden ist, stellten beide Seiten die Möglichkeit fest, geeignete Kontrakte auf anderen Gebieten abzuschließen, wie etwa bei Zellulose und Papier, Holz, Eisen und Nicht-Eisen-Metallen, Erdgas, in der Bauindustrie und beim Abbau und der Verarbeitung von hochenergieverbrauchenden Mineralien.

Beide Seiten stellten ferner die Entstehung produktiver Kontakte und Verbindungen zwischen Geschäftskreisen beider Länder fest, bei denen die während des vorangegangenen Gipfeltreffens getroffenen Entscheidungen über die Eröffnung eines amerikanischen Handelsbüros in Moskau und einer sowjetischen Handelsvertretung in Washington wie auch die Einrichtung eines amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates eine wichtige Rolle spielten. Sie brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, weiterhin günstige Bedingungen für die erfolgreiche Entwicklung kommerzieller und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR zu schaffen.

Beide Seiten bekräftigten ihr Interesse an der frühestmöglichen Inkraftsetzung des amerikanisch-sowjetischen Handelsabkommens vom Oktober 1972.

Aus dem Wunsche heraus, die weitere Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern, unterzeichneten beide Seiten ein langfristiges Abkommen über die Erleichterung wirtschaftlicher, industrieller und technischer Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR. Sie sind der Überzeugung, daß eine konsequente Durchführung der in den Abkommen über einen Zeitraum von 10 Jahren festgelegten Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor zur Stärkung der bilateralen Beziehungen im allgemeinen sei und den Völkern beider Länder zum Nutzen sein wird.

Nach einem Überblick über den Fortschritt bei der Durchführung des Abkommens über bestimmte maritime Fragen, das im Oktober 1972 für einen Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen wurde, und auf der Basis der bisher gesammelten Erfahrungen haben sich beide Seiten dafür ausgesprochen, vor Erlöschen dieses Abkommens ein neues Abkommen auf diesem Gebiet zu schließen. Die Verhandlungen über ein solches Abkommen werden dieses Jahr beginnen.

V. Fortschritt auf anderen Gebieten der bilateralen Beziehungen

Nach einem Überblick über den Fortschritt in der Verwirklichung der kooperativen Abkommen, die in den Jahren 1972 bis 1973 geschlossen worden sind, stellten beide Seiten fest, daß die gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die im Rahmen dieser Abkommen eingesetzt wurden, nützliche Arbeit bei der Entwicklung regulärer Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen und technischen Organisationen, Wissenschaftlern, Spezialisten und Kulturträgern beider Länder geleistet haben.

Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß die gemeinsamen Anstrengungen der USA und der UdSSR auf solchen Gebieten der Zusammenarbeit wie Medizin und öffentliche Gesundheit, Schutz und Verbesserung der Umwelt des Menschen, Wissenschaft und Technologie, Erforschung des Weltraums und der Ozeane, friedliche Nutzung der Atomenergie, Landwirtschaft und Verkehr Bedingungen für eine beschleunigte Lösung einiger dringender und komplizierter Probleme geschaffen haben, vor denen die Menschheit steht. Eine solche Zusammenarbeit stellt einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Gebäudes amerikanisch-sowjetischer Beziehungen dar und füllt es mit einem konkreten, positiven Inhalt aus.

Beide Seiten werden bestrebt sein, ihre Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie wie auch beim kulturellen Austausch auf der Basis der zwischen ihnen abgeschlossenen Abkommen auszuweiten und zu vertiefen.

Auf der Basis der in ihrer wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit gewonnenen positiven Erfahrung und geleitet von dem Wunsch, einen weiteren Fortschritt in dieser wichtigen Sphäre ihrer gegenseitigen Beziehungen zu gewährleisten, beschlossen beide Seiten, diese Zusammenarbeit auf folgende neue Gebiete auszudehnen:

Energie

Unter Berücksichtigung des wachsenden Energiebedarfs in Industrie, Verkehr und anderen Wirtschaftszweigen beider Länder und der daraus resultierenden Notwendigkeit, die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit in der Entwicklung optimaler Methoden zur Nutzung traditioneller und neuer Energiequellen zu verstärken, sowie der Notwendigkeit, das Verständnis für Energieprogramme und Energieprobleme beider Länder zu verbessern, schlossen beide Seiten ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie. Die Verantwortung für die Durchführung des Abkommens ist einem Gemeinsamen Amerikanisch-Sowjetischen Ausschuß für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie übertragen worden, der zu diesem Zweck ins Leben gerufen wird.

Wohnungsbau und andere Bauvorhaben

Beide Seiten unterzeichneten ein Abkommen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und anderer Bauvorhaben. Das Ziel dieses Abkommens besteht darin, durch gemeinsame

Anstrengungen die Lösung von Problemen zu fördern, sie mit modernen Techniken des Wohnungsbaus und anderer Bauvorhaben voranzutreiben, und zwar im Sinne der Verbesserung der Zuverlässigkeit und Qualität von Bauten und Baumaterialien, der Planung und des Baues neuer Städte, des Bauens in Erdbebengebieten und Gebieten mit extremen klimatischen Bedingungen. Für die Durchführung dieses Abkommens wird ein Gemeinsamer Sowjetisch-Amerikanischer Ausschuß für die Zusammenarbeit im Wohnungsbau und anderen Bauvorhaben eingesetzt werden, der spezifische Arbeitsprogramme festlegen wird.

Um die Sicherheit ihrer Bevölkerung zu erhöhen, die in erdbebengefährdeten Gebieten leben, sind beide Seiten übereingekommen, auf Vorrangbasis ein gemeinsames Forschungsprojekt durchzuführen, um die Sicherheit von Gebäuden und anderen Baulichkeiten in diesen Gebieten zu erhöhen und vor allem das Verhalten von vorgefertigten Wohngebäuden während Erdbeben zu studieren.

Forschung mit künstlichen Herzen

Im Zuge der Durchführung gemeinsamer Programme auf dem Gebiet der Medizin und der öffentlichen Gesundheit sind Wissenschaftler und Spezialisten beider Länder zu dem Schluß gekommen, daß eine Notwendigkeit besteht, ihre Anstrengungen auf die Lösung eines der wichtigsten und menschlichsten Probleme der modernen Medizin zu konzentrieren, nämlich die Entwicklung eines künstlichen Herzens. Angesichts der großen theoretischen und technischen Kompliziertheit der damit verbundenen Arbeit haben beide Seiten ein Spezialabkommen auf diesem Gebiet getroffen. Die Verantwortung für dieses Projekt wird der Gemeinsame Amerikanisch-Sowjetische Ausschuß für die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen übernehmen.

Zusammenarbeit im Weltraum

Beide Seiten haben ihrer Genugtuung Ausdruck gegeben über die erfolgreichen Vorbereitungen für den ersten bemannten Flug amerikanischer und sowjetischer Weltraumfahrzeuge — Apollo und Sojus —, der für 1975 vorgesehen ist und der ein Ankoppeln sowie gegenseitige Besuche der Astronauten in dem jeweiligen anderen Raumfahrzeug vorsieht. Aufgrund der bestehenden Abkommen wird eine fruchtbare Zusammenarbeit auf zahlreichen anderen Gebieten durchgeführt, die mit der Erforschung des Weltraumes in Zusammenhang stehen.

Angesichts der großen Bedeutung, die beide Seiten der Förderung der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes für friedliche Zwecke beimessen, und im Hinblick auf die Tatsache, daß sie die Konsolidierung der Erfahrungen auf diesem Gebiet für wünschenswert erachten, haben die beiden Seiten vereinbart, Möglichkeiten für weitere gemeinsame Weltraumprojekte im Anschluß an den jetzt für Juli 1975 angesetzten amerikanisch-sowjetischen Raumflug zu prüfen.

Verkehrsmittel der Zukunft

Beide Seiten sind sich der Bedeutung bewußt, die der Entwicklung moderner Verkehrsformen zukommt, und stimmen darin überein, daß hohe Geschwindigkeiten erreichende Bodensysteme der Zukunft, wie ein magnetischer Luftkissenzug, die ein wirtschaftliches, wirksames und zuverlässiges Verkehrsmittel sein können, ein erwünschtes und neues Gebiet für gemeinsame Aktivitäten bilden würden. Eine Arbeitsgruppe, die aufgrund des Abkommens über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens von 1973 ein gemeinsames Forschungs-Kooperationsprogramm auf diesem Gebiet ausarbeiten soll, wird auf der Herbstsitzung des Gemeinsamen Amerikanisch-Sowjetischen Verkehrsausschusses eingesetzt werden.

Beide Seiten wünschen eine Erweiterung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der aufgrund des am 23. Mai 1972 unterzeichneten amerikanisch-sowjetischen Abkommens erfolgreich durchgeführt wird, und wollen zur Verwirklichung des

vom Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturrates der Vereinten Nationen (UNESCO) durchgeführten internationalen Programms „Der Mensch und die Biosphäre" beitragen. Sie haben vereinbart, im Bereich ihrer jeweiligen Territorien bestimmte Naturschutzgebiete als Reservate für die Biosphäre auszuweisen, um bei Pflanzen und Tieren wertvolle genetische Arten und ökologische Systeme zu schützen und um wissenschaftliche Forschung zu betreiben, die für wirksamere Maßnahmen eines globalen Schutzes der Umwelt notwendig ist.

Geeignete Schritte zur Verwirklichung dieses Vorhabens werden im Einklang mit den Zielen des UNESCO-Programms und unter Leitung des zuvor eingesetzten Gemeinsamen Amerikanisch-Sowjetischen Ausschusses für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes erfolgen.

Kulturaustausch

Beide Seiten sind sich der Bedeutung eines Kulturaustausches als Mittel zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses bewußt und geben ihrer Genugtuung über das zwischen dem Metropolitan Museum of Art in New York und dem Kultusministerium der UdSSR geschlossenen Abkommens Ausdruck, das zu einem größeren Austausch von Kunstwerken führen wird. Ein solcher Austausch würde dem Allgemeinen Abkommen über Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit entsprechen, das am 19. Juli 1973 unterzeichnet wurde und in dem die Parteien vereinbaren, den Austausch von Ausstellungen zwischen den Museen der beiden Länder zu unterstützen.

Errichtung neuer Konsulate

Angesichts der raschen Entwicklung von Bindungen zwischen den USA und der UdSSR und der Bedeutung einer noch stärkeren Ausweitung der konsularischen Beziehungen

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Name ..... Vorname .....

Alte Anschrift bis ..... Neue Anschrift ab .....

Ort ( ) ..... Ort ( ) .....

Straße ..... Straße .....

....

(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

auf der Basis der amerikanisch-sowjetischen Konsularkonvention sowie aus dem Wunsche heraus, den Handel, den Fremdenverkehr und die Zusammenarbeit zwischen ihnen auf den verschiedenen Gebieten zu fördern, haben beide Seiten vereinbart, weitere Generalkonsulate in zwei oder drei Städten jedes Landes zu eröffnen.

Als einem ersten Schritt stimmten sie im Prinzip der gleichzeitigen Errichtung eines amerikanischen Generalkonsulates in Kiew und eines sowjetischen Generalkonsulates in New York zu. Verhandlungen über die Verwirklichung dieser Vereinbarung werden zu einem baldigen Zeitpunkt aufgenommen werden.

Beide Seiten begrüßen zutiefst die offene und konstruktive Atmosphäre und die fruchtbaren Ergebnisse der Gespräche, die zwischen ihnen im Verlaufe des gegenwärtigen Treffens geführt wurden. Sie sind überzeugt, daß die Ergebnisse einen neuen und wichtigen Meilenstein auf dem Wege zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR zum Wohle der Völker beider Länder darstellen und einen bedeutenden Beitrag zu ihren Bemühungen um eine Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leisten.

Beide Seiten haben in diesem Zusammenhang erneut die sehr große Bedeutung sowie den großen praktischen Wert der amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen festgestellt und erneut ihre Übereinstimmung bekräftigt, solche Treffen regelmäßig und wenn zur Erörterung und Lösung dringender Fragen für notwendig erachtet abzuhalten. Beide Seiten bekundeten ferner ihre Bereitschaft, ihre aktiven und engen Kontakte und Konsultationen fortzusetzen.

Der Präsident lud den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, L. I. Breschnew, ein, den Vereinigten Staaten 1975 einen offiziellen Besuch abzustatten. Diese Einladung wurde gern angenommen.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU: gez. L. I. Breschnew

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: gez.: Richard Nixon

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GOLDSCHMIDT, Werner*, geb. 1940 in Saarbrücken, Studium der Soziologie, wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (zusammen mit Detlev Albers und Paul Oehlke), Reinbek 1971. *** *PETER, Dr. Lothar*, geb. 1942 in Klagenfurt (Österreich), Professor für Industrie- und Betriebssoziologie an der Universität Bremen; Buchveröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M 1972; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *PRIESTER, Karin*, geb. 1941 in Gleiwitz, Studium der Romanistik und Geschichte, Akademische Oberrätin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster; Buchveröffentlichung: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen (Köln 1972); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GOLDBERG, Jörg*, geb. 1943 in Wittenberge, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion 1973, wissenschaftlicher Mitarbeiter; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HESS, Prof. Dr. Peter*, geb. 1926 in Dessau, Abteilungsleiter am Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WOJNA, Ryszard*, geb. 1920, Journalist, Träger des Polnischen Nationalpreises 1972 für Publizistik, von 1972—73 Chefredakteur von „Zycie Warszawy", zur Zeit Kommentator bei „Trybuna ludu", lebt in Warschau; Buchveröffentlichung u. a.: Und ruhig fließt der Rhein, Warschau 1971. *** *MEYER, Berthold*, geb. 1944, Studium der Politologie und Soziologie an der Universität Tübingen, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *SCHIERHOLZ, Henning*, geb. 1949 in Detmold, Studium der Mathematik, Politischen Wissenschaften und Erziehungswissenschaft an der FU Berlin und an der Universität Hamburg, Mitarbeiter der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WERNER, Wolfgang W.*, geb. 1949, Studium der Soziologie, Amerikanistik und Politikwissenschaft an der Universität Marburg. *** *KELBER, Richard*, geb. 1948 in Debar (Jugoslawien), Diplom-Politologe, lebt in Dortmund; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Spendenaufruf der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

2 Dieter Utzerath
1800 Friedr. Ebert Str. 34-38

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Altaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Borie
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Henting
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Matholer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schlak
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shimohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Staufenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GOLDSCHMIDT, Werner,* geb. 1940 in Saarbrücken, Studium der Soziologie, wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (zusammen mit Detlev Albers und Paul Oehlke), Reinbek 1971. *** *PETER, Dr. Lothar,* geb. 1942 in Klagenfurt (Österreich), Professor für Industrie- und Betriebssoziologie an der Universität Bremen; Buchveröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M 1972; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *PRIESTER, Karin,* geb. 1941 in Gleiwitz, Studium der Romanistik und Geschichte, Akademische Oberrätin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster; Buchveröffentlichung: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen (Köln 1972); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GOLDBERG, Jörg,* geb. 1943 in Wittenberge, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion 1973, wissenschaftlicher Mitarbeiter; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HESS, Prof. Dr. Peter,* geb. 1926 in Dessau, Abteilungsleiter am Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WOJNA, Ryszard,* geb. 1920, Journalist, Träger des Polnischen Nationalpreises 1972 für Publizistik, von 1972—73 Chefredakteur von „Zycie Warszawy", zur Zeit Kommentator bei „Trybuna ludu", lebt in Warschau; Buchveröffentlichung u. a.: Und ruhig fließt der Rhein, Warschau 1971. *** *MEYER, Berthold,* geb. 1944, Studium der Politologie und Soziologie an der Universität Tübingen, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *SCHIERHOLZ, Henning,* geb. 1949 in Detmold, Studium der Mathematik, Politischen Wissenschaften und Erziehungswissenschaft an der FU Berlin und an der Universität Hamburg, Mitarbeiter der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WERNER, Wolfgang W.,* geb. 1949, Studium der Soziologie, Amerikanistik und Politikwissenschaft an der Universität Marburg. *** *KELBER, Richard,* geb. 1948 in Debar (Jugoslawien), Diplom-Politologe, lebt in Dortmund; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Spendenaufruf der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.